Januar 1/82 - DM 4,00

konkret

DIE MONATSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND KULTUR

Reagans Null-Lösung:

DER GROSSE BLUFF

in konkret Januar 1982

Konkret-intern

Briefe

Alles aussteigen von Hermann L. Gremliza

Reagan: Eine Null für den Frieden von Michael Schilling
Atomkriegsminister Caspar Weinberger »bewundert die außerordentliche Art und Weise«, wie das türkische Militärregime »Ordnung und Frieden wiederhergestellt hat«. Damit es bald überall auf der Welt so bewundernswert aussieht, will die US-Regierung 1982 über 450 Milliarden Mark fürs Militär ausgeben und die Sowjets auf Null abrüsten. Eine Analyse von Michael Schilling

Der Unverstand als Sachverstand von Winfried Wolf
Warum sich die von der Bundesregierung bemühten Konjunkturfälscher so regelmäßig irren und warum zwei preiswerte Wirtschaftswissenschaftler so präzise Prognosen liefern

Mit Rosa L. und Cornelia B.-B. von Lottemi Doormann
An Pluralismus war bei der Weltfrauenkonferenz in Amsterdam kein Mangel. Die Rede war vom »Gebärstreik« bis zu einem Friedensmarsch von Ost nach West.

Heilige Inquisition aus Bayern von Horst Herrmann
Schon zur Papstwahl vor zwei Jahren hatte Horst Herrmann die Beförderung des Wojtyla-Wählers Ratzinger zum Chef der vatikanischen Glaubenskongregation prophezeit (KONKRET 12/78). Jetzt ist es so weit

Claire, die Terror-Tarantel von Peter Rabe
Claaire Sterlings Führer durch den Terrorismus ist jetzt auf deutsch unter dem Titel »Das internationale Terror-Netz« im Scherz-Verlag erschienen. Daß es dennoch nicht nur komisch ist, beschreibt Peter Rabe

Die Sau von Nürnberg von Uwe Maeffert
KONKRET-Autor Uwe Maeffert ist einer der Verteidiger, die der bayerischen Justiz ein paar unvorhergesehene Schwierigkeiten machten. Er beschreibt, wie im Lande Strauß der Rechtsstaat funktioniert

Der häßliche Deutsche: Ein atomarer Gschaftlhuber von Otto Köhler
Er ist Mitglied der SPD und kämpft mit Helmut Kohl, er mobilisiert Gewerkschafter für die Geschäfte von Aktionären. Den schnellen Brüter Alfred Schaller schildert Otto Köhler

Eine Stadt als Depressionslandschaft von Günter Amendt
Situationsbericht aus Zürich von Günter Amendt

Kultur & Politik im Labor von Peter Dahl
Bremen entwickelt ich zu einer Kulturwüste mit Oper. Dort läßt sich sozialdemokratische Kulturpolitik unter Laborbedingungen beobachten: Die SPD regiert allein und die Entwicklung der Staatsfinanzen ist anderen Bundesländern um Jahre voraus - die Stadt ist pleite

Kültür für üns alle von Stefan Hinz
Eine Opernkritik von Stefan Hinz

Wärmer leben reicht nicht von Günter Amendt

Ein informatives, wichtiges Buch über die Situation der Homosexuellen fälscht gleichwohl durch weglassen. Unter den Tisch fällt (historisch) das Verhältnis der Arbeiterbewegung und (aktuell) das der DKP zu den Schwulen.

Disperato erotico Stomp von Lucio Dalla

(Auf der LP »Come è profondo il mare«)

Radios ex-libres von Klaus-Peter Josten

Bevor er Regierungschef wurde, förderte Mitterrand die freien Radios. Nach Tisch liest sich's anders.

Und erstens kommt es anders von Heiner Boehncke

»Ein Mystiker will nicht die Gesellschaft verändern, sondern sich selbst« - das ist das Leitmotiv eines Buches über »Anfänge einer neuen Politik«, die aber auch alles verändern will

Kongo von Paris bis Odessa von Ludwig Fels

Mit einem Schauermärchen über Mord und Totschlag beschwört ein Afrikaner die Gerechtigkeit. Der Imperialismus und seine Folgen beschränken sich nicht auf einen Kontinent

Wotan wird grün von Jürgen Blume

Völkischer, rechtsradikaler Okkultismus und Religionsersatz kehren wieder und nisten sich zunehmend in einer rechtsorientierten Alternativbewegung der Marke Arisch-Grün ein. Ein neues Buch schildert Hintergründe und aktuelle Bedeutung

Frieden ist ja so lieb von Silke Hrubesch

Was ich schon immer mal unter vier Augen sagen wollte...

Apokalypse, aber ordentlich von Robert Plieth

Daß ein Maler entdeckt, vergessen und wiederentdeckt wird, hängt weniger von ihm selbst als von den jeweiligen Zeitumständen ab. Welches Interesse steckt hinter der Renaissance Franz Radziwills, des Malers einer Welt ohne Verhältnisse?

Film-Markt von Wolfgang Hagen

platten-markt von Manuela Reichart

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/82, S. 4

Konkret-intern

Schweinchen Schlau

Klassenjustiz hin, Klassenjustiz her - es gibt immer mal wieder einen deutschen Richter, der kein Deutscher Richter ist. Wie der Richter am Amtsgericht Hamburg, Brüggemann, der jetzt die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den »Pressezeichner Rainer Hachfeld« abgelehnt hat - mit einer Begründung, die lesenswert ist:

Die Art und Weise der Darstellung als »Schweinchen« ist fü rsich alleine nur dann als Geringschätzung der Person des Bayerischen Ministerpräsidenten anzusehen, wenn aus den Gesamtumständen ein Aussagekern nicht erkennbar wäre. Nach eigener Aussage ist KONKRET eine linke Zeitschrift, die»die herrschende Klasse,... ihre Parteien,... ihre Justiz politisch und publizistisch bekämpft«. Die Satire des Angeschuldigten (Hachfeld) in dieser Zeitschrift zielt aber erkennbar ab auf eine Darstellung des Gleichklangs von Recht und Gesetz und den Interessen des Bayerischen Ministerpräsidenten. Eine solche GleichklangdarstellungstelltkeinepersönlicheMißachtungdesBayerischenMinisterpräsidentendar. Vielmehr soll hier aus linker Sicht Systemkritik geübt werden. Gemeint ist offenbar, die »Herrschenden« hätten angeblich ein »Schweinchen-Schlau-System« errichtet. Eine solche satirische Aussage - in der Sache entlarvend gemeint - ist gerade in diesem System nicht strafbar...

Auch der Antrag des Ministerpräsidenten Dr. Strauß, als Nebenkläger zugelassen zu werden, wurde zurückgewiesen. Ätsch.

Schweinchen-Schlau-System

In Celle stehen zwei Polizisten vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen einen Geheimnisbruch vor, der das Vertrauensverhältnis innerhalb der Polizei erheblich gestört und das Vertrauen in den Zusammenhalt der Sicherheitskräfte erschüttert habe. Die beiden Beamten sollen während ihres Einsatzes in Gorleben ein Tagebuch geführt und dieses der »TAZ« und KONKRET zugespielt haben (KONKRET 9/80), Insbesondere geht es um den Tonbandmitschnitt einer Rede, die der Polizeidirektor Ottokar Schulze vor Polizisten gehalten und in der er über einen möglichen Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten geplaudert hatte. Einer der angeklagten Polizisten saß schon eine Woche in U-Haft, beide wurden vom Dienst suspendiert. Der Prozeß soll noch Wochen dauern. Denn was Polizisten beim Einsatz gegen Anti-AKW-Demonstranten empfinden und was ihr Kommandeur vor ihnen spricht, muß unter allen Umständen vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden. Wo kämen wir sonst hin? Wenn man sowas durchgehen ließe, könnte das ja geradewegs in die Demokratie führen!

Mohnopol-Sozialismus

Im »Zur Diskussion«-Kommentar des »Stern« schreibt Jürgen Serke:

Ein Sozialismus ohne Moral ist einen Dreck wert... Und es ist mehr als eine Frivolität, wenn Hermann Gremliza, der Herausgeber von KONKRET, den hier in der Bundesrepublik lebenden DDR-Autoren Wolf Biermann, Rainer Kunze, Thomas Brasch, Günter Kunert und Sarah Kirsch empfiehlt, in die DDR zurückzugehen, weil sich jene Autoren nicht politisch im Sinne Gremlizas verhalten. Wenn Gremliza ihnen den vertrauten alten DDR-Druck wünscht, damit ihre Bücher am Widerstand der SED wachsen. Wenn er ihnen gewissermaßen das Zuchthaus Bautzen rät. Es ist eine Bewußtseinslage, in der keine andere Fähigkeit ausgebildet ist als die, das eine Weltbild- das gute sozialistische natürlich - gegen das andere - das böse kapitalistische - auszuspielen.

Ach, Serke, das haben Sie aber schön gesagt. Nur, wissen Sie, wir stellen uns unter Sozialismus irgendwie doch ein bißchen was anderes vor als das, wofür man in Bertelsmanns »Stern« redaktionelle Reklame machen darf. Und auch was anderes als »Bautzen«, aber darüber wollen wir nicht mit Henri Nannen und seinen Stiften diskutieren. Wir wissen ja, Sie haben's auch nicht immer leicht, aber seien Sie fröhlich, bleiben Sie gesund uni nehmen Sie diese kleine Polemik, die Ihr Ansehen in Gütersloh gewiß fördern wird, als bescheidenes Zeichen unseres persönlichen Wohlwollens.

Konkret 01/82, S. 5

Briefe

Als Gottes Atem leiser ging

Frauke Samsa: Botho Strauß-Rezension, KONKRET 12/81

Die Bemerkung von Frauke Samsa, die da lautet: »... vom Aufstehn-Schwachsinn der bots und Danzers gar nicht zu reden«, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Unverschämtheit, die von einem bedenklichen Maß an Ignoranz und Arrogariz zeugt! Wer wie Sie Heino Und Co. zusammen mit Danzer, bots, Lindenberg und anderen in einen Topf schmeißt, der ist wohl selbst ein wenig beschränkt. Und diese Art von Beschränktheit, die Ästhetik über alles stellt, ist ziemlich gefährlich, weil weltfremd. Musik Und Texte der »bots« bewirken mehr Gesinnungswandel vor allem junger Menschen, als literarische Ergüsse erhabener Schönheit, die nur einen Nachteil haben: keiner liest sie ... ! Und sollte Georg Danzer noch so kommerziell eingestellt sein, es gilt trotzdem: Je mehr populäre Linke es gibt, desto besser!

MARKUS SCHEIDT, SCHEIDEN (ZIFEL)

»Als Gottes Atem leiser ging /

schuf er den Grafen Kayserling«, dichtete Frederike Kemper. Sie zu aktualisieren, verlangt zuvörderst Demut. Etwa so: Als Gott in Fiebern schwankte Schuf er Peter Handke Und auf dem Totenbett, 0 Graus! Zeugte er ganz schnell noch Botho Strauß.

HANS REICHWEIN, HAMBURG

Neue Rechte

Hermann L. Gremliza: »Ein deutsches Dokument« (KONKRET 11/81)

Ich habe, mit Interesse Deinen Kommentar im neuen KONKRET zum »Havemann-Brief« gelesen. In der Passage über die Diskussion der »nationalen Frage« in Teilen der Linken erwähnst Du, anspielend auf eine Diskussion in »das da-Avanti« von 1978, einen »Henning Soundso, der sich später als Propaganda-Redner der NPD-Jugend entpuppte.« Hiermit ist wohl Henning Eichberg alias Hartwig Singer gemeint, derzeit Privatdozent für Geschichte an der Uni Stuttgart und Nr. 1 der Berufungsliste des Fachbereichs Geschichte an der hiesigen Uni für eine Professur in »Militärgeschichte und Wehrwissenschaften«. Trotz einiger Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über Eichberg / Singer als Theoretiker der »Neuen Rechten« und trotz der Rückgabe der Berufungsliste vom Wissenschaftsministeriutti an die Fachbereiche wegen mangelnder Qualifikation der Kandidaten (Eichberg, Singer) verhinderten die Professoren im Fachbereichsrat am vergangenen Montag (9.11.) eine von den studentischen Vertretern beantragte Diskussion über diese Frage (sie setzten mit ihrer Mehrheit Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes durch) und Mauscheleien die Berufung doch noch in ihrem Sinne durchzusetzen. Eichberg versucht sich übrigens gegenwärtig als grüner, nationaler »Linker« interessant zu machen.

NORBERT KERSKEN, MÜNSTER

Herr, hilf!

Hermann L. Gremliza: »Der Jenseits-Joint« (KONKRET 12/81)

Die Pfarrer, die mit uns für den Frieden und gegen die AKW und Startbahn West kämpfen, zu verhöhnen und sie in einem Atemzug mit den meist amerikanischen Sektenpredigern zu nennen, war ein ganz übler Mißgriff von Hermann L. Gremliza. Daß er im letzten Satz den »linken« Pfarrern wenigstens Aufrichtigkeit und guten Willen bescheinigt, hebt die vorangegangenen faux-pas nicht auf. Hat er schon vergessen, welche Organisationen zur Bonner Demo am 10. 10. aufgerufen haben und weiß er überhaupt nicht, daß an vielen Orten nichts, aber auch gar nichts laufen würde, hätte man nicht die Unterstützung der ESG und sehr häufig auch der evang. Gemeinde mit ihren Pfarrern?

ALFRED MOOS, ULM

Ihre Argumentation in »Der Jenseits-Joint« ist unredlich und feige. Unredlich gegenüber Jesus, den Sie mit seinen dekadenten Epigonen in einen Topf werfen, während Sie die gleiche und noch schlimmere Dekadenz bei den Epigonen von

Marx und Lenin geflissentlich übersehen. Wobei die zynische Menschenverachtung Lenins ein eigenes Thema wäre. Jesus hat genau das getan, was Sie gerne tun möchten, aber nicht tun können, weil Ihnen dazu die innere Freiheit und der Mut fehlen.

JOHANN ERWIN BAUER, NÜRNBERG

Konkret 01/82, S. 6

Hermann L. Gremliza

Alles aussteigen

Es spricht für die Leistungsfähigkeit der politischen Leistungsträger der Leistungsgesellschaft, daß sie es selbst noch hören können-. Dialog mit der Jugend, Gespräch mit unseren jungen Mitbürgern, Antworten auf die kritischen Fragen der nachwachsenden Generation. Und während ihnen längst keiner mehr zuhört, geraten sie sich furchtbar in die Haare, wer mit wem ob und warum oder wie reden soll, kann oder darf.

Am tollsten treibt es die Sozialdemokratische Partei. Der Vorsitzende Willy Brandt will die »unruhigen Jungen die unbequem Drängenden« integrieren. Der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner unterschreibt die These des Professors Löwenthal, daß »ein sehr sichtbarer Teil der heutigen Jugend sich aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zurückziehen« will. Die sozialdemokratische Bundestagspräsidentin Annemarie Renger erklärt der »Welt«, es gehe darum, »daß die SPD über dem Werben um dezidierte Aussteiger ihre Anziehungskraft für die berufstätige Gesellschaft insgesamt einbüßt«. Der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz findet es zwar »selbstverständlich, daß sich die SPD nicht gegen die Industriegesellschaft wenden darf«, aber »falsch«, wenn die SPD die grün-alternative Bewegung als »Randgruppen« abschreibt. Und dann wird statt des Dia- erst mal der Soziolog geführt: vom »aktiven, wissenshungrigen, disziplinierten, aufstiegswilligen und realistischen Facharbeiter«, dieser »kleiner werdenden Kerntruppe des Industrialismus«, von den »wachsenden nachindustriellen Mittelschichten«, von der »in erste, zweite und dritte Kultur auseinanderdriftenden nachindustriellen Gesellschaft«.

Was es alles gibt! Dabei könnte es ganz einfach sein: Wenn man beispielsweise die Thesen des Professors Richard Löwenthal nur ein wenig redigiert, indem man statt »industriell« den Begriff einsetzt, der gemeint ist: »kapitalistisch«, kommt man zu einem bemerkenswerten Text:

Die Streitfrage, um die es geht, ist die Frage nach dem Primat der Lebensfähigkeit unserer kapitalistischen *Gesellschaft oder dem Primat* antikapitalistischer *Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden. Natürlich sind alle Sozialdemokraten gegen Vergiftung der Umwelt. Aber die Weltanschauung der Alternativen ist der* kapitalistischen *Gesellschaft grundsätzlich feindlich und hält sie für einen geschichtlichen Irrweg der Menschheit; und sie setzt das Ziel des Um weltschutzes so absolut, daß es mit der Fortentwicklung einer* kapitalistischen *Gesellschaft unvereinbar wird. Auf dem Papier kann man immer Kompromißformeln finden, die beiden Zielen gerecht werden. In der Praxis muß man wieder und wieder ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des* Kapitals *begrenzen.*

Diejenigen, die der Sozialdemokratie die Aufgabe einer Integration der neuen Welle »kritischer Jugend« stellen wollen, verweisen auf eine vermeintliche Gemeinschaft der grundlegenden Ziele. Das ist eine Fehleinschätzung. Es gibt in vielen Fällen eine Gemeinschaft humaner Motive und kritischer Anschauungen zwischen Sozialdemokraten und Antikapitalisten, *aber keine Gemeinschaft mit ihren politischen Zielen. Die Sozialdemokratie will den* Kapitalismus *fortentwickein und vermenschlichen, sie will ihn nicht verteufeln oder abbauen.*

So ist es. Aber so darf es nicht scheinen, weil sonst die SPD ihre Anziehungskraft nicht nur auf die »unbequemen Drängenden« sondern auch auf die »realistischen Facharbeiter« verlöre. Denn wer herrschen will, muß teilen können-, muß die gemeinsamen Opfer kapitalistischer Politik in gegnerische Fraktionen spalten, die sich gegeneinander ausspielen lassen. Und subjektiv, im Bewußtsein der jeweiligen Gruppenzugehörigen, ist das ja bisher auch ganz gut gelungen: Die. Wut des Schichtarbeiters auf die hausbesetzenden »Parasiten« (so auch Löwenthal, unredigiert) ist ähnlich gut entwickelt wie die Verachtung des »Aussteigers« für den gewerkschaftlich orientierten »Bild«-Leser.

Nur: objektiv, gemessen an den Gründen für ihre Leiden, gibt es diesen Gegensatz zwischen dem braven, Schmidt-wählenden Proletariat und den jungen »Aussteigern« nicht. Als ob der wohnungssuchende Facharbeiter, der schließlich bei der Neuen Heimat landet, weniger litte als der Kreuzberger Hausbesetzer, und an etwas ganz anderem; als ob die Atomkraftwerke den Industriearbeiter weniger gefährdeten als den studentischen Demonstranten, an Leib und Leben *und* beruflicher Existenz (daß es gelungen ist, ihm einzureden, Atomkraft sichere seinen Arbeitsplatz, wird ihm auf dem Arbeitsamt nichts nützen); als ob nicht die Tragödien der Kleinfamilien die Flucht in die Wohngemeinschaft ausgelöst hätten wie der Herzinfarkt des Angestellten den Zug zum Leben auf dem Lande.

Beide suchen nach einem Sinn ihres Lebens, den ihnen die freie Marktwirtschaftsordnung nicht gibt. Der eine pflanzt Canabis, der andere wäscht seinen Opel Ascona; der eine färbt sich die Haare grün, der andere säuft sich die Gurgel ab; der eine besetzt ein Haus und wird verprügelt, der andere verschuldet sich und wird arbeitslos oder mit einem Magengeschwür ins Krankenhaus gebracht.

Sie wehren sich anders: die unabhängigen, mobilen, auch weniger frustrierten Jungen boykottieren mit viel Geschick und Phantasie ihre »gesellschaftliche Aufgabe« und geben, am Wahltag, ihre Stimme den Alternativen oder den Grünen; die

andern kämpfen noch ein bißchen in der Gewerkschaft und bleiben, am Wahltag, zu Hause.

Es gibt, aus jüngerer Zeit, ein überzeugendes Beispiel, wie gleichartig die Interessen der beiden »entgegengesetzten Richtungen« (Löwenthal) in Wirklichkeit sind: Als der sozialdemokratische Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose nach seiner Wahl Zeichen für eine linke, Kapitalismus-kritische Politik setzte, als er den Radikalen-Erlaß aufkündigte, den bürgerlichen Staat als »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« bezeichnete und sich gegen den Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf aussprach, ermittelten die Demoskopen ein Ergebnis, von dem die Hamburger Sozialdemokraten bis dahin nur geträumt hatten. 55 Prozent der Hamburger wollten nun die SPD wählen, bei den jugendlichen Wählern, Glotzens »zweiter Kultur«, waren es sogar 75 Prozent und bei den »realistischen Facharbeitern« 77 Prozent. Selbst als seine eigenen Genossen ihn schon demontiert hatten, kam der »rote« Klose, kurz vor seinem Rücktritt, immer noch auf 46 Prozent. Kloses Nachfolger Klaus von Dohnany, der das »traditionell gute Verhältnis der Hamburger Sozialdemokratie zur Wirtschaft« wiederherstellte und angeblich auf die Arbeitnehmerschaft setzt, liegt derzeit bei 34 Prozent.

Wie sagt die ehemals sozialdemokratische »Hamburger Morgenpost« in solchen Fällen so unvergleichlich: »Dazu können wir nur sagen: Kein Kommentar!«

Eine Bemerkung aber zu Peter von Oertzen, der immer noch vom sozialistischen Weg der Sozialdemokratie träumt. Er schreibt: »Die Behauptung Löwenthals, die SPD trete für die arbeitsteilige Industriegesellschaft ein, ist irreführend, weil zu allgemein. Die SPD ist *gegen* die kapitalistische Industriegesellschaft und *für* eine 'neue und bessere Ordnung der Gesellschaft', den demokratischen Sozialismus (Godesberger Programm). In dieser neuen und besseren Gesellschaft muß das Interesse der Gesamtheit... über dem Einzelinteresse stehen. In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt daher eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung (Godesberger Programm).«

Das, lieber Peter von Oertzen, glaubst du selbst nicht. Und deshalb hast du ja auch *gegen* das Godesberger Programm gestimmt. Damals hattest du recht und heute hat es (der leicht redigierte) Löwenthal.

Konkret 01/82, S. 8

Michael Schilling

Reagan: Eine Null für den Frieden

Atomkriegsminister Caspar Weinberger »bewundert die außerordentliche Art und Weise«, wie das türkische Militärregime »Ordnung und Frieden wiederhergestellt hat«. Damit es bald überall auf der Welt so bewundernswert aussieht, will die US-Regierung 1982 über 450 Milliarden Mark fürs Militär ausgeben und die Sowjets auf Null abrüsten. Eine Analyse von Michael Schilling

Es war wie beim Soldatensender Belgrad oder als sei ein Papst gestorben: Das Deutsche Fernsehen änderte sein Sonntagnachmittagsprogramm für eine wichtige Sondersendung. Fast live aus dem nationalen Presseclub in Washington übertrug die ARD eine hektisch simultan-übersetzte Rede des US-Präsidenten Ronald Reagan. Sogar ein Stück Sportschau wurde geopfert: dem Weltfrieden?

Eine perfekte Medien-Sensation: Der amerikanische Präsident will alle Atomraketen in Europa beseitigen. Tärä, tärä, tärä!!! Das heißt: er will die Raketen, die die NATO noch nicht hat, nicht aufstellen, wenn die andern die Raketen, die sie seit Jahren haben, verschrotten und die Raketen, die sie seit Jahrzehnten haben, abziehen. Und er will die bodengestützten Atomraketen auf Null bringen, denn davon hat die NATO fast keine. Nur die see- und luftgestützten Raketen will Reagan behalten, denn davon haben die Sowjets nur wenige. Der amerikanische Präsident will also die Sowjets auf Null abrüsten - wenn das kein Friedensplan ist!

Endlich sieht man einmal, wozu das Allparteien-Fernsehen gut ist: so im Handumdrehen hat noch keiner aus einem PapierFurz einen Live-Donnerschlag gemacht. Tags darauf schleuderte die gleichgeschaltete Bürgerpresse ihre Blitze hinterher: jetzt habe »Moskau den schwarzen Peter«. Am tollsten trieb es die »BILD«-Zeitung (Redaktionsschwur: » ... die Lüge zu sagen, die reine Lüge und nichts als die Lüge, so wahr uns Wallraff helfe«). Schlagzeile am Montag: »Reagan reicht Breshnew die Hand zum Frieden«. Damit die Schlagzeile am Dienstag lauten konnte: »Njet! Moskau zertritt den Friedensfunken«. Helmut Schmidt aber, unser kurz angebundener Bismarck-Darsteller , war »tief befriedigt«.

Doch wie das so ist: so verlogen kann keine Lüge sein, daß sie nicht durch millionenfache Verbreitung wenigstens zu Teilen geglaubt würde. Immer häufiger sieht man auf Friedensdemonstrationen Spruchbänder mit Parolen wie »Keine Pershing! Keine SS-20« und »Wer Pershing sagt, muß auch SS-20 sagen«. Und was ist das anderes als Reagans »Friedensplan«?

Lügen haben lange Arme, dank der Reichweite einer allumfassenden Bewußtseinsindustrie. Umso wichtiger ist es, immer wieder - und sei's bis zum Erbrechen - auf ihre kurzen Beine zu zeigen:

Die »Nachrüstungs«-Lüge

Stereotyp jeder Rüstungsdebatte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die »Bedrohung aus dem Osten«. Dabei gibt es kein Waffensystem, das nicht die USA zuerst eingeführt hätten: Die erste Atombombe wurde von den USA am 6. August 1945 über der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen (140 000 Tote, 100 000 Verwundete). Die Sowjetunion zündete ihren ersten Atom-Sprengsatz am 29. August 1949. Im Jahre 1954 beginnt die NATO mit der Einführung atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa, die Sowjetunion führt 1955 die ersten eurostrategischen Bomber ein. 1958 stationieren die USA die ersten nuklearen Mittelstreckenraketen in England, Italien und der Türkei, die Sowjetunion zieht 1960/61 mit der Aufstellung der SS-4 und der SS-5 nach. 1962 stationieren die USA die ersten Pershing IA-Raketen in Europa, 1967 erhält Großbritannien 64 Polaris-U-Boot-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, 1967/69 stationieren die USA die eurostrategischen Angriffsbomber FB-111 A und F-111 E/F in Großbritannien und in den Meeren rund um Europa, 1970/71 unterstellen die USA 40 auf Atom-U-Booten lozierte Poseidon-Raketen mit je zehn bis vierzehn Sprengköpfen dem Nato-Oberbefehlshaber, 1974 beginnen die USA mit der Entwicklung der Pershing-II-Rakete - und erst in diesem Jahr 1974 stellt die Sowjetunion den eurostrategischen Bomber »Backfire« in Dienst. Im Juni 1976 stimmen die Außenminister der Nato einer weiteren Modernisierung der atomaren Mittelstreckenraketen zu, erst danach beginnt die Sowjetunion mit der Modernisierung ihrer SS-4 und SS-5 durch die SS-20. Dies ist der erste bemerkenswerte Rüstungsschritt der Sowjetunion im Bereich der atomaren Mittelstreckenwaffen seit 1960.

Daß die Sowjetunion mit der Aufstellung dieser neuen Raketen allenfalls das Übergewicht der Nato und der USA auf diesem Feld reduzieren konnte, war so offenkundig, daß zunächst niemand auf die Idee kam, mit den SS-20 die Notwendigkeit weiterer westlicher Atomrüstung zu begründen. Es dauerte über ein Jahr, bis die USA einen unverdächtigen Europäer (oder auch: einen Dummen) gefunden hatten, der ihnen die Erfindung einer »sowjetischen Bedrohung Westeuropas« im Mittelstreckenbereich abnahm: den Wichtigtuer Helmut Schmidt. Der »Weltwirtschaftskanzler« wollte endlich auch in die große Weltpolitik einsteigen; . das aber konnte er nur, wenn er einen Grund für die europäische (und also auch seine) Mitwirkung an den Atom-Gesprächen der Großmächte entdeckte. Schmidt hatte einen pfiffigen Einfall:

Mitreden würde er erst können, wenn die USA eine Art von Atomrüstung forcierten, die der Zustimmung der Nato (also auch des Bonner Kanzlers) bedürfte. Also erfand er das sowjetische »Übergewicht« bei den eurostrategischen (landgestützten) Raketen und lieferte den USA den Vorwand für die »Nachrüstung« mit Pershing II und Cruise Missile. Daß sich Schmidt sein Mitreden in der großen Welt als eines über atomare Abrüstung gedacht hatte, brauchte die USA nicht zu stören: Die sowjetische »Bedrohung« war erfunden, die Propaganda für eine neue Atomrüstung konnte anlaufen. Am 12. Dezember 1979 ließen die USA ihre Nato-Partner die »Nachrüstung« beschließen.

Tatsächlich hat es eine Überlegenheit der Sowjetunion im atomaren Mittelstreckenbereich nie gegeben. 1981 verfügte die Sowjetunion in und »für« Europa über 1780 atomare Gefechtsköpfe, die Nato über 1 906, wobei auf östlicher Seite die zwanzig Jahre alten SS-4 und SS-5-Raketen ausnahmslos mitgezählt wurden. Doch ein geschickter Propaganda-Apparat kann auch zu ganz anderen Zahlen kommen: Zählt man beispielsweise statt der atomaren Sprengköpfe nur die Raketen, führt die Sowjetunion bereits mit 900 zu 558. Unterschlägt man, wie das Bonner Verteidigungsministerium, dann noch die 400 Poseidon C-3 Sprengköpfe, die dem Nato-Oberbefehlshaber unterstehen, kommt man zu einer sowjetischen »Überlegenheit« von »1 zu 3,6«. Läßt man dann noch die 218 französischen Atomsprengköpfe auf Mittelstreckenraketen, Mirage-Bombern und U-Booten weg, kommt man leicht auf eine sechs- bis zehnfache »Überlegenheit« der Sowjetunion. Und da man über ein Heer von willfährigen Militärjournalisten verfügt, ist der Rest schnell erzählt.

Peinlich wirds nur, wenn sich mal ein Fachmann findet, der sich nicht einwickeln läßt - wie der Rüstungsexperte Anton-Andreas Guha von der »Frankfurter Rundschau«: »Es muß klargestellt werden: Der Westen hat im Mittelstreckenbereich, d.h. für die eurostrategische Verteidigung mehr Sprengköpfe auf Raketen zur Verfügung als die SU - ohne 'Nachrüstung'! ... Die Nato kann die SU unter allen Umständen als lebensfähigen Industriestaat vernichten. Wenn das keine Abschreckung ist, dann gibt es überhaupt keine Abschreckung, sondern nur ein sinnloses psychotisches Auftürmen von Vernichtungspotentialen. Außerdem ist die Nachrüstung ... der drei westlichen Atommächte in vollem Gange: Frankreich wird bis 1985 über rund 600 Atomsprengköpfe verfügen, Großbritannien nach der Umstellung auf das Trident-System über mindestens ebensoviele, die USA rüsten die dem Nato-Oberbefehlshaber unterstellten Poseidon U-Boote ebenfalls auf Trident II um (ein Trident II-U-Boot hat 24 Raketen mit je 14 Sprengköpfen) ... Im Vergleich dazu ist die Ersetzung der veralteten sowjetischen SS-4/5-Raketen durch die moderne SS-20 ein fast bescheidener Vorgang. «

Zupft aber mal einer die Lüge von der nuklearen Überlegenheit der Sowjetunion auseinander, so wird ihm geantwortet: Das mag ja sein, aber eine gewisse Überlegenheit im atomaren Bereich braucht die Nato, weil sie doch bei den konventionellen Streitkräften dem Warschauer Pakt weit unterlegen ist.

Die Divisionen-Lüge

Wie Ronald Reagan und sein Weinberger behauptet auch das Weißbuch des Bundesverteidigungsministers, daß die Truppen des Warschauer Pakts etwa doppelt so stark sind wie die der Nato: den, 60 östlichen Divisionen ständen nur 28 westliche gegenüber. Wer kommt schon darauf, daß die Divisionen der Nato im Durchschnitt 11 000 bis 18 000 Mann stark sind, die des Warschauer Pakts aber nur 11000 bis 13 000 Mann. Doch das ist noch lange nicht die ganze Lüge: Denn bei den genannten sind beispielsweise auf westlicher Seite einfach alle Truppen Frankreichs, das ja weiterhin der Nato angehört, auch wenn es sich eine Sonderrolle im Bündnis erkämpft hat, nicht mitgezählt. Zählt man jedoch, wie das Erwin Müller vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik getan hat, »alle auf dem europäischen Kontinent stationierten Heerestruppen der Nato, die jederzeit einsatzbereit sind, und alle jederzeit einsatzbereiten Verbände der (vergleichbaren) Kategorie in sämtlichen Ländern der Warschauer Verteidigungs-Organisation, also einschließlich dem europäischen Teil des sowjetischen Staatsgebiets«, so kommt man auf ein Divisionen-Verhältnis von 76 zu 76.

Ja aber, sagen die ertappten Lügner, die östlichen Truppen sind überlegen bewaffnet.

Die Panzer-Lüge

Die schönsten Zahlen stammen mal wieder aus dem Weißbuch des sozialdemokratischen Wehrministers: Den ärmlichen 6 100 Nato-Panzern stehen in Mitteleuropa 19 000 Panzer des Warschauer Pakt gegenüber. Auch hier wurden die französischen Panzer nicht mitgezählt. Aber das ist hier der kleinste Teil der Lüge. Das wirkliche Bubenstück kommt erst: Auf östlicher Seite werden seit Jahren auch alle längst veralteten und in ihrer Kampfkraft etwa dem Nato-Prunkstück »Leopard I« weit unterlegenen Panzer unterschiedslos dem modernen Nato-Gerät gegenübergestellt. Denn unterschiede man zwischen modernen und veralteten Panzern, so stünde es bei den modernen 9043 zu 5300 für die Nato.

Aber auch diese Panzer-Zählerei ist wenn es um »Verteidigung« gehen soll ganz sinnlos geworden: »Gerade auf dem Gebiet der Panzerbekämpfung hat sich im letzten Jahrzehnt eine technische Revolution vollzogen ... Es wurden Wege gefunden, Panzerabwehrraketen äußerst treffsicher und zerstörungsfähig zu machen. So wies die amerikanische

Panzerabwehrrakete Maverick im Nahostkrieg 1973 eine Trefferquote von 90 Prozent auf. Diese extrem zielgenauen Flugkörper könnten in massiertem Einsatz in der Lage sein, auch umfangreiche Panzerattacken abzuweisen ... Von 1974 bis 1976 kaufte allein die amerikanische Armee 36 000 Abwehrraketen der Typen TOW and Maverick. Insgesamt verfügt die Army heute über mehr als 100 000 TOW-Flugkörper. Die europäischen Nato-Länder orderten 1978 18 000 Panzerabwehrraketen ... Der CENTAG-Kommandeur Frederick J. Kroesen versicherte, ein Aggressor wäre dieser ‚Abwehrkapazitäten wegen gezwungen, in einem Stärkeverhältnis von 6 zu 1 anzugreifen, um einen Erfolg erhoffen zu können: 'Bei einem Verhältnis von 3 zu 1 ist dagegen der Erfolg für den Verteidiger schon fast garantiert'.« (Erwin Müller).

Alles klar? Ja, aber die Sowjetunion hat in den 70er Jahren eine »beispiellose Aufrüstung (gleichlautend: Reagan, Haig, Weinberger, Schmidt, Genscher, Kohl, Wörner) betrieben, hat immer mehr Geld fürs Militär ausgegeben, während der Westen...

Die Militärausgaben-Lüge

Nach Angaben der CIA, die von nahezu allen Politikern und Medien im Nato-Raum wie gesicherte Wahrheiten weiterverbreitet werden, stieg der Anteil der Militärausgaben der Sowjetunion gemessen am Bruttosozialprodukt Mitte der siebziger Jahre von 6 bis 8 Prozent auf 12 bis 13 Prozent. In seiner Untersuchung dieses Vorgangs zitiert Michael Brzoska vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg den Bericht des ehemaligen CIA-Agenten Arthur Macy Cox:

Amerikanische Polemik hat eine Atmosphäre erzeugt, in der sowjetische Stärke ständig und manchmal mit hysterischen Beitönen übertrieben wird. Der Ursprung dieser Übertreibung kann auf den November 1976 zurückverfolgt werden, als drei Wochen vor Carters Amtsübernahme Zeitungen über wachsende sowjetische militärische Anstrengungen berichteten und unveröffentlichte CIA-Informationen zitierten. Dies waren Schätzungen des sogenannten »B-Teams«. George Bush, zu dieser Zeit CIADirektor, hatte eine Gruppe von zehn Militärexperten und Sowjetunion-Spezialisten ernannt, die unabhängig von der Regierung die CIA-Schätzungen der sowjetischen Militärmacht und ihrer Intentionen untersuchen sollten. Unter Führung von Richard Pipes, Professor für russische Geschichte in Harvard, wurde das »B-Team« ausgesucht, um einen harten Kurs gegenüber der Sowjetunion Zu *vertreten. Unter den Mitgliedern waren ... der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Paul H. Nitze, Thomas Wolfe, Experte für das sowjetische Militär bei RAND, und William R. Van Cleave.*

Richard Pipes wurde unter Reagan Unterstaatssekretär im Außenministerium, William R. Van Cleave wurde Reagans Wahlkampfberater und die RAND-Corporation ist die »Denkfabrik der US-Luftwaffe« (Brzoska). Doch weiter mit Cox:

Das Team B bestritt nach drei Monaten Arbeit bei der CIA vehement die Richtigkeit der Analyse des regulären CIA-Teams, des A-Teams. George Bush machte die Ergebnisse des B-Teams zur offiziellen CIA-Schätzung.

Nämlich: statt 6 bis 8 gebe die Sowjetunion 11 bis 13 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Militärisches aus. In ihrem Jahresbericht über die sowjetischen Militärausgaben schrieb die CIA: »Die neue Schätzung des Verteidigungsanteils am sowjetisehen Bruttosozialprodukt ist fast doppelt so hoch wie die bisher geschätzten 6 bis 8 Prozent. Dies heißt nicht, daß der Einfluß sowjetischer Verteidigungsprogramme auf die Wirtschaft gestiegen wäre - nur unsere Wahrnehmung hat sich verändert. Es bedeutet, daß die sowjetische Rüstungsindustrie weniger effizient war, als bisher geglaubt wurde. « Doch im Bundestag und anderen »Bild«-Zeitungen wird munter drauflosgelogen, die Sowjetunion habe ihre Rüstungsausgaben in den siebziger Jahren verdoppelt.

Ungehört bleibt auch das nicht geradezu bolschewistisch verseuchte Friedensforschungs-Institut SIPRI in Stockholm, das die Wachstumsrate der sowjetischen Militärausgaben für die 70er Jahre auf 1 bis 2 Prozent schätzt. Michael Brzoska: »Die neuesten vorliegenden Zahlen sind die folgenden: Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt, 1970: 13,0 Prozent; Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt 1978: 12,2 Prozent.« Und das sind CIA-Zahlen.

Halten wir fest: Eine atomare Überlegenheit der Sowjetunion (in welchem Bereich auch immer) gibt es nicht. Es gibt auch keine konventionelle Überlegenheit, die einen atomaren Ausgleich erfordern würde. Und es gibt schließlich nicht die enorm gewachsenen Rüstungsausgaben der Sowjetunion.

Warum also dann »Nachrüstung« und warum Reagans »Null-Lösung«?

Alexander Haig hat es den Herren Merseburger, Loewe und Pechel vom Deutsch-Amerikanischen Fernsehen erklärt: »Wir wollen eine Welt gestalten, in der die amerikanischen Werte, besonders Freiheit und Würde des einzelnen Bürgers, sich frei entfalten können. Wir versuchen eine Welt zu schaffen, in der die notwendigen und gewünschten Änderungen nach anerkannten Normen westlicher Zivilisation vollzogen werden. Veränderungen mit friedlichen Mitteln, nicht durch Blutvergießen, Terrorismus und sogenannte Befreiungsbewegungen.«

»Wir wollen« die Welt nach unserem Bilde neu schaffen: von Nicaragua über Libyen bis Kambodia. Und zwar nach den anerkannten Normen, die »wir« in Chile, San Salvador und in der Türkei angewandt haben. Daran hindern uns die »sogenannten Befreiungsbewegungen«, die von der internationalen Terroristenzentrale in Moskau unterstützt werden. Was können »wir« dagegen tun?

Auf diese Frage haben die USA drei Antworten gefunden:

1. Die Sowjetunion wird totgerüstet. Dazu wurde neben der Nachrüstung jetzt vom US-Kongreß der höchste Militäretat in der Geschichte der Menschheit beschlossen. Will die Sowjetunion da mithalten,. so das Kalkül, wird das ihre Volkswirtschaft überanstrengen - bis zum Kollaps.

2. Die »Nachrüstung«, das heißt die Stationierung von für die Sowjetunion sehr bedrohlichen atomaren Angriffswaffen in Westeuropa, könnte zugleich einen atomaren Krieg in Europa ermöglichen, der nicht zugleich mit dem Untergang der USA verbunden wäre. Der vierzig Jahre alte amerikanische Traum, zum erstenmal geträumt, als Hitler-Deutschland die Sowjetunion überfiel und viele US-Politiker hofften, beide Systeme, vor allem aber das rote, würden daran verbluten, ist wieder wachgeworden. An ihm hängen Reagans und Weinbergers Sinne, wenn sie immer wieder vom begrenzten atomaren Konflikt faseln.

3. Die Sowjetunion darf wählen: zwischen dem Totrüsten und dem Tot-Abrüsten. Ließe sie sich auch nur ein Stück weit auf Reagans »Null-Lösung« ein, würde sie militärisch und politisch erpreßbar und verwundbar genug, um jedem weltpolitischen Konflikt mit den USA aus dem Weg gehen zu müssen. Reagan und Haig könnten die Welt - zwischen Vietnam, Angola, Griechenland und Nicaragua - wieder ganz nach den »amerikanischen Werten« gestalten.

Halten wir uns an die »Bild«-Zeitung»US-Präsident Reagan will die Atomraketen in West- und Osteuropa auf Null bringen. Bringt er auch Eppler und die Friedensmarschierer auf Null? Denn nach Reagans beeindruckender Rede muß auch dem letzten Zweifler klar Werden, daß das Gemälde vom säbelrasselnden US-Präsidenten falsch war und ist. «

Halten wir uns an die »Bild«-Zeitung. Dann wissen wir, was wir zu tun haben: das Gegenteil.

Zum Schluß ein Hinweis auf zwei neue Bücher zur Rüstungsdiskussion: Die meisten der hier zitierten Untersuchungen stammen aus dem Reader »Rüstung zum Tode«, herausgegeben von Dieter S. Lutz (dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg) und Dorothee Gremliza. Der Band bietet in Beiträgen von Gert Bastian, Johan Galtung, Anton-Andreas Guha, Henry W. Kendall, Genc La Rocque, Dieter Senghaas und anderen fast alle Zahlen und Fakten, die wissen muß, wer sich für den Frieden einsetzt (Konkret Literatur Verlag, 158 Seiten, 12 Mark).

Ebenfalls als Buch erschienen sind die verdienstvollen Arbeiten des »Stern«-Redakteurs Wolf Perdelwitz unter dem etwas unglücklichen Titel »Geisel Europa«. Perdelwitz nützt auch in seinem Buch alle Möglichkeiten einer leserfreundlichen Illustrierten-Aufmachung, was hoffentlich seiner Verbreitung vor allem unter denen zugute kommt, die sich bislang kaum oder gar nicht über die Grundlagen der Atomrüstungs-Diskussion informieren konnten (Olle & Wolter, 352 Seiten, 24 Mark).

Konkret 01/82, S. 12

Winfried Wolf

Der Unverstand als Sachverstand

Warum sich die von der Bundesregierung bemühten Konjunkturfälscher so regelmäßig irren und warum zwei preiswerte Wirtschaftswissenschaftler so präzise Prognosen liefern

Die Wirtschaftskrise der Jahre 1966/67 erklärten sie zum Betriebsunfall. Die Krise von 1971 kriegten sie nicht richtig mit, weil die sozialliberale Regierung das Absacken der Wirtschaft durch Staatsverschuldung und Export auffangen konnte. Und im Jahresgutachten 1972/73 waren sich die bürgerlichen Konjunkturforscher vom Sachverständigenrat der Bundesregierung ganz sicher: »Unsere Vorausschau auf die absehbare wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik weist aus, daß wir für keines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik, außer der Stabilität des Preisniveaus, das Jahr 1973 als Problemjahr ansehen. Indem der konjunkturelle Abschwung frühzeitig aufgefangen wurde, sind günstige Voraussetzungen für eine verstetigte Entwicklung der Produktionstätigkeit und der Beschäftigung geschaffen, worden.«

Vier Monate nach Ablieferung dieser Weisheit, im März 1973, setzte die schwerste Krise der BRD- und Weltwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein. Kaum hatten die wissenschaftlichen Stehaufmännchen des Kapitals diesen Schock verdaut, da waren sie - in ihrem Gutachten 1976/77 - schon wieder guten Muts, daß »soviele Arbeitsplätze geschaffen werden, daß bis 1980 die Arbeitsplatzlücke geschlossen wird«. Das meinten sie so ernst, daß sie den Satz hinzufügten: »Das Risiko, daß dabei zuviel Arbeitsplätze entstehen, ist gering.« Es war - wie der Wert des Gutachtens auch - gleich Null.

Doch unbeirrt prophezeiten die Sachverständigen in ihrem Jahresgutachten 1980/81 für 1981 ein Wirtschaftswachstum. Als das Jahr begann, stürzte die Wirtschaft in ihre bislang tiefste und längste Krise mit einem absoluter! Rückgang des Nationaleinkommens. Und wieder, wie schon 1974, hatte die Krise internationalen Charakter.

Die Regelmäßigkeit, mit der das »Wirtschaftswunderland« BRD alle vier bis fünf Jahre von Rezessionen heimgesucht wird, nötigt den Begriff »zyklisch« auf. Aber genau das wollen die Sachverständigen nicht wahrhaben. Im Gutachten 1980/81 beteuern sie, es handle sich »nicht um einen zyklischen Abschwung«, sondern um eine »vorübergehende Wachstumspause«. Und trotzig insistieren sie in ihrem jüngsten Opus, dem Gutachten für 1981/82, die nun doch nicht mehr zu leugnende Rezession sei aber keineswegs »zyklisch«, vielmehr handle es sich um eine »hartnäckige Stockungspause«.

Wie erklärt sich soviel sachverständiger Unverstand? Sollen das Volk und insbesondere die lohnabhängige Klasse mit wissenschaftlichem Mummenschanz absichtlich irregeführt werden! Vom Kampf gegen das System abgelenkt werden? Sind die Gutachter einfach Zyniker? Wohl kaum. Zu groß sind die allfünfjährlichen Blamagen, zu blauäugig wird Jahr für Jahr die Übergabe der Schlechtachten zelebriert. Und es sind ja keineswegs nur die bürgerlichen Konjunkturforscher, die ihre in der Krise des Spätkapitals von der Hand in den Mund lebenden Regierungen mit Schönwetter-Prognosen aufheitern - die Gewerkschaftsführer stehen dem System ebenso begriffslos gegenüber:

»Wissen Sie«, so klagte DGB-Chef Vetter am 7. Juni 1977 in einem Gespräch mit Unternehmerboß Schleyer im ARD-Fernsehen, »wir sind gerade - und darin liegt die Tragik - in der Transformation der Maloche in die Selbstdarstellung durch Arbeit. Und da bricht dann diese katastrophale Arbeitslosigkeit über uns herein.« Seither wurde die Arbeitslosigkeit zwar immer »katastrophaler«, der DGB blieb jedoch bis heute bei seiner grundsätzlichen Einstellung, wonach da etwas Anonymes, von außen Kommendes über die sozialpartnerschaftliche Arbeitsweltidylle der BRD »hereinbreche«. Entsprechend fällt dem DGB als Argument im Kampf gegen die profitorientierten Sachverständigen immer nur der Theorieverschnitt ein: »Sinkende Reallöhne bedeuten Absatzschwierigkeiten für die Unternehmer«, und es wird ein milliardenschweres Programm öffentlicher Investitionen gefordert.

Was den Wissenschaftlern, den einschlägigen Instituten und so gut wie allen Gewerkschaftsführern fehlt, ist ein *umfassendes Verständnis des Charakters der bürgerlichen Gesellschaft* und der historischen Periode, in die der Spätkapitalismus Ende der 60er Jahre eintrat. Lassen wir die grundlegenden Elemente und Bewegungsgesetze dieser Gesellschaft einmal von zwei anderen Sachverständigen, den Vätern des wissenschaftlichen Sozialismus, »begutachten« ' und ziehen wir hierzu gerade diejenigen Texte und Passagen heran, die das abgeklärte Bürgertum, aber auch diverse »Neomarxisten« als »zu klobig«, »geschichtlich bedingt« und »nicht mit der modernen Industriegesellschaft in Übereinstimmung zu bringen« charakterisieren.

· Im Kapitalismus wurden »zwei neue, allmählich alle übrigen verschlingende Klassen geschaffen, nämlich: 1. die Klasse der großen Kapitalisten, welche in fast allen zivilisierten Ländern schon jetzt fast ausschließlich im Besitz der zur Erzeugung der Lebensmittel notwendigen Rohstoffe und Instrumente (Maschinen, Fabriken) sind. 2. Die Proletarier, welche darauf angewiesen sind, ihre Arbeit zu verkaufen, um dafür die zu ihrem Unterhalt nötigen Lebensmittel zu erhalten.« (Friedrich Engels in der! »Grundsätzen des Kommunismus«, 1847). Man setze statt »große Kapitalisten« das

salonfähigere und aktuell treffendere Wort »Großaktionäre«; man bedenke, daß sich die Trennung in Angestellte und (Lohnsteuerkarten) Arbeiter angesichts von Krise und Massenentlassungen als künstlich erweist und vergegenwärtige sich die Statistik, wonach in der BRD gegenwärtig 1,7 Prozent der Haushalte über rund 80 Prozent der gewerblichen Unternehmen, des produktiven Kapitals verfügen. Wirklichkeitsfremd?

· »Seit Anfang dieses Jahrhunderts«, so nochmals Engels vor 1J4 Jahren, »hat der Zustand der Industrie fortwährend zwischen Epochen der Prosperität und Epochen der Krisen geschwankt; fast regelmäßig alle fünf bis sieben Jahre trat eine Krise ein, welche jedesmal die Zivilisation bedroht.« 1966/67, 1973/74, 1981/82 - so veraltet ist Engels. Was den zivilisationsbedrohenden Charakter dieser Krisen betrifft, so wurde Engels mit den zwei Weltkriegen, die als logisches Resultat der kapitalistischen Krisen zustande kamen, in schrecklicher Weise verifiziert.

· Der Kapitalismus schaffe mit den sich verschärfenden Krisen ein immer größeres Arbeitslosenheer, eine industrielle Reservearmee: »Die industrielle Reservearmee druckt während der Periode der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion in Zaum.« So Karl Marx vor 114 Jahren. Auf dem Höhepunkt der Rezession 1966/67 waren 780.000 arbeitslos - 1974/75 wurden 1,4 Millionen erreicht, 1982 werden es 2 Millionen sein. In den imperialistischen Zentren Nordamerika, Japan und Westeuropa waren 1970/71 zehn, 1974/75 fünfzehn und sind 1981/82 fünfundzwanzig Millionen als arbeitslos registriert. Überall stehen die Reallöhne und sozialen Errungenschaften unter Druck, vielfach gelang ein Abbau, immer gab die »industrielle Reservearmee« den flankierenden Schutz für diesen Angriff ab.

· Aus der Werttheorie (nur lebendige Arbeit schafft Wert: Lohn und Profit) gelangte Marx logisch zum »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate«: der durch Konkurrenz aufgezwungene, immer höhere, in Maschinen, Gebäude, Fertigungsanlagen vergegenständlichte Kapitaleinsatz und die damit verbundene relative Zurückdrängung des Anteils lebendiger Arbeit im Produktionsprozeß lasse die Rate des Profits sinken. Die Unternehmer reagierten hierauf mit »sinkender Investitionsbereitschaft« bis hin zum Investitionsstreik, transferierten ihr Kapital in andere, nicht-produktive Sektoren oder in andere Länder. Marx bezeichnete dieses Gesetz als »das Mysterium, um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht«. Angesichts des massenhaften Einsatzes neuester Technologien, der Bilder menschenleerer Fertigungshallen, in denen Roboter die bisher menschliche Arbeit verrichten, muß jeder gegen dieses Gesetz Sturm laufen, der den Horizont auf eine Reparatur dieses Systems beschränkt. Die Zahlen, die dies für die letzten ein, zwei Jahrzehnte bestätigen, sind inzwischen eindrucksvoll (für die imperialistischen Zentren laufen sie in der Regel auf eine Halbierung der Profitrate im Verlauf des letzten Jahrzehnts hinaus); in der Krise« dessen Augenzeugen wir gegenwärtig sind, weisen selbst Mammutkonzerne gewaltige Verluste aus, die nicht mit buchhalterischen Tricks erklärbar sind (4 Milliarden Dollar Verluste 1980 allein bei den US-Autoriesen Ford, General Motors und Chrysler); einzelnen Multis kann die Profitklemme demnächst das Ende bereiten (Chrysler, AEG); ein ganzes, bis vor nicht allzu langer Zeit führendes imperialistisches Land, Großbritannien, wird von der großbürgerlichen Klasse als nichtinvestitionslohnend betrachtet - die Produktion stagniert dort faktisch seit einem Jahrzehnt. Unter diesen Umständen mutet es anachronistisch an, daß die linke »Memorandum«-Gruppe 1981 in ihrem Gegengutachten davon ausgeht, daß zuviel Profit erwirtschaftet würde und Über eine Umverteilung von Kapitaleignern zu Staat und Lohnabhängigen ein krisenfreies Wirtschaftswachstum erreichbar sei.

· Ganz im Gegensatz zu dem, Was notorische Nicht-Marx-Leser zu wissen glauben, war der Alte kein Anhänger eines unendlichen Wachstums der Produktivkräfte, schon gar nicht` unter Bedingungen kapitalistischer Produktion. Vielmehr beschrieb er selbst die innere Logik zur Zerstörung von Menschheit und Natur: »Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter.« Dieser Zerstörungs- und Selbstzerstörungsprozeß, diese Politik des, »Nach-uns-die-Sintflut« erleben wir gegenwärtig hautnah.

Krise, Massenentlassungen, Reallohnabbau, soziale Demontage, schleichende und galoppierende Zerstörung der Grundlagen menschlicher Existenz - dies alles ist zweifellos ein Paniktheater, ein Wahnsinn, aber mit System: dem von Lohn, Preis, Profit.

Der Sachverstand der Sachverständigen erweist sich jeweils nach spätestens zwölf Monaten als antiquiert; er kostet jährlich zwei Millionen Mark. Der Sachverstand von Karl Marx und Friedrich Engels ist nach über einem Jahrhundert so aktuell wie je: er ist für ein paar Mark im linken Buchladen um die Ecke (und am Samstag auch auf dem Trödelmarkt) zu haben.

Konkret 01/82, S. 14

Lottemi Doormann

Mit Rosa L. und Cornelia B.-B.

An Pluralismus war bei der Weltfrauenkonferenz in Amsterdam kein Mangel. Die Rede war vom □ Gebärstreik□ bis zu einem Friedensmarsch von Ost nach West.

Weiße Tulpen und die Symbole der Bewegung schmückten den großen Saal im Tropical Institute. Da sprach die Theologin und Schriftstellerin Dorothee Sölle vom »Haus des Menschenfressers« und »how to get out«. Da schwärmte die Niederländerin Suze van Kleef von der christlich inspirierten Bewegung »Frauen für Frieden«, importiert nach Holland über die Schweiz, Frankreich, Italien und die BRD. Die Leiterin der sowjetischen Delegation, Zinaida Kruglova, referierte die Abrüstungsvorschläge ihrer Regierung. Die Italienerin Joyce Lussu entwarf eine feministische Supermächte-Ideologie und forderte eine Kontrolle der Frauen über Verteidigungssysteme und Militärstützpunkte, über Bündnisse und Geheimdienste (leiser Zwischenruf meiner Nachbarin: »CIA in Frauenhand! «). Beifall erhielten alle. Und zwischendurch gab's gemeinsames Singen zur Gitarre, daß der weißhaarigen Engländerin zu meiner Rechten die Tränen herabliefen. »Daß ich das noch erleben durfte«, murmelte sie.

Die große Fraueninternationale in der Friedensfrage von Moskau bis Rom? Ich fand die Atmosphäre eher beklemmend. Joyce Lussuz. B. weigerte sich, mit den Frauen der Ostblockländer zu sprechen. Holländische Friedensfrauen warfen Zinaida Kruglova »Sowjetpropaganda« vor. Westberliner Feministinnen gingen den Frauen der »Demokratischen Fraueninitiative« beharrlich aus dem Weg, während sie gleichzeitig mit der Parole »Frauen,aller Länder, vereinigt Euch! « herumliefen. Emsig warben sie für einen paktübergreifenden Friedensmarsch der Frauen aus Ost und West, mit dem demonstriert werden soll, daß »wir Frauen an der Basis unseren Regierungen weglaufen«.

In den »Workshops« kam sogar der Internationale Frauentag am 8. März, traditionsreicher Kampftag der Frauenbewegung seit 70 Jahren, ins Gerede. Viele Friedensanstifterinnen wollten lieber einen politisch unbefleckten »Woman's day for peace«. Stundenlang wurde über frauenspezifische Verweigerungsstrategien wie »Gebärstreik« oder Generalstreik der Frauen in Küche, Kinderzimmer und Kaufhaus diskutiert. »Es ist kein Frauenweg, Regierungen zu beeinflussen«, erklärte die Westberliner Pastorin und Sprecherin der »Frauen für Frieden«, Cornelia Bauer-Buchrucker. Sie plädierte statt essen r »Friedenscamps im Drei-Länder-Eck« an den Grenzen von »Dänemark-Polen-DDR« oder »UdSSR-BRD-CSSR« (wo immer das sein soll) und für »friedenschaffende Frauenfeste«. Zusammen mit Eva-Maria Bannach-Epple hatte sie bereits bei der Prager Weltfrauenkonferenz im Oktober erklärt, daß es sich »bei der Friedensfrage nicht um ein Ost-West-Problem handelt«; vielmehr seien »der Rüstungswahnsinn und die Existenzbedrohung der Menschheit letzten Endes die Konsequenz patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse« und »Krieg nur eine Form männlicher Gewaltherrschaft«.

Der feministische Pazifismus ist keineswegs neu, sondern hat einen festen Platz in der Tradition der bürgerlichen Frauen- und Friedensbewegung. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts machten die Frauen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, z. B. Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Helene Stöcker und Minna Cauer die »männliche Weltauffassung« für Militarismus und Krieg verantwortlich. »Das männliche Prinzip«, schrieb die radikale Pazifistin Lida Gustava Heymann während des 1. Weltkrieges, »ist zersetzend und wird, wenn fortgeführt, die völlige Vernichtung der Menschheit herbeiführen.... *Weibliches Wesen, weiblicher Instinkt sind identisch mit Pazifismus...* Soll der Pazifismus in Zukunft siegen, dann geschieht es nur, wenn das aufbauende weibliche Prinzip zum herrschenden wird im Verkehr der Menschen und im Zusammenleben der Völker.« Dieser Auffassung blieben Heymann und Augspurg bis in den II. Weltkrieg treu, dessen Ursache sie »dem Wahnsinn verfallenen Männerhirnen« zuschrieben.

Heute formulieren feministische Pazifistinnen nur scheinbar originär: »Wir haben aus den Erfahrungen der vergangenen Kriege die Lehre gezogen, daß Männer über Tod und Leben nicht mehr entscheiden dürfen ... Wir müssen deshalb in aller

dern unsere Macht als Frauen wahrnehmen und müssen darum kämpfen, daß Frauen allein die Entscheidung über Krieg und Frieden zusteht.« (Offener Brief der »Courage«Frauen an das Komitee der Sowjetfrauen).

Die Schwestern von gestern, Heymann und Augspurg, die bei Ausbruch des I. Weltkrieges zur Verweigerung des »Hospitaldienstes und der Verwundetenpflege« (wie es Frauengruppen heute schon vorsorglich tun) aufriefen, gehörten zu den Mitinitiatorinnen der berühmten Frauenfriedenskonferenz in Den Haag 1915, auf der das »Internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden«-1919 umbenannt in »Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit«-gegründet wurde. Die Pazifistinnen forderten ein internationales Schiedsgericht, dem alle Streitigkeiten zwischen den Nationen zu unterstellen seien, die politische Gleichberechtigung der Frau (Heymann: »Ein Europa mit Frauenwahlrecht wäre keinem Weltkriege zum Opfer gefallen«) sowie vollständige Abrüstung.

Zu einer nennenswerten Zusammenarbeit zwischen Pazifistinnen und Sozialistinnen kam es bis Ende der 20er Jahre nicht. Clara Zetkin mochte Analyse und Vorgehen der bürgerlichen Frauen in der Friedensfrage nicht akzeptieren, und Rosa Luxemburg hielt den Pazifistinnen entgegen: »Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde

reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten«. Das einzige Mittel gegen Imperialismus und Krieg wäre »die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats«.

Angesichts der drohenden Gefahr des Faschismus und eines neuen imperialistischen Weltkrieges fanden Pazifistinnen und Sozialistinnen dann 1932 erstmals zusammen. Als die Frauenliga anläßlich der Genfer Abrüstungskonferenz eine Unterschriftenaktion für »vollständige Abrüstung« anregte, sammelten Frauenorganisationen der verschiedensten Richtungen weltweit 8 300 000 Unterschriften, die dem Völkerbund bei einer eindrucksvollen Frauenmanifestion übergeben wurden. Zu einer letzten gemeinsamen Aktion von Frauen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung gegen Faschismus und Kriegsgefahr kam es im Herbst 1932 beim internationalen Antikriegskongreß in Amsterdam (!), zu dem u. a. Romain Rolland, Albert Einstein, Maxim Gorki, Heinrich Mann und Frans Masereel aufgerufen hatten und zu dessen Frauen-Vorbereitungskomitee Clara Zetkin, Frauen der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit, Helene Stöcker und Käthe Kollwitz gehörten.

Seither sind die Kontakte zwischen radikal-liberalen, sozialistischen und christlichen Friedenskämpferinnen nie wieder abgerissen. Die Pazifistinnen der Liga, die im 1. Weltkrieg bewiesen, daß die bürgerliche Frauenbewegung nicht geschlossen mit dem »Bund deutscher Frauenvereine« und seiner Vorsitzenden Gertrud Bäumer auf der Seite des Hurra-Patriotismus, der Kriegsverherrlichung und der Reaktion stand, öffneten ihr Bündnis nach 1945 auch Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen. In der Bundesrepublik gibt es bis heute drei IFFF-Sektionen, einige neue Gruppen befinden sich im Aufbau.

Einen IFFF-Kongreß von der frauenpolitischen Breite wie jenen in Amsterdam hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben.

Das Spannendste an dieser Konferenz war zweifellos die Frage, wie sich die Sowjet-Frauen zu dem Vorschlag der Westberliner »Frauen für Frieden« nach einem grenzenüberschreitenden Friedensmarsch von West nach Ost stellen würden, ein Vorschlag, der noch bei der Prager Weltfrauenkonferenz von den meisten Delegierten sowohl der kapitalistischen als auch sozialistischen Länder abgelehnt worden war.

Den sowjetischen Frauen und den Repräsentantinnen der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF; sie organisierte die Prager Weltfrauenkonferenz) schien in Amsterdam plötzlich jede Art von Friedenssehnsucht und -artikulation recht zu sein, wenn sie nur die Hoffnung in sich bergen, »die Kommunikation zwischen Westen und Osten aufrechtzuerhalten und das gegenseitige Verständnis zu fördern«, wie es die SU-Delegierte Prof. Margarita Maximova vom Institut für Weltwirtschaft und Außenbeziehungen formulierte.

Und so trat die sowjetische Vertreterin der IDFF, Kalmyth Valeria, ans Mikrofon und verkündete, daß das Komitee der Sowjetfrauen bereit sei, die Friedensmarschinitiative zu unterstützen. Sie nannte so weit sogar Stationen des Marsches, über Stockholm oder Amsterdam etwa nach Moskau, Leningrad und Minsk. Natürlich müsste über »die Ziele« des Demonstrationszuges gesprochen werden, und natürlich gäbe es eine Reihe von organisatorischen Schwierigkeiten wie z. B. die Weite des russischen Landes oder die Bewilligung von Visa in den westlichen Ländern. Doch das Büro der IDFF in Berlin/DDR sei bereit, so Frau Valeria, die Koordination für den West-Ost-Marsch zu übernehmen. Nun sei es Sache der westlichen Frauenfriedensgruppen, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Bei einer Frauenkonferenz am 8. März 1982 in Rom sollen genauere Pläne festgelegt werden.

Ich gestehe, daß ich verunsichert bin. Ich befürchte, daß ein West-Ost-Friedensmarsch im Sinne der Westberliner feministischen Initiatorinnen um die »Courage« dazu dienen soll, die einheitliche Volksfront der (Frauen-)Friedensbewegung gegen die NATO-Mittelstreckenraketen auseinanderzudividieren und den Gegner unkenntlich zu machen.

Konkret 01/82, S. 18

Horst Herrmann

Heilige Inquisition aus Bayern

Schon zur Papstwahl vor zwei Jahren hatte Horst Herrmann die Beförderung des Wojtyla-Wählers Ratzinger zum Chef der vatikanischen Glaubenskongregation prophezeit (KONKRET 12/78). Jetzt ist es so weit

Jedermanns Mann ist er gerade nicht, der »Neue« an der römischen Kurie. Aber das braucht er auch gar nicht zu sein. Herrn Wojtylas Mann ist er allemal, und das genügt. Joseph Ratzinger, Münchens Erzbischof, hat es nämlich geschafft. Endlich ist er doch noch (fast) ganz nach oben gelangt. Johannes Paul U. hat den treuen Bayern nicht vergessen, der ihm 1980 - zum Abschluß der Papstvisitation der BRD - nachgerufen hatte, der Wahrheit die volle Ehre gebend, von eben diesem Besuch sei »ein Strom der Freude, von neuem Mut des Glaubens und der Bereitschaft zur Nachfolge Christi« ausgegangen...

Auch die - sich wie stets an die volle Wahrheit herantastende - »Welt« hatte dieser Tage so unrecht nicht, als sie der Erhebung Ratzingers zum obersten Glaubenswächter in der Nachfolgeorganisation der »heiligen Inquisition« zur »späten Anerkennung der Leistungen der deutschen Theologie« hinaufschrieb. Ratzinger, ein durch und durch deutschorthodoxer Theologe voller Kirchlichkeit, hat wirklich viel geleistet, und dies mußte anerkannt werden. So, und nur so, kann ein voll mit der »konkreten Kirche« Identifizierter Karriere machen. Die Wahrheit zu Rom aber wird sich von Herzen über diese Neuerwerbung freuen. Und »die Jagd ist auf«.

Im heimischen Bayernland hatte der Treue freilich ungleich weniger erfolgreich gewirkt. Zwar war ihm immer wieder, nach eigenem Bekunden, der Geist selber zu Hilfe gekommen. Doch Fortune hatte er nicht. Man schätzte ihn eben nicht in dem Maße, wie er selbst das verdient zu haben glaubte. »Seelsorge« war seine Sache nie. Ratzinger blieb immer »der Professor«. Als solcher hatte er seine Meriten, ein solcher wollte er - auch unter der Mitra - bleiben. Er wußte warum. Zum einen verkauften sich seine Werke und Werklein nicht schlecht, zumal er stets verstand, dem Ärgernis des Christentums so viele Zähne zu ziehen, daß der Brei möglichst vielen Zahnlosen schmackhaft vorkam, und andererseits hatte er, der es an keiner der vielen Fakultäten, die ihn aufzunehmen hatten, lange aushielt, sich ein erkleckliches Sümmchen an »Berufungsgeldern« erdient.

Das aber bedeutete schon etwas, und einige seiner lieben Kollegen blickten in einer merkwürdigen Mischung von Glaubensstärke und Neid auf den bekannten Autor, dessen »Einführung in das Christentum« gar einen Kierkegaard hätte beschämen können.

Natürlich erhoben auch einige Kritiker wider den Wahrheitsfanatiker das freche Mundwerk. Ihr »verletzter Stolz« (Ratzinger) brachte es sogar mit sich, daß der Sanfte unwirsch reagierte. Einer unter ihnen, Hubertus Mynarek, hatte beispielsweise schon 1973 den frommen Mann als »feminin, ja geradezu mädchenhaft« charakterisiert und ihm, was noch schlimmer war, jede Chance abgesprochen, in der Kirche Karriere zu machen. Es war da sogar die Rede davon gewesen, natürlich betont böswillig, daß der liebre Theologe über eine »hohe Fistelstimme« verfüge, welche die Gläubigen »zu Lachsalven im Dom animieren« würde.

Derlei Injurien gingen nun wirklich zu weit - und vor allem an der Sache der Wahrheit vorbei. Und so wurde denn auch der schlimme Schmäher vor den Kadi gezerrt, um aller Welt kundzutun, wie Christenleute sich einschätzen, wenn sie sich lieben.

Solche Episoden konnten jedoch den unaufhaltsamen Aufstieg des Glaubensgenies nicht gefährden. Im Gegenteil. Wer von »einem solchen« angegriffen wird, muß der kirchlichen Wahrheit ganz, ganz nahestehen. Und Ratzinger wußte wirklich auch in Zukunft, was zu tun war. Er bemühte sich, die Anfeindungen von seiten der »spirituell Entleerten« wirksam in die eigene Karriere einbauend, mehr und mehr allein um jene »reine Lehre«, deren unverfälschte Weitergabe von Generation zu Generation zur Hauptsorge aller beamteten Glaubenswächter geworden ist, nachdem die Zeiten des charismatischen Chaoten Jesus von Nazaret ein für allemal vorbei sind.

Ratzinger hatte auch Erfolg. Er fiel zumindest auf. Und schließlich brachte er es sogar zum Fürsten seiner Kirche, zum einzigen Vertreter des Freistaates Bayern im Kollegium der römischen Kardinäle.

Das war konsequent: Wer stets »Rechtes« denkt, wer seine Forschung vor allen auf den Glauben an das Unerforschliche stützt, wer selbst akademisch verbrämte Mannhaftigkeiten gegenüber Andersdenkenden nicht scheut, wer sich - was besonders wichtig ist - durch keinen einzigen Zweifel aus der Fassung bringen läßt und wer an alldem noch so viel Spaß zeigt wie der Erwählte, der muß dem System ganz einfach »positiv« auffallen.

Ratzinger hat diese seine Erfahrungen in die ihm eigenen Worte gefaßt, die ein ganzes Lebensprogramm enthalten: »Die Menschheit braucht nicht Priester, die gegenseitig um ihre Rechte und ihre Emanzipation streiten ... sie braucht Bedienstete der Kathedralen«. Nicht mehr und nicht weniger, und Rom kann über diesen Trost aus berufenem Mund aufatmen.

Karol Wojtyla, seinerseits Propagandist des schlichtesten Glaubens, konnte sich jederzeit in Ratzingers Sprüchen an das gemeine Volk wiedererkennen: »Die Kirche ist am meisten nicht dort, wo organisiert, reformiert, regiert wird, sondern in denen, die einfach glauben und in ihr das Geschenk des Lebens empfangen, das ihnen zum Leben wird«. So simpel ist das eben, wenn einer »his master's voice« ertönen läßt.

Natürlich haben - dieser Naivität zum Trotz - einige unter uns nicht vergessen, daß Glaube und Leben, wie sie hier beschworen werden, nicht selten auch den »Tod der Ungläubigen« nach sich zogen. Und sie erinnern sich dieser Tradition der römischen Glaubensbehörde, auch wenn sich diese selbst nicht mehr allzu gerne an die eigene Historie erinnern läßt. Der Vatikan spricht ja inzwischen davon, daß keine Autodafés mehr stattfinden. Nein, die Scheiterhaufen brennen nicht mehr, und die Folterwerkzeuge sind im Keller verschwunden. Die mörderische Terrorbande, die sich »Inquisition« genannt hat, ist vergleichsweise stumm geworden, und die Verbrennungsöfen, welche ein katholischer Bischof (in Deutschland, nicht in Auschwitz) schon vor Jahrhunderten hatte in Gang setzen lassen, sind inzwischen verloschen. Noch mehr: Die Institution, die sich »Kirche« nennt und für jene Terror-Systeme verantwortlich zeichnet, ist in der Zwischenzeit ungleich humaner geworden, wie sie ständig selbst betont. Und das Heilige Büro, in dessen Chefetage Ratzinger bald Platz nehmen wird, heißt seit etlicher Zeit »Kongregation für die Glaubenslehre«. Ist das denn nichts?

Hinter einem solch schamhaften Namen wird allenfalls der Böswillige Boshaftes vermuten. Der schlicht Glaubende (siehe oben) denkt gar nicht so weit, nicht einmal, wenn er überhaupt denkt. Schließlich haben sich alle Winde auf Erden gedreht, und ein »Konzil« hat es auch gegeben (Ratzinger war als »Experte« zugegen).

Gönnen wir dem Fachmann also die Beförderung. Lassen wir ihn, ohne zu lachen, in seiner eigenen Kirche auch weiterhin das »Haus der Wahrheit wie der Freiheit« vermuten. Schließlich fühlt er sich ganz wohl dabei. Bald wird er sogar noch näher als bisher an die eigentliche Wahrheit herankommen, wenn er im Vatikan residiert. Über die Leichen im Keller der Inquisition spricht er dann sicher nur selten bis gar nicht. Er weiß, was man von ihm verlangt. Bald wird denn auch sein Glaubenskampf noch höher dotiert werden als dies schon jetzt der Fall ist. Solche Unaussprechlichkeiten hat jedenfalls »Gott all jenen bereitet, die ihn lieben«.

Die Wahrheit hat so oder so noch immer ihre Liebhaber gefunden. Auch und gerade in Rom. Was Mynarek zu alldem meint, ist demgegenüber nur ketzerisch: »Das Beispiel Ratzingers zeigt in einer allen Zweifel ausschließenden Weise: Die Kirche kennt und besitzt auch heute noch Mittel und Wege, um den Geltungshunger derer, die ihr ergeben dienen, reich zu belohnen.« So seis denn, wenn die Wahrheit Karriere macht auf Erden.

Konkret 01/82, S. 20

Peter Rabe

Claire, die Terror-Tarantel

Claaire Sterlings Führer durch den Terrorismus ist jetzt auf deutsch unter dem Titel »Das internationale Terror-Netz« im Scherz-Verlag erschienen. Daß es dennoch nicht nur komisch ist, beschreibt Peter Rabe

Senator Jeremiah Denton aus Alabama behielt stets seine kugelsichere Weste an, auch in den Ausschußsitzungen, als er im Frühjahr dieses Jahres die Untersuchungen des U.S. *Subcommittee on Terror and International Security* leitete. Der alte Vietnamkämpfer war sich der Verantwortung wie auch der Gefahr seiner Mission voll bewußt: Durfte man doch selbst dem FBI und der CIA kaum über den Weg trauen, wenn es galt, die große Weltverschwörung bloßzulegen, mit der all die Carlos und Ghadafis, Curcios und Khomeinis im heimlichen Bunde mit dem KGB der anderweitig so heilen Freiheit des Westens an den Kragen wollen.

Unter den »Experten«, die der Senator vor seinen Ausschuß lud, war auch Claire Sterling, die Autorin des US-Bestsellers »The Terror Network - The Secret War of International Terrorism«, Reader's Digest Press, New York. Von Hause aus Italienkorrespondentin von Produkten wie »Reader's Digest«, »Life«, »Harper's Magazine«, aber auch »Washington Post«, hatte sie sich Anfang 1981 mit ihrem Buch plötzlich als Terrorspezialistin in den USA vorgestellt.

Und während der (noch) Kalte Krieg immer stärker auch Europa und die Bundesrepublik zittern läßt, hat es sich der Scherz-Verlag zur Pflicht gemacht, die Enthüllungen der »Terror-Tarantel« - so wurde sie von kritischen Kreisen in Amerika getauft - auch unters bundesdeutsche Volk zu bringen.

»Dieses Buch ist keine Fiktion, es handelt von Fakten«, verkündet Claire Sterling im Vorwort. Ich muß der Autorin recht geben: mit Fakten ist das Buch in der Tat vollgestopft, bis zum Erbrechen, - vornehmlich mit falschen.

Sterlings aus zweiter und dritter Hand zusammengestippelte Terrorstories bringen, von den Fehlern abgesehen, eigentlich nichts Neues, jedenfalls nichts, was den Bestseller erklären würde. Neu ist auch nicht, daß sie das, was sie »Terrorismus« nennt, wenn überhaupt, dann in erster Linie mit individuellen und zivilisatorischen Defekten der »Terroristen« erklärt. Das hat sie rnit vielen der modernen Vulgärterrorologen, der Laquers, Beckers, Boultons, Hederbergs, gemeinsam, von denen sie auch eifrig abschreibt.

Der Clou bei Claire ist, daß sie mit besonderer Verbissenheit und Penetranz die Legende von der weltweiten Terrorverschwörung verbreitet; die Saga vom nahtlosen Ring der gleichermaßen perversen wie teuflisch genialen - und doch wieder so primitiven - Superterroristen, die da rund um die Uhr und die Welt sich gegenseitig in die Maschinenpistolen greifen und die Bomben reichen. Mehr noch, die nationalen Befreiungsbewegungen und v.a. die Palästinenser, die Kubaner und der Ghadafi stecken mit ihnen unter einer Decke. Und schließlich: »Da ist nichts zufällig«, nichts hausgemacht und auch nichts selbstverschuldet - das Ganze ist weltweit gesteuert! Obwohl es die Schlappschwänze von der CIA und anderen westlichen Diensten bisher nicht richtig rauslassen wollten und ihre Regierungen unerklärlicherweise stillhalten, die tapfere Claire »glaubt daran« und enthüllt es - »Die Russen« und der KGB stecken dahinter: hinter »diesem konzentrischen Angriff auf den schrumpfenden Teil der Welt, der noch demokratisch regiert wird«.

Raus ist es! Freilich gibt es da noch einige Probleme mit der Realität, den trüben Quellen und dem beschränkten Wissen unserer Autor in, die sich ihrer Botschaft in die Quere stellen wollen. Doch sie hat sich mächtig ins Zeug gelegt, um mit diesen Hindernissen fertig zu werden. Einige Beispiele:

Dank »Terror Network« wissen wir jetzt, daß es in Wahrheit der italienische »Patron des Terrorismus« Giangiacomo Feltrinelli war, der die willensschwache Ulrike Meinhof »während einiger idyllischer Tage im Sommer 1967« auf seinem Schloß in Villadeati dazu brachte, »ihre endgültige und schicksalschwere Wahl zur Terroristin zu treffen«. Was geht es die Sterling an, daß die Meinhof danach noch volle drei Jahre braucht, bis sie endlich Feltrinellis Rat folgend ihre Arbeit als Journalistin und zugleich die Legalität aufgibt?

Oder: Auch wenn bisher die bundesdeutschen Instanzen und Dienste und die RAF selbst nichts davon wissen wollten und gelegentlich gar das Gegenteil behaupteten, die Terrorexpertin aus »Reader's Digest« weiß es halt besser: »Die Baader-Meinhof Bande hat fortlaufend Unterstützung von der ostdeutschen Geheimpolizei erhalten, falsche Papiere, Geld, Waffen, Munition«.

Damit die internationalen Verstrickungen auch richtig stimmen, müssen beispielsweise Personen wie Petra Krause oder Brigitte Heinrich zu internationalen Superterroristinnen stilisiert werden, und der RAF wird eine - natürlich vom Schwarzen September gesteuerte - Operation gegen ein jüdisches Altersheim in München angedichtet. Dagegen muß sie sich die Botschaftsbesetzung Stockholm plötzlich mit dem »2. Juni« teilen, nach einem angeblichen »Plan von Wadi Haddad in Aden« und unterstützt von Carlos in Paris.

Allen lokalen Parteien und den zahlreichen internationalen Beobachtern muß es bisher entgangen sein, daß beim Kampf um das palästinensisch-libanesische Flüchtlingslager Tal al-Zaatar bei Beirut im August 1976 Italiener dabei waren. Im »Terror Network« sind es gleich »ungefähr 1.000«, die angeblich auf palästinensischer Seite mitkämpften, mit Tarnkappen vermutlich, und dahinter steckten wieder dieser Feltrinelli und dazu noch »deutsche Instruktoren« (?). (Übrigens sind nach Claire Sterling ganz offensichtlich nicht etwa diejenigen, die das Blutbad gegen ein Lager mit ursprünglich etwa 35.000 Zivilisten organisierten, die »Terroristen«, sondern diejenigen, die sich - allerdings leider nicht - an seiner Verteidigung beteiligten).

Mit den Palästinensern hat sie sowieso ihre besonderen Probleme: Ahmed Jibril, dem Führer der kleinen pro-syrischen und - libyschen PFLP-GC widmet sie ein halbes Kapitel, um ihn als zentrale PLO-Figur und angeblichen KGB-Agenten vorzustellen; und auf Seite 197 präsentiert sie uns dann stolz als sein Bild das Foto des 1979 ermordeten Saiqa-Führer Zuheir Mohsen.

Um eine kubanische Beteiligung am Libanesischen Bürgerkrieg zu belegen, muß die widerborstige Wirklichkeit gleich in einer ganzen Reihe von Punkten umfrisiert werden: Erst mal muß die alte Kreuzfahrerburg Beaufort, seit Jahr und Tag ein Paradestück von Yassier Arafats Fatah und von Journalisten aus aller Welt besucht, zu einer »größeren Raketenbasis« der in Opposition zu Arafat stehenden sogenannten »rejection front« ernannt werden. Weiter ist es unumgänglich, die auf einem hohen Berg im Landesinneren gelegene Festung eben mal 40 Kilometer weit an die Küste zu verlegen (»diskret zugänglich vom Meer her«). Andernfalls könnte Frau Sterling ja dort nicht ihre »kubanischen Instruktoren an Land gehen« lassen, damit sie dann »Ende März 1978« in aller Ruhe »in der Umgebung ihre militärischen Stützpunkte und Raketenbasen« aufbauen. Schließlich muß unsere Spezialistin, konsequent wie sie nun einmal ist, unerwähnt lassen, daß in jener Zeit die Region gerade von israelischen Truppen und UN-Verbänden kontrolliert wurde, nach der israelischen Invasion des Südlibanons Mitte März 1978 (ein allzu aufmerksamer Leser könnte ja sonst noch auf die Idee kommen, daß auch die Israelis mit den Kubanern unter der großen Decke des internationalen Terrorismus stecken ...). Zu guter Letzt muß dann nur noch der Ausbruch des Libanesischen Bürgerkriegs von Anfang 1975 auf Mitte bis Ende 1976 um lumpige eineinhalb Jahre verschoben werden - und schon ist im Libanon ein weiteres KGB-kubanisches Terroristenkomplott aufgedeckt. Der Einfachheit halber werden diese imaginären kubanischen Trainingslager gleich noch für den Ausbruch der iranischen Revolution und die Subversion in den arabischen Golfstaaten verantwortlich gemacht.

Altdorf dagegen, in der Mitte der Schweiz gelegen, wird an die italienisch-schweizerische Grenze verlegt: so läßt sich doch die in der Realität nirgendwo belegte, aber im »Terror Network« ganz besonders wilde Kollaboration zwischen der verhaßten Petra Krause und den »Roten Brigaden« besser veranschaulichen (offensichtlich hat es unsere Terrorspezialistin nicht verwunden, daß die Krause ihr einmal wegen eines früheren Artikels einen Verleumdungsprozeß angehängt hat).

So geht das immer weiter. Wer kennt die Völker, zählt die Fehler? Wer vermöchte schon dieser Baronin Münchhausen des Terrors auf allen ihren Trips zu folgen, und ihr bei jeder ihrer Klitterungen auf die Finger zu klopfen?

In Stockholm staffiert sie milchbärtige Anarchohippies, die dann prompt zusammenklappen, als vom KGB zur Destabilisierung Europas ferngesteuerte Superagenten aus. In Äquatorial-Afrika war sie dabei, als der verblichene Nguema, natürlich »umgeben von kubanischen Beratern bis zum Ende«, noch täglich sein Glas Menschenblut trank. In der Bundesrepublik reißt sie der »Röten (?) Hilfe« die Maske vom Gesicht, und in Zürich enttarnt sie den seit Jahren wohlbekannten und wohlüberwachten Eco-Libro Buchladen als das Terror- »Hauptquartier« des Kontinents.

Von Mexico bis Moskau, von Tucumán bis Tripolis, von Havanna bis zum Hilton in Rom spinnt die Terror-Tarantel das Netz, ihr Netz, das »Konzept von der Belagerung der Kontinents, organisiert von Paris aus, gesteuert von Aden und mit der größten Heimlichkeit gefördert von Moskau«.

Da wird konspiriert und kollaboriert, aber auch fleißig observiert und ausgepackt. Das ist alles so top secret, und liegt alles so offen auf der Hand - jedenfalls für ein paar beherzte Journalisten vom Schlage der Claire Sterling. Und auch die Israelis haben allemal die Nase vorn. Deshalb sind natürlich und Gottlob bisher alle die teuflischen Umsturzpläne jämmerlich gescheitert.

Komme keiner und sage, unsere Expertin habe sich das alles einfach selbst aus den Fingern gesogen, Sie hat ihre Quellen und präsentiert sie nach allen Regeln der Kunst in einem wohlfundierten Index:

Zuerst kommt die freie Presse: Das »gewöhnlich zuverlässige *Journal de Genève«* steht für die Ente mit den Kubanern im Libanon, aber auch die Genfer *Le Novel Illustré* wird nicht außer acht gelassen. Neben *France Soir* und der »autoritativen *Neuen Zürcher Zeitung«* kommt auch die *Rheinplatz* (?) zu ihrem Wort. Nachdem noch aus *Epoca* die libysche Finanzierung des italienischen Terrors und aus *Paris Match* die auf der Trikontinental-Konferenz in Havanna 1966 vom KGB gegen Europa inszenierte Verschwörung belegt ist, darf schließlich auch unsere *Quick* den ihr gebührenden Platz im wissenschaftlichen Apparat der US-Terrorologin einnehmen. Kein Stundenartikel, keine Geheimdienste oder Fahndungsstory, die hier nicht als blanke Wahrheit gedealt wird. Wen wundert's da noch, daß wir in dieser erlauchten

Gesellschaft schließlich auch den Rainer Maria Röhl wiederfinden, mit seinen »Fünf Fingern«, die keine Faust ergeben wollen?

Daneben verfügt ein Werk wie »Terror Network« natürlich noch über spezielle Quellen: Selten sind es einfach »Polizeiquellen«, die da angeführt werden, eher schon »Schweizer Polizeiquellen« und »westliche« oder auch »hochrangige amerikanische Sicherheitsquellen«. Auf der nächsten Stufe rangieren »spanische«, »deutsche«, »italienische«, »amerikanische« und schließlich »gepolte westliche intelligence«- Quellen. Wer's immer noch nicht glaubt, dem wird wohl auch die »Bestätigung durch die höchsten Autoritäten« nicht mehr helfen können, selbst wenn's in diesem Fall der »israelische Verteidigungsminister« selber ist. Und zum Beweis für Carlos' Terrortraining in der UdSSR zitiert »Terror Network« einfach »einen in Israel inhaftierten arabischen Terroristen«. Da kann man nur hoffen, daß der palästinensische politische Gefangene wenigstens die Folter überlebt hat.

Sozusagen fairerweise charakterisiert die Autorin selbst einige wenige dieser nicht allgemein zugänglichen Quellen als *»zuverlässige* Polizeiquellen«, *»höchstverantwortliche,* spanische und amerikanische Quellen« oder auch *»höchstverantwortliche,* aber zufällig nicht israelische Geheimdienstquellen«, - woraus sich ja jeder schon seinen Vers auf den ganzen Rest machen kann.

Oft sprudeln für die engagierte Dame auch noch besondere »vertrauliche intelligence« Quellen. Manchmal holt sie sich die Information gar »persönlich im NATOHauptquartier«. Und wo anders als in Paris natürlich ist es der verhinderten Mata Hari auch mal passiert, daß es ihr »autoritative französische Quellen« ganz *»privat«* bestätigt haben.

Nicht alle die geheimen und vertraulichen Quellen der Claire Sterling müssen völlig geheim bleiben. So dürfen wir z. B. erfahren, daß auch der Dr. Hans Joseph Horchern dazu gehört, »einer der bestinformierten intelligence- Analytiker des Westens«. Der ehemalige Verfassungsschutzchef von Hamburg und verhinderte Chef von BND und Bundesverfassungsschutz (seine Verbindungen zum israelischen Geheimdienst waren sogar denen zu gut), hat Claire Sterling persönlich klargemacht, daß bundesdeutsche »Antifaschisten« in Wahrheit mit der ganzen europäischen »Terroristenblase« unter einer Decke stecken, und daß »der KGB den internationalen Terrorismus steuert«. Mittlerweilen kämpft der Herr Dr. in seinem »Büro Horchem« im Springer-Verlag »gegen die Friedenskampagne der Kommunisten« und versucht einen politischen Spionagedienst für die Privatindustrie aufzuziehen.

Als weiterer Zeuge taucht Vito Miceli auf, der frühere Leiter der italienischen Gegenspionage SID und inzwischen wegen seiner zweifelhaften Haltung gegenüber neofaschistischen Terrorakten und Umsturzplänen abgehalftert. Für Sterling ist er noch gut genug, angebliche Querverbindungen von Feltrinelli zu als »Diplomaten akkreditierten Sowjetblock-Agenten« zu belegen, deren Ausweisung er von Ministerpräsident Andreotti - vergeblich - verlangt habe.

Oft, so scheint's, war Claire Sterling bei den von ihr berichteten Terroristenexzessen in aller Welt direkt selbst dabei und hat mitgehört. Wie anders könnte sie uns sonst immer wieder, ohne irgendwelche Quellen, wörtlich hinterbringen, was die Beteiligten da so alles von sich gaben? Als Ende 1976 die OPEC-Zentrale in Wien überfallen wurde, muß sie wohl, vielleicht als Ölminister verkleidet, irgendwo hinter einem Pfeiler gelauscht haben. Weiß sie doch Wort für Wort, wie ordinär die Gabriele Kröcher-Tiedemann (für Polizei und Justiz war bisher noch nicht klar, ob die überhaupt dort war) sich noch im Maschinengewehrfeuer mit dem Carlos unterhalten hat. Man begreift fast nicht mehr, warum Frau Sterling nicht auch noch mitentführt worden ist.

Claire Sterling hört nicht nur mit, sie fickt sozusagen auch mit. So weiß sie nicht nur, daß der Terroristen- »Patron« Feltrinelli »eine frostige Kindheit unter Aufsicht von teutonischen Gouvernanten verleben mußte«, sondern auch - offensichtlich aus erster Hand - daß er einen »verschrumpelten Penis« hatte. »Mit sich steigernder Wut und Frustration machte er vier Frauen durch«, deren ersten beiden (»eine unerbittliche Proletarierin« sowie »eine reife junge Kommunistin«) sich »wegen Nichtvollzugs der Ehe« von ihm scheiden ließen. Laut Claire war der Feltrinelli »sexuell impotent«; aber »intelligent« wie er war, schaffte er es, daß ihm seine dritte Frau, »die attraktive deutsche Radikale Inge Schoental« dann doch »seinen einzigen Sohn gebar«.

Hier sind wir endlich bei den Defekten, wo, abgesehen einmal vom KGB, bei den Terroristen der eigentliche Hund begraben liegt: Bei Feltrinelli sind es neben besagtem Penis ein »sozialer Schuldkomplex und weiß Gott noch welche privaten Furien«. Außerdem »konnte er sich für all das Feltrinelli-Vermögen nicht die normalen geschlechtlichen Vergnügen erkaufen, die etwa sein Stiefvater oder der Gärtner genossen«. »Kein Laie vermag zu ermessen«, klagt Claire, »einen wie großen Anteil emotionale Deformationen mitspielten, Feltrinelli zur politischen Gewalt hinzuziehen - seine Schwierigkeiten in dieser Beziehung waren allzu offensichtlich. «

Etwas anders liegen die »emotionalen Deformitäten« bei dem ebenfalls von Sterling schwer geprüften Ehepaar Gabriele und Norbert Kröcher-Tiedemann: »Beide waren in Ostdeutschland geboren, und keiner von beiden hatte eine sorgenfreie Kindheit«, erfahren wir. Dazu kam bei Gabriele, daß ihr »Vater ein flammender Nazi war, gewalttätig und ein Trunkenbold«. Norberts Eltern hingegen waren »das Gegenteil« was nach Ansicht der Autorin offenbar nicht weniger

verderblich ist. »Sein Vater war ein engagierter. Kommunist und aktiver Nazigegner, der« (das hat er davon) »starb, bevor Norbert auf die Welt kam.«

Und wieder kann Claire direkt aus dem Bett berichten. Sie »schätzt die Zahl der Mädchen, die während Norberts wenigen Erwachsenenjahren in Freiheit mit ihm ins Bett hüpften«, und weiß: »Aber all die Mädchen, die durch sein brütendes und schwermütiges Wesen und durch die Aura innerer Probleme angezogen wurden, bekamen es am Ende mit der Angst vor ihm zu tun«, verbreitete er doch eine »drohende Atmosphäre«.

Das ist dann auch schon ungefähr alles, was man im ganzen »Terror Network« über die eigentlichen Ursachen jenes Phänomens erfahren darf, das unsere Politiker, Dienste und Medien als »internationalen Terrorismus« verstanden wissen wollen. Nichts zu den lokalen und internationalen politischen Ursachen, nichts zu den Waffenentwicklungen, nichts zu den militärischen und strategischen Grunden und Optionen. Überhaupt braucht sich unsere Expertin nicht weiter den Kopf darüber zu zerbrechen, was denn eigentlich »Terrorismus« ist Das hat sie sozusagen im Gespür. »Terrorismus« ist da nicht nur angeblich das, was Baader und Meinhof tun, Terrorismus ist schlechthin jede Form von - jedenfalls dem äußeren Anschein nach - gegen die etablierte Ordnung des Westens gerichteter »unanständiger« Gewalt. Deshalb kann man dann Petty Hearst und di Polisario, Renato Curcio und die iranischen Revolutionäre alle in einen Topf stecken. Da werden nationale Befreiungsbewegungen und Staaten, in denen Völker gegen den alten und neuen Kolonialismus kämpfen, mit Stadtguerillagruppen in den Metropolen oder auch einfach mit unpolitischen Desperados wahllos zusammengeworfen und diskriminiert. Die PLO, die 4 Millionen ums Überleben kämpfende Palästinenser vertritt, wird als »Dachorganisation von verschiedenen Terrorformationen« präsentiert. Iranische Widerstandskämpfer werden mit Gruppen wie Grapo oder Leuten wie Carlos gleichgestellt.

Kein Terrorismus aber ist danach, was irgendeine prowestliche Regierung, was Südafrika, Pinochet, Israel, Somoza, oder Romero betreiben, selbst wenn sie ganze Völker besetzt und unterdrückt halten oder halbe mit allen Mitteln der U.S.-Kriegstechnologie und Counterinsurgency ausrotten. Kein Terrorismus sind die Massaker, die die CIA im Kongo, in Kuba, Chile, Griechenland, dem Libanon, Angola, Salvador, Guatemala und - warum eigentlich nicht - vielleicht morgen auch in Westeuropa organisieren?

Nachdem erst einmal der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen als »terroristisch« denunziert ist, kann dann die unbestreitbare militärische Unterstützung, welche er vonseiten der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten erhält, ebenfalls als Unterstützung von »internationalem Terrorismus« verzeichnet werden. Die Sterling will der Sowjetunion sogar ankreiden, daß Außenminister Gromyko angeblich 1979 der spanischen Regierung jede Hilfe gegen die ETA verweigert habe, falls Spanien der NATO beitrete. Soll denn die UdSSR einer Regierung noch dabei behilflich sein, mit Problemen im eigenen Land fertig zu werden, während sie dieses in eine US-Nuklearbasis gegen die Sowjetunion aufrüsten will?

Das müßte eigentlich reichen. Und ginge es wirklich nur darum, die politische Pornographie einer angejahrten Reader's Digest-Korrespondentin sowie ihr spinnertes Debut als Terrorexpertin zu entlarven, es lohnte die Aufmerksamkeit und die Mühe nicht.

Aber warum wurde das geschrieben? Oder besser: warum hat man dies schreiben lassen? Wie konnte ein derartiges Machwerk zum Bestseller und zur politischen Modelektüre in den USA werden, der jetzt auch auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Spanisch vertrieben wird? Wie ist es möglich, daß ein solcher Schwachsinn als eine Offenbarung über »Terrorismus« unter amerikanischen Politikern und Medienmachern gehandelt, ja zu einer Art von Kampfbuch der neuen Scharfmacher in Washington wurde?

Es kann kaum Zweifel darüber bestehen, wer dieser »Terror-Tarantel« da die Feder geführt hat. Ihr Buch kam zu bestellt zur Wahlkampagne und Machtübernahme der hirnrissigen Hochrüster im Weißen Haus, denen zunächst selbst das Establishment in State Department und CIA »zu schlapp« war. Es paßte zu perfekt in die Kampagne von der »sowjetischen Gefahr«, und in Reagans und Haigs Bramarbasieren von der Hauptgefahr des »internationalen Terrorismus«, hinter dem angeblich die Sowjetunion stecke. Zu offensichtlich ist die Masche, die Sowjetunion zum Sündenbock für all die Krisen, das Chaos und die eskalierende Gewalt in dem vom internationalen Kapitalismus beherrschten Teil des Erdballs zu machen.

Bezeichnenderweise taucht auch im »Terror Network« als Kronzeuge für die östliche Steuerung des Terrorismus in Westeuropa jener tschechoslowakische Überläufer aus dem Jahre 1968 auf, Jan Sejna, der plötzlich - Anfang 1980! - einem gewissen Michael Ledeen seine »Enthüllungen« mit genauen Namenslisten usw. zum Besten geben durfte. Claire Sterling will uns weismachen, daß ihn vorher angeblich »niemand danach gefragt« habe. Sie rühmt sich zugleich, daß Ledeen ihr persönlich Sejna's Bericht (von dem auch die CIA inzwischen wieder abgerückt ist) verklickert habe. Michael Ledeen jedoch kommt nirgendwo anders her als vom »Georgetown Institute for Strategic Studies«, dem ideologischen Walhalla und think tank-Reservoir des Reagan-Klüngels.

Ein anderer roter Faden, der sich durch das »Terror Network« zieht, ist die systematische Kriminalisierung Kubas, Libyens, Südjemens, der PLO und schlechthin aller nationalen Befreiungsbewegungen. Wiederum paßt das genau in die Kampagne, die die Reagan/Haig-Administration gleich mit ihrem Machtantritt gegen diese Zentren ins Szene setzten, Zentren, die sich in Zentralamerika, Afrika und dem nahen Osten dem Versuch einer U.S.-imperialistischen Gegenoffensive in den Weg stellen.

Strahlend dagegen auch im »Terror Network« die beispielhafte Schlagkraft, mit der angeblich die Israelis kurzen Prozeß im Kampf gegen den Terrorismus machen. Dies paßt haarscharf nicht nur zur Linie der Reaganadministration, sondern auch in die Propagandalinie ihres »strategischen Verbündeten« Israel, die seit etwa einem Jahr verstärkt darauf abzielte, das Palästinensische Volk und die PLO zu diskreditieren und zugleich die Weltöffentlichkeit auf neue brutale Vernichtungsschläge gegen die Palästinenser und den Libanon einzuschwören.

Hier haben wir in der Tat eine, oder überhaupt die Hauptfunktion der ganzen Kampagne der Sterling und Co., der Reagan, Begin und ihrer Krisenstäbe gegen den »internationalen Terrorismus«: Sie soll die verunsicherten und verängstigten Bevölkerungen bei der Stange halten. Sie soll von dem *wirklichen,* unvergleichlichen internationalen Terror, den jene selbst betreiben, ablenken, und zugleich das Stimmungsterrain für die geplante weitere Eskalation der Aggression bereiten.

Zur selben Zeit, als diese Sterling da ihre Terroristenschnulze verbrechen und vermarkten durfte, arbeitete die CIA (noch unter Carter) Pläne zur Ermordung Ghadafis aus; organisierte das Weiße Haus die Intervention von US-ausgebildeten Terrorkommandos in Salvador, Honduras und Guatemala mit dem Ergebnis, daß Zehntausende von Zivilisten hingemordet wurden und noch werden. Und während das Pentagon immer noch über seinen Invasionsplänen gegen Kuba brütet, haben die internationalen Terroristen bereits ihr grünes Licht für Südafrikas »Präventiv«schläge gegen Angola und die SWAPO gegeben, sowie für Israels Serie von mörderischen Bombenangriffen und -anschlägen gegen den Libanon mit jeweils Tausenden von zivilen Opfern. Während wir uns vor Carlos und Klar gruseln sollen, hat das Pentagon unter Carter jenes neue Wahnsinnskonzept von »selektiven« nuklearen Erstschlägen gegen »begrenzte« sowjetische Ziele ausgearbeitet. Und heute terrorisiert die U. S. -Führung nicht allein die Sowjetunion, sondern in allererster Linie die »Verbündeten« in Europa und Umgebung selbst mit der Vernichtungsstrategie eines »limited« nuklearen Schlagabtausches.

Wen sollten also noch all die frisierten Fakten, die Vergewaltigung der Logik und die billige Demagogie kümmern, wo doch das Feindbild, die psychologische Kriegsführung und Kriegsvorbereitung hinhauen?

Bei der Lektüre von Claire Sterlings Machwerk ist mir zuletzt ein anderer Bestseller, eines Terroristen allerdings, wieder aufgestoßen, von dem die Autorin und ihre Rädelsführer durchaus gelernt haben mögen. Hat nicht der deutsche Nestor des internationalen Terrorismus, Adolf Hitler, nicht Baader, selbst in seinem Kampfbuch die Parole ausgegeben, daß es bei einer schlagkräftigen Propaganda allein darauf ankomme, alle Vorurteile, Haß- und Feindbilder auf eines hin zu konzentrieren und zu verzerren? Bei Hitler und Göbbels waren es neben den Juden jene rassisch minderwertigen Völker in den Kolonien, dazu die Kommunisten und vor allem die Sowjetunion.

Es tut gut, sich zu erinnern, wie es mit dem »Rußlandfeldzug« des internationalen Terroristen Hitler und seiner Propagandisten geendet hat. Hätten der Führer und sein Rüstungsmonopolkomplex allerdings bereits MXs, B-1s, Cruise Missiles und Pershings gehabt, sie hätten nicht lediglich 30-50 Millionen mit hochgehen lassen, sondern die Welt, mich und dich nicht ausgeschlossen.

Konkret 01/82, S. 25

Uwe Maeffert

Die Sau von Nürnberg

KONKRET-Autor Uwe Maeffert ist einer der Verteidiger, die der bayerischen Justiz ein paar unvorhergesehene Schwierigkeiten machten. Er beschreibt, wie im Lande Strauß der Rechtsstaat funktioniert

»Immer öfter werden rechtsstaatliche Grundsätze von Feinden unserer staatlichen Ordnung offen negiert ... Das Jahr 1981 treibt auf einen neuen Höhepunkt ... zu.«

Als der bayrische Innenminister Gerold Tandler am 11. März 1981 - sechs Tage nach den Nürnberger Massenverhaftungen - im Landtag mit diesen Worten die innenpolitische Lage kennzeichnete und dem noch jungen Jahr eine düstere Entwicklung prophezeite, meinte er mit »Feinden« niemand anderen als die Bürger, die der auch von ihm repräsentierten Politik Widerstand leisten. Ebenfalls sechs Tage nach dem Scheitern des Nürnberger Gerichtsverfahrens, das den Auftakt des gerichtlichen Nachspiels der Massenverhaftungen vom 5. März 1981 bilden sollte, gab der bayerische Justizminister Karl Hillermeier am 1. Dezember 1981 der »Nürnberger Zeitung« ein Interview:

Nz: Die NürnbergerAkten-Affäre war keine Schlamperei. Sagen Sie: War's vielleicht Mist?

Hillermeier (lacht): Das war's natürlich auch nicht... Ich möchte die Vorgänge mit Unzulänglichkeiten umschreiben. Das Ganze ist nicht zu entschuldigen...

Was damit gemeint ist und von Hillermeier noch heruntergespielt wird, ist die von staats wegen versuchte Unterdrückung von Aktenmaterial, das - wäre es nicht unterdrückt worden - die Erhebung der Massenanklage von vornherein nicht zugelassen hätte. Polizei und Staatsanwaltschaft erschlichen sich die Prozesse, die den Verhaftungen und Haftbefehlen nachträgliche Rechtfertigung verleihen und ein Zeichen der Abschreckung gegen Bürgerproteste setzen sollten. Im Musterland der politischen Reaktion sollten die Nürnberger Prozesse ein Musterbeispiel für die Politik von »law and order« werden. Deshalb täuschte die Ermittlungsbehörde die für die Haftbefehle und für die Durchführung der Verfahren zuständigen Richter. Und deshalb ließen sich diese Richter täuschen. Unterstellt man zugunsten der Richter, sie hätten bei der Erschleichung von Haftbefehlen und Eröffnungsbeschlüssen nicht vorsätzlich mitgewirkt, so haben sie sich doch sorgloser verhalten als ein Blinder, der sich an der Wohnungstür ein Zeitschriftenabonnement aufschwätzen läßt und den Vertrag im Vertrauen unterschreibt, die schriftlichen Vertragsbedingungen seien für ihn noch günstiger als die mündlichen Zusagen des Hausierers. Geschieht den Richtern mit einer solchen Beurteilung Unrecht?

Es erließen fünf Haftrichter in wenigen Stunden 141 Haftbefehle. Es erklärte Staatsminister Hillermeier am 11. März 1981 im Landtag:

» ... haben die Ermittlungsrichter in jedem einzelnen Fall auf der Grundlage des von der Polizei vorgelegten Ermittlungsmaterials, das auch die Staatsanwaltschaft geprüft hatte, den dringenden Tatverdacht und das Vorliegen der Haftgründe bejaht. «

Es schrieb der Kriminalbeamte Pfister in einem Vermerk vom 6. März 1981 unter Ziffer 3.4.1.:

»Polizeibeamte, die bei dem Einsatz anwesend waren, wurden als Zeugen gehört. Kopien der Aussagen werden dem Ermittlungsrichter gesondert zugeleitet«.

Keiner der Haftrichter konnte sich acht Monate später daran erinnern, polizeiliche Vernehmungsprotokolle erhalten zu haben. Es schrieb ein Haftrichter in seiner dienstliche Äußerung vom 19. November 1981:

»Ich meine jedoch, daß solche Einzelvernehmungen nicht in den Akten enthalten waren ... «

Daß man dort Gerechtigkeit wohl nur als Selbstgerechtigkeit pflegt, offenbart die dienstliche Äußerung eines anderen Haftrichters:

»Die vorliegenden Unterlagen waren mit für den Erlaß von Haftbefehlen ausreichend, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß ich Haftbefehle erlassen habe. «

Als die Massenverhaftungen Kritik in allen Bundesländern hervorriefen, war noch nicht bekannt, daß die Haftrichter buchstäblich nichts in den Händen hatten. Es schrieb damals der Hamburger Haftrichter Masch in einem Leserbrief an den »Spiegel«:

»Bei Anwendung ihrer eigenen Maßstäbe könnten die Nürnberger Richter schon jetzt ihr Rasierzeug zusammenpacken. «

In den hektographierten Haftbefehlen vom 6. März 1981 heißt es zur Begründung der Untersuchungshaft u.a.:

»Außerdem besteht Verdunkelungsgefahr, da die Mittäter sich in Freiheit miteinander absprechen würden. «

Während es damals überhaupt keine Anhaltspunkte dafür gab, daß sich die Festgenommenen absprechen würden, zeigen die dienstlichen Äußerungen der Haftrichter vom 19. November 1981, zu denen sie verpflichtet worden waren und mit denen sie sich so gut wie möglich zu entlasten suchten, daß Verdunkelungsgefahr vor allem bei diesen Richtern zu besorgen ist. Ihr Erinnerungsverlust hinsichtlich des Ermittlungsmaterials, das ihnen vorgelegen oder nicht vorgelegen haben soll, dürfte wohl untereinander abgesprochen sein.

Es erklärte am dritten Prozeßtag der Vorsitzende Richter Manger im anderem Zusammenhang, er habe am 16. März 1981 Vernehmungsprotokolle von Polizeibeamten angefordert, weil er über eine Haftbeschwerde zu entscheiden hatte. Richter Manger hatte damals trotz seiner Anforderung nicht die ominösen Protokolle erhalten und er insistierte nur deshalb nicht, wie er sagte, weil zwischenzeitlich der Haftbefehl aufgehoben worden war. Monate später hatte derselbe Richter Manger unter Vorlage einer umfangreichen Akte mit seiner Kammer darüber zu entscheiden, ob die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen siebzehn Angeklagte zugelassen werde. Richter Manger ließ zu, ohne zuvor das anzufordern, was er zu recht schon am 16.03.1981 angefordert, aber nicht erhalten hatte. Erinnerungsschwäche?

Der Prozeß platzte, als es nicht mehr weiterging. Unmögliches geht selbst in Bayern nicht, mag auch das politische Streben des bayerischen Ministerpräsidenten immer wieder von solchem Bemühen getragen gewesen sein (»Eher züchte ich in Alaska Ananas, als ... «). Franz Josef Strauß hat mit den KOMM-Prozessen im eigenen Haus einen Saustall bekommen, wie er ihn außerhalb seiner Grenzen beschworen hat und als dessen Ausmister er sich in der Vergangenheit anpries. Aufstieg und Fall dieser Justizaffäre zeigen, daß diesen Saustall nichts anderes als die von Strauß repräsentierte Politik des Scharfmachens zu errichten in der Lage ist. Ein wenig Einblick in den Saustall gibt schon das Plenarprotokoll des Bayerischen Landtages vom 11. März 198 1, in dem über die Nürnberger Ereignisse debattiert wurde. Da versuchte der Justizminister jegliche Kritik an den Haftbefehlen mit dem Hinweis abzubiegen, die Rechtsordnung verbiete eine solche Respektlosigkeit und gefährde den Staat:

Zu diesen Entscheidungen kann ich aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Stellung nehmen... Diese richterlichen Entscheidungen... sind in unserem Rechtsstaat - lassen Sie mich dies noch einmal mit aller Deutlichkeit festhalten - von allen zu respektieren, wenn wir nicht in tiefe Abgründe geraten wollen und wenn wir die Autorität dieses Staates, die auch durch die dritte Gewalt repräsentiert wird, nicht in unerträglicher Weise beeinträchtigen und letzten Endes kaputtmachen wollen.

(Beifall von der CSU)

Wer dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, mißachtet, der mißachtet auch die Verbindlichkeit unserer Rechtsordnung...

In derselben Parlamentssitzung hatte der Innenminister dagegen keine verfassungsrechtlichen Skrupel, eine Vorverurteilung der Verhafteten zu betreiben:

In Bayern war es bisher noch verhältnismäßig ruhig. Das ist jedoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Erste Anhaltspunkte für ein Übergreifen gewaltsamer Aktionen nach dem Vorbild der Hausbesetzerszene insbesondere in Berlin, Freiburg und Göttingen auch auf Bayern zeigten die Vorfälle des vergangenen Wochenendes in Nürnberg. Am 5. März 1981 führten die in der Nürnberger Hausbesetzerszene agierenden Gruppierungen gegen 20.00 Uhr im sogenannten Kommunikationszentrum eine Vollversammlung durch...

Gegen etwa 22.30 Uhr trafen sich ohne erkennbare Vorbereitung vordem KOMM ca. 100 bis 150 Personen und griffen sofort die in zivilen Streifenwagen eingesetzten Polizeibeamten an. Anschließend bildeten sie einen Aufzug...

Es hatte aber am 6. März 1981 der Polizeibeamte Knof, der zusammen mit einem Kollegen in der Nacht des 5. März 1981 in dem einzigen zivilen Polizeifahrzeug gesessen und beobachtet hatte, ausgesagt:

Gegen Ende der Versammlung gegen 22.15 Uhr konnten wir beobachten, daß ca. 150 Personen das KOMM verließen; sie versammelten sich auf dem Gehweg vor dem KOMM.. Nach ca. 5 - 10 Minuten löste sich ein größerer Pulk von ca. 80 Personen und ging in unsere Richtung. Unser Fahrzeug wurde von den genannten Leuten umringt... konnten wir wahrnehmen, daß sich mehrere Personen auf unser Fahrzeugheck setzten und zu schaukeln begannen. Einige dieser Personen traten mit den Füßen gegen unser Dienstfahrzeug...

Dieses Aussageprotokoll gehört zu den zunächst verschwundenen Aktenteilen. Es hatte der Beamte Knof in seiner späteren Vernehmung durch den Staatsanwalt am 31. März 1981 ausgesagt:

Gegen 22. 15 Uhr kamen aus dem KOMM-Eingang zwischen 150 und 200 Personen im *wesentlichen geschlossen geströmt. Sie versammelten sich alle auf dem Gehsteig direkt vor dem KOMM-Eingang. Als die große Masse bereits auf dem Gehsteig versammelt war, löste sich von ihr etwa die Hälfte, also 80 bis 100 Personen. Sie kamen in breiter Front, ich*

schätze ca. 20 Meter maximal auf uns zu ... Die Masse dieser Gruppe umschloß unser Fahrzeug sehr eng - Tuchfühlung - von den Seiten und von hinten. Die uns umgebende Menge begann zunächst, das Fahrzeug zu schaukeln. Nach kurzer Zeit fielen die ersten Schläge und Fußtritte gegen Dach und Seiten... Mir war nach dem gesamten Erscheinungsbild vordem KOMM klar, daß im KOMM vereinbart worden. war, daß man hinausgeht und daß dort »etwas läuft«. Die Leute haben sich nämlich sofort versammelt und sind im unmittelbaren Anschluß daran in der geschilderten Weise gegen unser Fahrzeug vorgegangen.

Nur dieses Aussageprotokoll des Beamten Knof war in der Akte. Alles klar? Der bei den Nürnberger Ereignissen nicht anwesende Innenminister wußte am 11. März besser, was der am 5. März anwesende Zeuge Knof gesehen hatte, als der Beamte selbst, und entsprechend korrigierte sich der Beamte am 31. März. Die Protokolle vom 6. und 23. März waren entbehrlich, weil für die Anklage nutzlos, wenn nicht schädlich. Da den 141 Festgenommenen bis auf zwei Ausnahmen nur die Teilnahme an der Demonstration vorgeworfen werden konnte, kam es auf Nuancen an, wollte man sie des Landfriedensbruchs anklagen. Den Teilnehmern mußte nachgewiesen werden, die Gewalttaten einzelner aus der Menge heraus gewollt zu haben und durch die eigene Anwesenheit die Gewalttaten bewußt begünstigt und den Tätern Schutz geboten zu haben. Diesen Nachweis will die Anklage vor allem damit führen, die im KOMM versammelten Menschen hätten einen einheitlichen Entschluß zur Gewalttätigkeit gefaßt, sie seien sofort nach Verlassen des KOMM geschlossen gegen ein Polizeifahrzeug vorgegangen, und sie seien als schreiende und johlende Horde nach der Attacke auf ein Polizeifahrzeug durch Nürnbergs Straßen gezogen. So sagte der Beamte Knof noch am 23. März:

Hier muß ich sagen, daß die Menge nicht als geschlossener Pulk auf der Fahrbahn stand, sondern als einzelne Grüppchen umhergingen, so daß wir nur im Schrittempo vorbeifahren konnten.

Dieser Teil der Aussage wurde am 31. März ersetzt durch die Formulierung:

»Wir versuchen nun relativ langsam, Stück für Stück, aus der Masse herauszukommen, was uns schließlich auch gelang«.

Unterdrückt wurde auch das Vernehmungsprotokoll vom 23. März. Nach einem Angriff auf das Polizeifahrzeug, der auch nur von wenigen Personen unternommen worden war, hatte man eben nicht gleich einen Aufzug gebildet, wie Tandler am 11. März im Landtag erklärte.

So schreitet die Politik der Rechtsfindung voran. Was ein Polizist zu hören und sehen hat, entscheidet der Innenminister. Und der Richter kann sich dieser Einsicht nicht verschließen. Als Gegenleistung wird er vom Justizminister in Schutz genommen, und sei es nur mit der Mahnung, daß sich Kritik an richterlichen Entscheidungen grundsätzlich verbiete, wenn nicht der Staat ausgehöhlt werden solle. Einer Einsicht darin soll sich dann der Bürger nicht verschließen. Fehlt der staatstragende Wille zur Einsicht, wird ihm nachgeholfen. Zu dieser Politik des autoritären Staatsdenkens gehört es, daß auf Kritik an Staatsorganen extrem empfindlich reagiert wird, mag sie noch so berechtigt sein. Ja, je zutreffender die Kritik ist, umso blindwütiger wird sie verfolgt.

Lange vor Nürnberg hatte der Berliner - ausgerechnet Berlin - Karikaturist Rainer Hachfeld fast prophetisch den bayerischen Ministerpräsidenten als Schweinchen gezeichnet, »das mit einem 'Justiz-Schweinchen' offenbar genußvoll kopuliert« (Amtsgericht Hamburg). Strauß erstattete Strafanzeige wegen Beleidigung. Durch seine Anwälte ließ er vortragen:

Allein die Darstellung als Schwein enthält eine böswillige Mißachtung des Nebenklägers. Vollends unerträglich und unter keinem juristischen Aspekt zu rechtfertigen oder zu entschuldigen ist es, den Nebenkläger in Begattungsvorgänge und sexuelle Perversion nach Art der Fellatio, des Kunnilingus und des Coitus oralis mit einem anderen Schwein einzubeziehen. Art und Weise dieser Darstellungen ... bringen bei objektiver Betrachtung ein Höchstmaß an persönlicher Erniedrigung des Nebenklägers, seine Einstufung auf - im wahrsten Sinne des Wortes - säuischem Niveau zum Ausdruck... Wenn rechtssprechende Gewalt und Nebenkläger als koitierende Schweine in verschiedenen Perversionsvariationen gezeichnet werden, so ist jede Silbe darüber müßig, daß der innere und äußere Beleidigungstatbestand erfüllt ist. Der Beschuldigte lieferte weder formal noch inhaltlich Satire. Er bot ausschließlich widerwärtige Obszönitäten dar, und er wollte auch nichts anderes darbieten...

In Nürnberg wurde die Sau rausgelassen und sie galoppiert noch immer rastlos herum.

Konkret 01/82, S. 28

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Ein atomarer Gschaftlhuber

Er ist Mitglied der SPD und kämpft mit Helmut Kohl, er mobilisiert Gewerkschafter für die Geschäfte von Aktionären. Den schnellen Brüter Alfred Schaller schildert Otto Köhler

DEUTSCHER Winter in Oberhausen: Draußen vor der Luise-Albertz-Halle drücken mir die Nuklearapostel der Europäischen Arbeiter-Partei (EAP) ihre internationale Wochenzeitung »Neue Solidarität« mit dem rätselhaften Untertitel »Nun kommt die Schillerzeit!« in die Hand. Schlagzeile: »Terrorherrschaft der grünen Faschisten in Hessen«. Ich erfahre, daß »die Startbahngegner inzwischen riesige Verwüstungen angerichtet haben, die sie als Kern der neuen faschistischen Bewegung ausweisen«. Jetzt wollen, so lese ich weiter, die grünen Faschisten Holger Börner und Helmut Schmidt stürzen und damit den Weltfrieden gefährden.

Drinnen ist das erste Wort, das ich vom Rednerpult höre, eine Distanzierung. Nicht von den EAP-Leuten und ihren reichlich verteilten Schriften. Nein, ein Unbefugter habe Holger Börner beleidigt durch ein Flugblatt - ich habe nicht mehr die Chance, eines zu bekommen.

Faschist bin ich auch. Mein Gastgeber in Oberhausen, Alfred Schaller, Geschäftsführer des Aktionskreises Energie e.V., der mit mir im Saal sitzt, ahnt nicht, daß ich da bin. Ich habe mich fein gemacht mit blauem Anzug und Schlips - und Freund Schaller kennt mich nur mit schwarzer Uniform und Totenkopf. Weil ich seit 1979 in der Gewerkschaftszeitung »Metall« gelegentlich über seine Aktivitäten berichtete, hat mir Schaller kürzlich einen vieltausendfach verbreiteten »Offenen Brief« geschrieben: Ich ließe mich, erfuhr ich da, in einem Stil über ihn aus, der ihm »die knarrenden SS-Stiefel wieder in Erinnerung bringt«.

Und dann folgte Schallers herzliche Einladung an mich: »Sie haben mit ihren Behauptungen nun genug Unheil angerichtet, Sie haben Mitbürger beleidigt und genügend Leid verursacht. Ich fordere Sie auf, Ihrer journalistischen Informationspflicht nachzukommen und sich vor Ort von der Arbeitsweise des Aktionskreises Energie e.V. zu überzeugen. Sollten Sie hierzu nicht bereit sein, sehe ich mich veranlaßt, die Gerichte zu bemühen, um den Wahrheitsgehalt Ihrer Informationen überprüfen zu lassen. Ich bedauere, daß ich dies nicht bereits vor Jahren getan habe. Aber damals haben mir namhafte Journalisten erklärt, daß man einem Journalisten, dessen Schatten man nicht sehe, niemals antworten soll.«

Da bin ich, allzeit bereit. Sogar meinen Schatten habe ich mitgebracht. Doch Schaller sieht mich nicht. Nur dem Blatt, das auch auf meinem Stuhl liegt, entnehme ich, daß er sich freut, alle die hier sind, »als Gäste der Industrie- und Handelskammer Essen, Mühlheim / Ruhr, Oberhausen zu Essen und des Aktionskreis Energie begrüßen zu dürfen.« Heute muß sich Schaller über jeden freuen, der sich von ihm noch einladen läßt. Rund 1200 Gäste hat er aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekratzt, zusammen mit aus Hessen herbeigekarrten Schulklassen füllen sie gerade die Luise-Albertz-Halle.

Wie anders vor vier Jahren, November 1977, im Dortmunder Westfalen-Stadion. Damals, als Schaller noch nicht enttarnt war, kamen zur Großkundgebung »Pro Energie« 40 000. Richtige Arbeiter, Gewerkschafter, Betriebsräte. Gewerkschaftsvorsitzende wie Heinz Kluncker von der ÖTV und Rudolf Sperner meldeten sich zu Wort. Es war ein Riesenerfolg im Kampf für die keusch »Energie« genannten Atomkraftwerke. Einen »Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung« nannte es Schaller.

1977 war ein Sorgenjahr für die bundesdeutschen Atom-Konzerne. Der Widerstand innerhalb der SPD gegen das AKW-Programm wurde immer größer. Der bevorstehende Hamburger SPD-Parteitag drohte, den ungehemmten Ausbau der Atomkraftwerke zu stoppen. Widerstand tat not, um den Nuklearprofit zu retten.

Da erwuchs in dem damals 49jährigen Alfred Schaller ein verläßlicher Nothelfer der Industrie. Er hatte sich jahrelang mit nicht sehr durchsichtigen Praktiken im Baugewerbe betätigt, doch vor Gericht war ihm nie etwas Strafbares nachgewiesen worden. Das war eine hervorragende Qualifikation, um in München einen »Verein zur Pflege der politischen Bildung« aufzumachen. Und dies nicht allein. »Angeregt von amerikanischen Freunden und ermuntert von den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt«, so schreibt Schaller über Schaller, »befaßte ich mich mit Fragen der Umweltpolitik, bevor es einschlägige Gesetze und Verordnungen hierzu gab.« Und deshalb gründete er gleich noch eine »USG-Umwelt-Systeme-Gesellschaft mit beschränkter Haftung« und ein »Institut für Umweltschutz und angewandte Ökologie«. Das alles uneigennützig verflochten mit einem ganzen Gewirr von Firmen, an denen seine Ehefrau Elisabeth und sein USG-Prokurist Horst Heeger beteiligt sind: eine »Mü-Li Verwaltungs- und Handelsgesellschaft mbH« und eine Firma, die sich offenherzig »Ärzte- und Apotheker-Gesellschaft für Industrie-Anlagen mbH« nannte.

Geburtshelfer der Schaller-Idee - er selbst hält sich stets bescheiden zurück - war Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg. Am 15. Februar 1977 sinnierte dieser Sozialdemokrat vor leitenden Angestellten im Schaller-»Verein zur Pflege politischer

Bildung« laut darüber, daß die Industrie sich bisher zu dumm angestellt, ihre Wünsche im Bundestag durchzudrücken. Er formulierte das so: Es habe sich gezeigt, daß »die vorhandenen Formen gesellschaftlicher Vereinigungen und Verbände der Wirtschaft« bisher nicht ausreichend in der Lage gewesen seien, »ihre legitimen und notwendigen Vorstellungen und Interessen bis hin zur politischen Realisation in Form von Gesetzen, Richtlinien, Maßnahmen und sonstigen Wirksamkeiten einzubringen bzw. durchzusetzen«. Unser Staatswesen aber habe, so sprach der SPD-Minister, ein »Interesse daran, marktwirtschaftliche Denkweisen und Methoden ins politische Tagesgeschäft einzubringen«.

Da es nicht nur Minister, sondern in unserer Marktwirtschaft auch Professoren gibt, die genau das sagen, was Schaller will, geschah es zehn Wochen später, daß auf einem Seminar von Schallers Umwelt-Systeme-Gesellschaft im Frankfurter Plaza-Hotel der damals noch hochrenommierte Professor Kurt Sontheimer den geladenen »Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern der Wirtschaftszweige Energieversorgung und Energietechnik« deutlich erklärte, was für »die Arbeitnehmer« immer wichtiger werde. Nämlich »gegen die einseitige Interessenwahrnehmung durch Bürgerinitiativen nun die eigenen Interessen wahrnehmen zu lassen«. Das dürfe aber, lehrte der Professor die Betriebsräte, »nicht durch die etablierten Institutionen wie etwa Gewerkschaften« geschehen. Vielmehr sollten »Arbeitnehmer eine Bürgerinitiative gegen bestimmte einseitige Bürgerinitiativen bilden«.

Ganz Schallers Meinung. Richtig spontan entstand ein »Aktionskreis Energie der Betriebsräte«, der stolz verkündete, für 2,5 Millionen Beschäftigte in 500 Betrieben zu sprechen. Uneigennützig stellte der erfahrene Umweltexperte seine »Umwelt-Systeme-Gesellschaft« als »Schreibbüro« für den Aktionskreis der Betriebsräte zur Verfügung, ja im Dienst an der Sache opferte er sich auf: Er bestellte und bezahlte teure Broschüren über den Nutzen der Atomenergie, schaltete große Anzeigenserien in Zeitungen und Zeitschriften und veranstaltete vor allem in teuren Hotels oder - bei Siemens beispielsweise - im Betrieb lehrreiche Seminare für Betriebsräte.

Hervorragende Experten klärten über das Treiben der AKW-Gegner auf. Ein echter Professor für angewandte Sozialpsychologie, Hans-Christian Röglin, enthüllte in Düsseldorf vor 57 Betriebsräten, daß Bürgerinitiativen auf »zunehmendes Neidverhalten« zurückzuführen seien und auf eine »vagabundierende Angst«. Die tollt solange herum, bis sie »bestimmte Objekte«, in diesem Fall die bedauernswerten Kernkraftwerke, gefunden hat. Ergebnis seiner Forschung unter der Bevölkerung: »Für Satan und Kernkraftwerke wurde hier die gleiche Einschätzung gemessen. Aus dieser psychologischen Struktur menschlichen Verhaltens erklärt sich das Vertrauen in und der Erfolg von Anti-Kernkraft-Bürgerinitiativen.«

Zu diesem angewandten Sozialpsychologen gesellte sich kongenial ein angewandter Journalist. Ernst Dieter Lueg, Minister-Interviewer des WDR, beanstandete die »in der Vergangenheit überbewertete Basisberichterstattung« seiner Anstaltskollegen, weil dadurch Arbeitnehmer als »nützliche Idioten« für einen »bestimmten Tendenzjournalismus« mißbraucht würden. Der Gruber-Vorläufer forderte stattdessen eine »offensive Öffentlichkeitsarbeit«, zu der »eine an den technischen Möglichkeiten des Fernsehens orientierte Aufarbeitung des Informationsmaterials aus der Energiewirtschaft« gehören müsse - und das keineswegs im Rahmen des an die Anstalt abgerechneten Werbefernsehens.

Für das gute Geld, das Schaller zahlen konnte, fanden sich, neben ohnedies stets leicht zu erwerbenden Professoren, viele Journalisten, die auf Schaller Veranstaltungen und in Schaller Publikationen zur Aufklärung der Betriebsräte frei ihre Kernkraftmeinung sagten. Jens Feddersen, ein ausgestandener Sozialdemokrat an der Spitze der »Neuen Ruhrzeitung«, bedauerte im September 1978 auf einem Seminar in Oberhausen eine »industriefeindliche Publizistik«, die »jeglichen Kontakt zur Arbeitswelt« verloren habe. Noch bis heute sind in dem von Schaller herausgegebenen »Aktionsreport« ähnlich renommierte Journalisten tätig - wie die Bonner ZDF-Korrespondentin Fides Krause-Brewer und Udo (»Demonstriert doch in Moskau«) Philipp. Und obwohl er auf der jüngsten Schaller-Kundgebung in Oberhausen kein Kontra gab, moderierte Emil (»Procontra«) Obermann für gutes Honorar die verschiedenen Pros (»Jetzt der Herr am linken Mikrophon, dann der Herr am rechten Mikrophon«) zur Kernenergie.

Als »Arbeitskreis Angewandte Ökologie« schaltete Schaller zu den Wahlen 1978 in Tageszeitungen Anzeigen, die warnten, daß die Grünen »unser Wirtschaftssystem abschaffen« wollten. »Wählen Sie deshalb Ihre alte Partei«, forderte er auf. Und wieder als »Arbeitskreis Energie der Betriebsräte« deckte er Gewerkschaftszeitungen mit großen Anzeigen ein, in denen die Segnungen der Kernkraft für die Schaffung neuer Arbeitsplätze detailliert geschildert wurden. Mehr als 2000 Arbeitsplätze in der Nahrungsmittelindustrie sah Marktanalytiker Schaller gesichert durch den Exportauftrag für vier Atomreaktoren in den Iran: die deutschen Arbeiter im Iran - einschließlich Familie 11 000 Menschen - würden in acht Jahren 300 Millionen Liter deutsches Exportbier trinken.

Bei den Angaben der Milliarden, die der Nuklearexport in den Iran bringen würde, war Schaller nicht ganz so präzis: mal waren es zwei bis drei und dann sogar vier bis sechs Milliarden. Doch plötzlich war der in soviel Anzeigen gepriesene Auftrag futsch - der Schah ging in die Binsen. Zum Glück für die 11000 Deutschen, die für den Reaktorbau in den Iran sollten. Sie hätten sich dort zu Tode gesoffen. 300 Millionen Liter Bier, die Schallers Anzeigenkünstler errechnet hatten, ergaben pro Nase neun Liter am Tag.

Doch anfangs gelang es dem Nuklearpropagandisten, Arbeiter und Betriebsräte mit seinen Arbeitsplatzversprechungen besoffen zu machen. Nach der Gründung seines »Aktionskreis Energie der Betriebsräte« ging das Schlag auf Schlag. Im September 1977 inszenierte er in Bonn mit Hilfe von Interatom eine Demonstration von 14 000 Beschäftigten der Energiewirtschaft. Helmut Schmidt schickte, was bei Bonner Demonstrationen nicht die Regel ist, ein Grußtelegramm. Und der damalige SPD-Abgeordnete Gerhard Flämig - heute verzehrt er ein Gnadenbrot als Mitarbeiter von Schaller-Zeitschriften - würdigte als Hauptredner die »klare Linie« des Kanzlers für den Ausbau der Atomenergie.

Im Oktober organisierte Schallers Arbeitskreis einen »Betriebsrätekongreß '77« mit 1000 Teilnehmern in der Dortmunder Westfalenhalle. Der Kölner Auftragswissenschaftler Professor Hans-K. Schneider prophezeite für 1981 Stromabschaltungen und 5 Millionen Arbeitslose, falls nicht noch mehr Atomkraftwerke gebaut würden. Und Klaus Barthelt, von den Werktätigen umjubelter Vorstandsvorsitzender der Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG, kritisierte die AKW-Gegner in SPD und FDP und rief: »Ich bin gespannt, wer die Verantwortung übernimmt, wenn Stromknappheit die Zahl der Arbeitslosen emporschnellen läßt.« VEW-Betriebsrat Johannes Nordheider nannte diese Arbeitgeber-Sorge »praktizierte Sozialpartnerschaft« und die »Westfälische Rundschau« sah »die Betriebsräte mit den Unternehmern in einem Boot«. Das bekam der DGB-Referent für Energiepolitik Botho Riegert zu spüren, der anstelle der eingeladenen Gewerkschaftsspitzen erschienen war. Er wurde ausgepfiffen, als er die DGB-Forderung vortrug, vor dem Bau neuer Atomkraftwerke müsse die Baugenehmigung für eine Wiederaufbereitungsanlage vorliegen,

Vierzehn Tage später - der SPD-Parteitag mit der Entscheidung über ein AKW-Moratorium rückte immer näher - mobilisierte der Schaller-Kreis 5000 Atomanhänger, die in Hanau mit Schildern (»Ohne Kernkraft gehn die Lichter aus« / »Helmut bleibe hart!«) durch die Straßen zogen. Anschließend auf der Kundgebung versicherte der bewährte SPD-Abgeordnete Flämig, er selbst sei »Atom-Lobbyist« und der Bundeskanzler für mehr Kernkraftwerke.

Zum 10. November 1977 - pünktlich fünf Tage vor dem SPD-Parteitag - hatte Schaller eine Großkundgebung gegen die AKW-Verweigerer im Dortmunder Westfalenstadion organisiert. Die Gewerkschaften waren in einer Zwickmühle. Schlugen sie Schallers Einladung zur Demonstration der Nuklearfreunde wieder aus, so bestand die Gefahr, daß er mit den Ihm hörigen Betriebsräten die Spaltung in den DGB trug. So schwangen sich die Vorsitzenden der zuständigen Einzelgewerkschaften auf Schallers fahrenden Zug und machten aus ihm eine DGB-Kundgebung. 40 000 kamen und riefen nach mehr Atomenergie. Schaller war zufrieden und fünf Tage später gab es auf dem SPD-Parteitag statt des gefürchteten Nein ein eingeschränktes Ja zum Nuklearstrom.

Doch in der Gewerkschaft ging es fortan mit Schaller bergab. Denn jetzt wagte er sich zu weit vor und zeigte seinen Absender. Unmittelbar vor neuen Tarifabschlüssen meldete Schaller in seinen Informationsbriefen für die Betriebsräte, die »hohen deutschen Lohnkosten« seien schuld am »Abbau deutscher Fertigungskapazitäten«, und durch den Verzicht auf »überhöhte Tarifforderungen« könnten die Arbeitnehmer »das Ihre gegen die Arbeitslosigkeit« tun.

In einem vertraulichen Vortrag vor Betriebsräten sprach Schaller dann im April 1978 von einer kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften: »Die Strategen des Ostblocks« hätten »in Form der ehemaligen APO-Mitglieder«, die als »bezahlte Funktionäre« in Gewerkschaften und anderen Verbänden tätig seien, ein »Hilfsmittel« gefunden.

Immer mehr gewerkschaftstreue Betriebsräte stiegen aus Schallers »Aktionskreis Energie der Betriebsräte« aus, er mußte sich in einen schlichten »Aktionskreis Energie« umbenennen. Aus den zweieinhalb Millionen Beschäftigten, die er zu repräsentieren vorgab, sind im »Rückblick 1980« 60 000 Mitglieder geworden. Als »Vorausschau 1981« - so hieß es in der am 1. Dezember 1981 in Oberhausen verteilten Pressemappe - »werden 150 000 Mitglieder angestrebt«. Kenner sagen, daß Schallers »Aktionskreis Energie« keine 100 Mitglieder umfaßt. Gewerkschafter bekommen seine - Scheckkarten zum Verwechseln ähnlichen - unbestellt- Mitgliedsausweise ins Haus geschickt.

Dennoch stehen hinter Schaller Millionen. Er hat sie sich durch eine umfangreiche Gutachtertätigkeit erworben. Im Juni enthüllte »Capital«, der Sozialdemokrat Schaller habe beim Bundesforschungsministerium Gelder für Atom- und andere Gutachten locker gemacht. Seine »Umwelt-Systeme-Gesellschaft« kassierte beispielsweise für eine Untersuchung über den »Abbau von Belastungen im Hotel- und Gaststättengewerbe« 296 251 Mark. »Über die läppischen Beträge, die in 'Capital' standen, hat sich die ganze Branche amüsiert«, sagt dazu ein einflußreicher KWU-Mann. Schaller habe für seine Gutachten bisher Millionen von verschiedenen Auftraggebern bekommen. Jetzt gehe es wieder um ein Gutachten in vielfacher Millionenhöhe: »Das Gutachten stammt von der KWU - er liefert nur das Deckblatt und kassiert. Unsere Ingenieure laufen Sturm dagegen.« Schaller dazu befragt: »Davon ist kein Wort wahr«

KWU-Chef Bartheit, das ist Schallers verläßlichste Basis an der Arbeitsfront. Stürmisch begrüßt saß er am 1. Dezember auf dem Podiumstisch in Oberhausen. Unten 350 KWU-Leute, die in sieben Bussen herbeigekarrt wurden. Als Ersatz für die nicht mehr beschaffbaren Gewerkschaftsvorsitzenden kam Helmut Kohl und mit ihm rund 600 Anhänger von CDU und CSU - die Straußpartei, so hörte ich in Oberhausen, habe Schaller im Frühherbst als Mitglied in ihren Reihen begrüßen dürfen, er dementiert das heftig.

Oben auf dem Podium müht sich jetzt der platteste Generalist ab, den es je auf deutschem Boden gab. Er begrüßt, daß es den »Aktionskreis Energie« gibt, er wirft dem DGB »ideologische Verkappung« vor, er verlangt Glauben an Gott und die Kernkraft. Und dann zitiert Helmut Kohl auch noch - zwecks Arbeitsplatzsicherung durch Kernenergie - »diesen sehr harten, aber sehr überzeugenden Satz von Bert Brecht: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral«.

Schaller sitzt unten und sagt nichts. Doch von hinten erhebt sich ein Herr Meier oder Maier, stellt sich als Informationsstellenleiter Hamburg des »Aktionskreis Energie« vor und ist empört: »Herr Dr. Kohl, ich wundere mich, daß ein christdemokratischer Politiker den Kommunisten Brecht zitiert. «

Der Herr wird wohl nicht ausreichend gelöhnt und denkt nur an Moral. Ein tüchtiger Informationsstellenleiter - oft ist er Betriebsrat - kassiert, was Schaller dementiert, für seine ehrenamtliche Tätigkeit bis zu 3000 Mark im Monat - und das macht anhänglich.

Ach ja, Herr Kohl, vielleicht sollten Sie Brecht nicht nur zitieren, sondern auch mal lesen. Sie erführen dann - »Wach auf du verrotteter Christ« - daß es der Zuhälter Mac-heath und die Hure Jenny sind, die im Duett das neue christdemokratische Glaubensbekenntnis singen: »Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral«.

Ich frage mich nur-. wer von Ihnen, Sie, Herr Kohl, oder Sie, Herr Schaller, hebt in dieser Aufführung als Jenny die Röcke? Und wer sagt als Mackie Messer zum Freier, der blecht: »Herr, wenn Sie mal wieder wollen - bitte sehr«.

Konkret 01/82, S. 35

Günter Amendt

Eine Stadt als Depressionslandschaft

Situationsbericht aus Zürich von Günter Amendt

DEN fortwährenden Faschismus der Deutschen erkenne man am Verhalten der Autofahrer im Straßenverkehr. Die Bemerkung stammt von Adorno. Er ließ sie einfließen in eine Vorlesung, nachdem er sich wieder einmal unter Lebensgefahr vom Institut für Sozialforschung über die vierspurig befahrene Senkenberganlage zum Unigelände hatte durchschlagen müssen. Wir - 68er Studenten - reagierten damals mit Nachsicht auf Adornos feinsinnige Faschismusanalyse, hatten wir doch in den Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt ganz andere Indizien eines fortwährenden Faschismus ausgemacht.

Nun holt mich wie ein Nachhall Adornos Bemerkung in den Straßen Zürichs immer wieder ein. Keine europäische Stadt, in der sich die Macht der Kraftfahrer so hemmungslos an der Ohnmacht der Fußgänger und Velofahrer austobt wie hier. Von Faschismus zu reden in diesem Kontext wäre eine Übertreibung, wäre auch eine Verharmlosung offen faschistischer Machtausübung, Es ist der Typ der »autoritären Persönlichkeit«, der sich in dieser Stadt mehr und mehr breit macht; nicht nur im Straßenverkehr. Es ist der Typus des rachsüchtigen Kleinbürgers, dessen dumpfe Emotionen der offene Faschismus, wenn es einmal an der Zeit ist, zur Massenpsychose ausbauen wird. Im Vorfeld verbreitet er Feindseligkeit und ein Klima latenter Gewalt gegen alle, die sichtbar abweichen von dem, was man hier für normal und anständig hält. Feindseligkeit und latente Gewalt schlägt auch dem entgegen, der nicht ausweicht vor der Macht des Stärkeren im Straßenverkehr. Einen Zebrastreifen zu überqueren im Bewußtsein, recht zu haben, gestaltet sich zu einem lebensgefährlichen Akt. Nur wer sich den Vorgang erkämpft, hat eine Chance, unverletzt die Seiten zu wechseln. Oder: wer sich entscheidet zurückzuweichen vor der heranbrausenden Gewalt. Das tun die meisten.

Ich habe meinen Erfahrungen und Beobachtungen lange mißtraut, bevor ich wagte, sie zu verallgemeinern. Ich wollte nicht wahrhaben, daß der erste Schritt eines Fußgängers auf den Zebrastreifen unweigerlich den Fuß des herannahenden, Kraftfahrers aufs Gaspedal lenkt. Nur eine herrische Geste - auch das ist typisch und Teil jener Persönlichkeitsstruktur - vermag den Durchsetzungswillen des Fahrers zu brechen und die Fahrt des Automobils zu bremsen. Herrische Gesten, autoritäres Geraunze und militärisches Imponieren, das ist der Ton, nach dem sie gieren. Nur wer auf diesem Niveau kommuniziert, erweist sich in dieser Stadt als dialogfähig.

Neuerdings kann man vereinzelt in der Tagespresse von der Verrohung der Verkehrssitten lesen. Auch Politiker und politische Gremien beginnen sich mit der zunehmenden Aggressivität im Straßenverkehr zu befassen. Sie tun es jetzt und nicht schon früher, weil sich jetzt ein Interpretationsrahmen anbietet, der ihnen früher nicht zur Verfügung stand. Das sei, so kann man hören, die Antwort des Bürgers auf die von der Jugendbewegung in die Stadt getragene Aggression und Gewalt. Als wäre es nicht umgekehrt.

Im November 1981 wurde die 28jährige Gabriela Eberle von einem Auto erfaßt und tödlich verletzt. Mag sein, daß die ausschließlich an den Interessen der Besitzbürger orientierte Verkehrsplanung der Stadt Zürich für den Unfalltod der jungen Frau verantwortlich ist. Dort, wo sie vorn Beifahrersitz eines Mofas auf die Straße geschleudert wurde, dort an der Ecke Stauffacherstraße / Engelstraße haben sich seit November 1980 zwei weitere tödliche Unfälle ereignet. Proteste der Anwohner, auch Vorschläge zur Veränderung der Verkehrsführung waren vergeblich. Aber selbst wenn die Verkehrsplaner darauf eingegangen wären, am Verkehrsklima in der Stadt hätte sich nichts geändert. Slogans wie »Freie Fahrt für freie Bürger« werden in solchem Klima ausgebrütet. Dem ist mit Straßenbaumaßnahmen nicht beizukommen.

Ein Transparent von Anwohnern am Unfallort, direkt neben einem Zebrastreifen aufgestellt, fragt: »Drogentote, Unfalltote, Selbstmord - ist das unser Leben?« Blumen, Transparente, schwarze Fahnen und brennende Kerzen in unmittelbarer Nähe jener Mahntafel, die Gabriela Eberle vor knapp. einem Jahr gemeinsam mit anderen Quartierbewohnern aufgestellt hatte: »Hier starb ein Mensch als Opfer des Verkehrs.«

Das Schild erinnert an einen alten Mann, der hier überfahren wurde, und an den 15jährigen Fabio, ebenfalls an der gleichen Stelle getötet, wo jetzt auch Gabriela umkam. Zwei weitere tödliche Unfälle straßenaufwärts vervollständigen die Bilanz: Fünf Tote in zwei Jahren in einer Straße.

Die Anwohner sind schockiert. Trauer und Wut treibt sie auf die Straße. Allabendlich versammelt sich eine Trauergemeinde um den Unfallort. Holzbohlen werden über die Straße gelegt, um den Verkehrsfluß zu verlangsamen, um die Ausfallstraße, die zur Unfallstraße geworden ist, zu entschärfen. Doch nur wenige Autofahrer teilen die Trauer der Anwohner. Die meisten hetzen über die Rennpiste stadtauswärts dem Feierabend entgegen.

Die Stimmung ist geladen. Immer wieder versuchen Kraftfahrer, sich gewaltsam durch die Menschenmenge hindurch ihren Weg zu bahnen. Sie sind im Recht und nicht die Anwohner. Das wurde ihnen bereits am Abend des Unfalltages bestätigt. Die Polizei fuhr ein. Der Vater des toten Mädchens wollte die drohende Konfrontation zwischen der Wut der Trauernden

und der Gewalt des Staates verhindern. »Ich bin auf die Polizisten, die ihre Gummigewehre luden, zugegangen und habe sie angefleht, die Kundgebung nicht zu stören. Ich habe immer wieder gesagt, ich sei der Vater von Gabi, die am Vormittag an dieser Stelle gestorben ist. Ich wurde jedoch zurückgewiesen. Ein Polizist, der sah, daß ich weinte, sagte mir: 'Brület Sie nur, mer händ scho lang niemer me gseh brüele, Sie Psychopath.' (Heulen Sie nur, wir haben schon lang keinen mehr heulen sehen, Sie Psychopath.)«

Auch die Mutter des Mädchens, als sie versuchte, sich den Polizisten entgegenzustellen, wurde ausgelacht. Dann hagelte es Gummigeschosse. Und wie immer gab es Verletzte.

Die Kundgebung war beendet für diesen Abend. Kommentar eines Zürcher Sprayers, nicht in diesem Zusammenhang, aber dazugehörig: »Bullen sind keine Tiere - sie sind arme Schweine.«

Konkret 01/82, S. 36

Peter Dahl

Kultur & Politik im Labor

Bremen entwickelt ich zu einer Kulturwüste mit Oper. Dort läßt sich sozialdemokratische Kulturpolitik unter Laborbedingungen beobachten: Die SPD regiert allein und die Entwicklung der Staatsfinanzen ist anderen Bundesländern um Jahre voraus - die Stadt ist pleite

WENN Subventionen nicht mehr mit der Gießkanne ausgeschüttet werden können und Kulturpolitik sich entscheiden muß zwischen Kultur, die der feierlichen Ausschmückung dient, und solcher, die irritiert und Fragen stellt, dann entscheiden sich die Sozialdemokraten für die Rettung des Luxus. In Bremen wurden ersatzlos gestrichen die Haushaltsansätze für: die Förderung von Laienkultur und freier Kulturarbeit, die Künstlerförderung, das kommunale Kino, das Programm »Künstler und Schule«, das Kulturfest »Weserlust« und einiges mehr. Erhalten bleiben Oper, Operette und Ballett - weniger aus Überzeugung als wegen der Rechtslage; Chöre, Orchester, Tanzensembles und Bühnenarbeiter haben langfristige Verträge. Schauspieler, Regisseure und Bühnenbildner nicht, und so hat sich die Bremer Kulturbürokratie zur Spielzeit 1981/82 von ihrem Sprechtheater getrennt.

Dabei hatte es kaum Reibungen zwischen dem Schauspiel und der regierenden Partei gegeben - mangels Berührungsfläche. Mal setzte der vormalige Generalintendant Peter Stolzenberg O'Caseys *Ein Stern wird rot* wegen linksradikaler Tendenzen ab, aber dazu hatte er nicht eigens aufgefordert werden müssen, und eigentlich regte das auch niemanden auf.

Aufregung verursachte das Theater bei den Bremer Sozialdemokraten eigentlich nur einmal, als nämlich der frühere Bürgermeister und Senator Walter Franke am Tag seines Ehescheidungsverfahrens sein Abonnement nicht verfallen lassen wollte und sich mit seiner Freundin im Parkett zeigte. Das wurde als einer der Anlässe genommen, ihn zu kippen. Für das Schicksal des Theaters blieb der Vorfall ohne Folgen; wichtig ist er für das Verständnis des Verhältnisses zwischen der SPD und der Kulturpolitik, die sie macht.

Als das Bremer Schauspiel noch etwas galt, galt es etwas vor allem außerhalb von Bremen. Und dort galt es in den elf Jahren des Intendanten und Regisseurs Kurt Hübner (von 1962 bis 1973) als die einflußreichste Schule des bundesdeutschen Theaters. Aus ihr gingen hervor - und einige der Namen kannte, als sie in Bremen anfingen, kaum einer - die Regisseure Peter Stein, Peter Zadek, Wilfried Minks, Rainer Werner Fassbinder, Klaus Michael Grüber, Hans Hollmann, Hans Neuenfels und Johannes Schaaf, die Schauspieler/innen Edith Clever, Jutta Lampe, Margit Carstensen, Bruno Ganz, Hans Peter Hallwachs, Michael König und Rolf Becker, die Dramaturgen Hans Peter Doll und Burkhard Mauer.

Im konservativen sozialdemokratischen Bremen entwickelte die Truppe in risikoreicher offener Arbeit, was der Schauspieler Bruno Ganz eine »Revolutionierung des Materials« genannt hat und der Kritiker Günther Rühle so beschrieb: »Das Bremer Theater wurde das einzige, das eine eigene poetische Sprache entwickelte. Bremer Stil: das war der Ausdruck dafür. Das Theater bekam hier - wo darstellende und bildende Kunst sich integrierten zu einem Artefakt, der selber Realitätscharakter annahm - den Produktionscharakter der modernen Kunst.«

Das Interesse der Bremer an neuen Entwicklungen konzentrierte sich indes mehr auf Kaffee- und Baumwollkurse, und nach einigen Konflikten mit dem an Klassiker- und Boulevard-Konvention gewöhnten Publikum entschied sich der damalige Kultursenator Moritz Thape (der heute als Finanzsenator für die Kulturverhinderung zuständig ist) für das Bequeme. Thape vergraulte Hübner und holte Peter Stolzenberg aus Heidelberg nach Bremen, der nur eine Ambition zu besitzen schien: die Abonnenten wieder zu beruhigen. Seine einzige bleibende Tat war, den Zuschauerraum des Theaters zu verkleinern; bei weniger Plätzen konnte er mit höherer Auslastung argumentieren.

Beachtenswertes spielte sich nur noch am Rande ab: Hans Kreszniks Ballett und George Taboris mit psychoanalytischem Theater experimentierende Gruppe in dem 99-Plätze-Theater »Concordia«. Daß das Bremer Schauspiel kaum noch den Vergleich etwa mit dem benachbarten Oldenburg aushalten konnte, beeindruckte in Bremen nur wenige ernsthaft. Die Kritik der örtlichen Zeitungen bemerkte den Niveauverfall kaum; sie gab sich irritiert, als der neue Kultursenator Horst Werner Franke 1978 Stolzenberg zurück nach Heidelberg schickte und gegen den risikofreudigeren Arno Wüstenhöfer (zuvor Wuppertal und Basel) austauschte.

Jetzt bekam auch der CDU-Lokalmatador Bernd Neumann, bekannt, so die »Frankfurter Rundschau«, wegen seines »brennenden Interesses an Literatur«, wieder Gelegenheit zu öffentlichem Stirnrunzeln, etwa als das Ensemble des Schauspiels sich nach einer Aufführung gegen das Schauspiel einer öffentlichen Rekrutenvereidigung an das Publikum wandte. Und das Bremer Theater war plötzlich wieder wer. Eine Kritikerumfrage der Zeitschrift »theater heute« machte 1979 Bremen zum »Theater des Jahres.«

Der neue Glanz hielt nur bis Anfang 198 1. Es endete radikal mit der . Auflösung des Sprechtheaters und begann mit falschen Einstellungsvoraussetzungen und einem Arbeitskonflikt, der darin bestand, daß die Schauspieler mehr arbeiten

wollten, als sie durften.

Seinen Hintergrund hat das in der katastrophalen räumlichen Situation des Theaters. Die Fundamente der zerstörten Oper liegen in einem Rhododendronpark versteckt; das »Theater am Goetheplatz« wurde 1950 gebaut, eine Leistung, auf der sich die Bremer bis heute ausruhen. Mit dem Dreispartenbetrieb eines Stadttheaters platzt das Haus aus allen Nähten, Magazine und Probebühnen liegen über die ganze Stadt zerstreut. Der Jahresspielplan sieht sieben Opern und Operetten vor *(Gräfin Mariza, Der Barbier von Sevilla, Hänsel und Gretel*) und lediglich drei Produktionen des Schauspiels. Es gab Monate ohne eine einzige Schauspiel-Aufführung, manchmal ist nach einer Premiere sechs Wochen Pause - dann muß praktisch neu geprobt werden. »Die Schauspieler schließen sich mit mir zehn Wochen auf der Probebühne ein, um dann anschließend nicht aufzutreten«, klagte Regisseur Frank Patrick Steckel. Nach dem Musiktheater richtete sich alles: »Bambule« von Ulrike Meinhof mußte verschoben werden - nicht aus politischen Gründen, sondern weil eine Opernsängerin krank wurde und sich deshalb die Probenpläne änderten.

Ein furchtbares Provisorium versprach der leerstehende Bremer Schlachthof zu werden. Mit dem Hinweis auf eine Spielstätte, die dort eingerichtet werden sollte, war das neue Ensemble geködert worden, mit einem Architektenteam zusammen hatte man Pläne gemacht, doch als die Schauspieler in Bremen anrückten, war der größere Teil des Areals abgerissen worden. Trotzdem feierten sie in der stehengebliebenen Fleischmarkthalle ihren ersten und größten Erfolg, Steckels Inszenierung von Hans Henny Jahnns als unspielbar verschrieenem Stück *Die Krönung Richard III*. Die glasüberdachte, gekachelte Halle war mit Geldern fürs Bühnenbild notdürftig instandgesetzt worden.

»Bedarfsanalyse», »Kulturentwicklungsplan« - aber keine müde Mark

Als die Schauspieler aus ihren ersten Sommerferien zurückgekehrt waren, war auch diese Halle abgerissen. Zwar hatte der Senat drei Millionen zur Renovierung bewilligt ' aber nach einem Gutachten des Hochbauamtes hätten die nicht ausgereicht - auch wenn alle Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes (bis auf ihren Chef) öffentlich das Gegenteil behaupteten. Für den freigeräumten Platz war übrigens ein Kongresszentrum in der Größenordnung von 120 Millionen geplant. Heute spricht niemand mehr davon; es ist kein Geld da.

Am 12. August 1979 hatte noch Frankes Kultur-Senatsrat Opper öffentlich über eine Nutzung der Halle nachgedacht, am 13. August (»Die Mauer muß weg!«) rückten Abrißbagger an. Die Zerstörung traf nicht nur das Theaterensemble. Die Theater- und Musikgruppen, Kulturinitiativen und politische Gruppierungen hatten sich mit dem Theater in den Gründerzeit-Bau teilen wollen; vor dem Abriß veranstalteten sie dort ein durchaus beachtenswertes Programm. Jetzt reisen Gruppen der »alternativen« Kultur wieder karawanenweise an Bremen vorbei und treten in Oldenburg, Wilhelmshaven oder Kuhstedt auf; in Bremen gibt es keine geeigneten Räume.

Das gilt für Musikveranstaltungen, für freie Theatergruppen, für Ausstellungen - für die kulturelle Situation einer Stadt ist das ein tödlicher Zustand. Und Kultursenator Franke weiß, daß sich daran nichts ändern wird. Aus Mangel an Masse, so erklärt er, werde in Bremen vor dem Jahr 2000 nichts Einschlägiges gebaut werden. Und so verkündete er als neuen kulturpolitischen Schwerpunkt, was er »Dezentralisierung von Kulturarbeit« nennt. Zur Vorbereitung wurde bei einer Firma eine »Kulturbedarfsanalyse« in Auftrag gegeben, die Kulturbehörde bastelte daraus einen »Kulturentwicklungsplan«. Der ist für 47 Mark zu kaufen, enthält für den Preis aber auch einen Berichtigungszettel mit dem Text: »Richtig ist: Der Senator fühlt sich durch die aufgeführten Vorschläge politisch *nicht* gebunden.« Als der neue Plan vor 200 geladenen Gästen in der Kunsthalle vorgestellt werden sollte, wurde daraus erstmal nichts. Die Produzenten von Kunst und Kultur standen vor der Tür, veranstalteten ein »Platzkonzert« mit platzenden Luftballons und hatten sich Schildchen mit der Aufschrift »Experte« angesteckt. Kunsthallen-Direktor Busch fürchtete angesichts solcher Anarchie um seine Bilder, und so wurde die Veranstaltung, die der Veröffentlichung der künftigen Bremer Kulturpolitik dienen sollte, wegen zu viel Öffentlichkeit abgesagt.

Die Hochschule für Nautik liegt weiter abseits vom Stadtzentrum, und da kam der Kultursenator dann doch noch dazu, seine Vorstellungen zu erläutern. »Dezentralisierung von Kulturarbeit«, das sollte heißen, daß die Behörde bereit war, zur Kenntnis zu nehmen, was sich in den Stadtteilen an kulturellen Aktivitäten bereits tat. Wenn Franke auf Beispiele zu sprechen kommen wollte, dann fielen ihm immer wieder Leute ein, die angeblich aus Kaninchenfellen Patchworks machen. Anwesende Vertreter von Kulturgruppen liefen damit auf, daß sie immer wieder behaupteten, sie brauchten keine Entwicklung, schon gar keinen »Entwicklungsplan«, sondern geeignete Räume und ein bißchen Geld.

Von finanzieller Förderung war auch die Rede; wenn's ernst wurde, dann mußte aber auch beispielsweise die angekündigte Lesung einer Frauen-Literaturgruppe ausfallen, weil 400 Mark nicht aufzutreiben waren. Zu dem »Dezentralisierungs«-Konzept gehörte auch, daß Musikgruppen Übungsräume in alten Bunkern angeboten wurden. Darüber hätten die sich

sicher gefreut, wären nicht gleichzeitig ihre wenigen Auftrittsorte geschlossen worden: Der »Jazzclub Ostertor« wurde dichtgemacht, das »Hotel Osterdeich« abgerissen, dem »Stubu« droht die Schließung.

Gleichwohl bezogen sich die Schauspieler des Bremer Theaters auf das »Dezentralisierungs«-Konzept, als sie ihrerseits einen Lösungsvorschlag erarbeiteten. »Um die weitgehend verlorene Identität des Ensembles mit der eigenen Tätigkeit wiederherzustellen, um ein Publikum zu erreichen, das weniger der Konvention als der Sache wegen das Theater aufsucht«, formulierte das Ensemble »zehn Punkte zur Zukunft des Bremer Schauspiels« und schlug vor, sich seine Spielorte künftig selbst zu suchen: in Industriehallen, leerstehenden Gebäuden oder auf Plätzen. Das Haus am Goetheplatz wollte man dem Musiktheater überlassen. Regisseur Steckel: »Uns ist jeder Raum recht, der größer ist als die Herrentoilette im Theater«.

Es begann ein Kleinkrieg zwischen Bürokratie und Kunst, in dem schließlich die vereinigten Bürokraten siegten. Der Aufsichtsrat der Theater GmbH (Vorsitzender: Kultursenator Franke) mochte sich mit dem Plan erst ernsthaft befassen, nachdem die Schauspieler mit ihrem Weggang gedroht hatten. Er forderte konkrete Spielpläne binnen zwei Wochen und wollte die Schauspieler lieber mit kleinen Produktionen durch die Bürgerhäuser und Kneipensäle der Vorstädte schicken als ihnen ein großzügiges Raumtheater zu ermöglichen. Außerdem sollten sie weiter sporadisch das Goetheplatz-Theater bespielen und regelmäßig die Kammerspiele in der Böttcherstraße, ein Nudelbrett mit 200 Plätzen und dem Treppenhaus mitten auf der Bühne. Darüber besteht ein Vertrag zwischen der Stadt und der Böttcherstraßen-GmbH (vormals Kaffee Hag, dann United Food, jetzt Roselius), wonach das Theater der Belebung der dort gelegenen Gastronomie dient.

Als bürokratischer Bremser erwies sich auch der Theater-Personalrat. Er wollte seine Zustimmung zu dem Experiment von seiner Mitsprache im Programm abhängig machen und zeigte, so ein Ensemble-Mitglied, eine »ablehnende bis feindselige Haltung«. Senator Franke seinerseits bestand im Aufsichtsrat auf der Zustimmung des Personalrats.

Auf all die Einwände - und auf die Tatsache, daß der Schauspieletat unter der Hand um 150.000 Mark gekürzt worden war - reagierte das Ensemble, indem es ein selbständiges Schauspieldirektorium mit eigenem Etat forderte. Nun blockten Intendant Arno Wüstenhöfer und sein Verwaltungsdirektor Fritz Dünnwald. Sie sahen das als Zugriff auf ihre Kompetenz und als Verstoß gegen den GmbH-Vertrag zwischen Theater und Stadtstaat und schickten den Köpfen des Bremer Schauspiels - Regisseur Frank Patrick Steckel, Dramaturg Wolfgang Wiens und Ausstattungsleiter Johannes Schütz - Mitteilungen über die Nichtverlängerung ihrer Verträge, praktisch also die Kündigung. Der größte Teil der Schauspieler kündigte, Wüstenhöfer bot (vergeblich) seinen Rücktritt an, und der Bremer Senat entschied sparsam und radikal: mit dem Verzicht auf ein eigenes Schauspiel. Abonnenten werden mit Gastspielen versorgt; an einem Abend das Rheinische Landestheater Neuss mit *Aufstand im Gemüsebeet,* am anderen Zadeks Berliner Inszenierung von *Der Widerspenstigen Zähmung.* Zehn verbliebene Schauspieler mühen sich schlecht und recht, die Kammerspiele en suite zu bespielen.

Der Senator für Wissenschaft und Kunst hätte sich mit dem Plan der Schauspieler eine billige Lösung der von ihm verwalteten Probleme an Land ziehen können, jetzt hatte er einen Skandal mehr am Hals. Aber er gilt als starker Mann der SPD, Horst Werner Franke, der sich von Freunden Thomas nennen läßt, früher Mechaniker und dann Studienrat für Deutsch und Geschichte, dem linken Flügel seiner Partei zugerechnet, der er gerade riet, in Bonn »nicht das Verröcheln in der gegenwärtigen Koalition abzuwarten«. Und er hat schon so manche Anfechtung überstanden. Da ist der Dauerstreit um die Bremer Universität, deren Reformmodell im Hochschulrahmengesetz und in Effektivitätsanforderungen zerbröselte. Da war die Rangelei um die Beschaffung eines Computers für das Uni-Rechenzentrum; Franke ließ den bereits gelieferten amerikanischen Burroughs-Rechner zugunsten einer in Japan montierten Siemens-Anlage wieder ausbauen und sieht deshalb einer Schadensersatzklage in Millionenhöhe entgegen. Da waren Vorwürfe wegen des Finanzgebarens beim Umbau des Überseemuseums am Bahnhofsplatz zu einem Museum der Dritten Welt, die der Senator vor der Stadtbürgerschaft nur unvollkommen zurückweisen konnte. Da ist ein Versuch, die Volkshochschule zu disziplinieren; die Entlassung des VHS-Direktors hob ein Gericht wieder auf, das Verbot, ein VHS-»Literaturgespräch« mit dem einsitzenden Schriftsteller Peter-Paul Zahl zu veranstalten (Zahl ist Träger des Bremer Literaturförderpreises), wurde umgangen, indem man den Veranstalter wechselte. Und da ist sein Pech mit seinen Stadtteil- resp. Laienkulturplänen, bei denen ihm meist die Abrißbagger dazwischenkommen.

Und jetzt also die Staatspleite. Im Haushalt klafft ein Loch von 300 Millionen, und nichts geht mehr. Das heißt: Einige Pläne des Kultursenators gingen erst mal leichter durch. Jeder Widerstand aus der Hochschule gegen behördliche Beschneidung wurde mit dem Argument der Geldknappheit abgeblockt; die widerspenstige Volkshochschule hat plötzlich noch knapp die Hälfte ihrer Dozenten und Kurse, für den Kurs zum Realschulabschluß muß ein Strafgefangener statt bisher Null künftig 1890 Mark jährlich bezahlen (bei 80 Pfennig Stundenlohn), ein Analphabet kann statt für nichts künftig für 360 Mark lesen lernen. Auch der Schnitt am Theater läßt sich nachträglich mit Geldmangel legitimieren.

Umso deutlicher wurde, was »Dezentralisierung von Kulturarbeit« unter diesen verschärften Bedingungen wirklich war: Der Versuch der Kulturbürokratie, sich die Arbeit von Kulturinitiativen aller Art anzueignen, und zwar möglichst kostenlos. Immerhin gelang es Horst Werner Franke, noch eine Millionen Mark aufzutreiben, um in den Resten, die vom alten Schlachthof nach zweimaligem Abriß noch stehengeblieben waren, ein »Kultur- und Kommunikationszentrum«

einzurichten. Die Gruppen, die das Zentrum betreiben, erhielten einen Vertrag, der sie auf die inhaltlichen Vorstellungen der Senatsbehörde festlegt, und beuten sich nun mit einem Jahresetat von 80.000 Mark selbst aus - das »Pumpwerk« im sehr viel kleineren Wilhelmshaven erhält 500.000 jährlich. Gruppen der »Bremer Rock-Initiative« beispielsweise, die den Ausbau des Zentrums mit ihrer Arbeit mitgetragen haben, müssen dort nun für einen Auftritt 700 Mark Miete zahlen - dafür wurde für die Eröffnungsfeier die Blödeltruppe »Torfrock« für 9.000 Mark eingekauft. Senator Franke immerhin hatte bei dieser Feier Redeverbot.

Gelegentlich auch lösen sich Probleme ganz radikal. Da in Bremen wie anderswo auch das Hauptproblem kulturell arbeitender Gruppen der Raummangel ist, wurde im Stadtteil Hemelingen eine leerstehende Fabrik besetzt und zur »Kulturfabrik« ausgerufen. Was eine Einrichtung für einen Stadtteil werden sollte, sah sich Anforderungen durch Leute und Gruppen aus der ganzen Stadt ausgesetzt, und zwar nicht nur kulturellen, sondern auch sozialen. Konflikte, die notwendigerweise entstanden, nutzte die Lokalpresse, um aus der »Kulturfabrik« einen Asozialen-Treffpunkt zu machen; die Stadt hielt das Projekt im Illegalen - eine Silberwarenfabrik beanspruchte das Gelände als Baugrund - und wartete ab, bis sich die Konflikte zuspitzten. Als dann eines Morgens im vergangenen September das Gebäude abbrannte, hatte niemand Zweifel, daß es sich um Brandstiftung gehandelt hatte - die Bewohner der Fabrik hatten schon in der Nacht ein erstes, offensichtlich gelegtes Feuer gelöscht - , aber die Kripo führte die Untersuchungen auffällig oberflächlich, übersah sogar Benzinkanister; bloß die Abrißbagger standen gleich hinter den Feuerwehrautos und rückten an, bevor eine Abrißgenehmigung vorlag.

SPD: Kulturpolitik zwischen Arbeiterbewegung und dem Kleinen Schwarzen

Solche Erfahrungen - und viele andere, die ich hier nicht aufzählen kann - machen verständlich, warum bei vielen, die in der Vergangenheit in der Stadt für kulturpolitische Unruhe gesorgt haben, die Resignation eingezogen ist. Der Tod des Bremer Schauspiels allerdings löste überregionale Proteste aus. Was im bundesdeutschen Theater Rang und Namen hat, kam zu Demonstrationen nach Bremen, 20.000 Bremer unterschrieben einen einschlägigen Protest. Aber auch wenn da Peymann, Flimm und Minetti auf dem Podium schimpften - in der politischen Analyse kamen sie nicht viel weiter als bis zu dem Hinweis, daß für die Müllabfuhr mehr ausgegeben wird als fürs Theater.

Aber schließlich verbindet Theatermacher und Theaterverwalter die gemeinsame Fixierung an das Stadttheaterprinzip. Und damit tut sich die Sozialdemokratie traditionsgemäß schwer. Während konservative Kulturpolitik mit den Erben der feudalen Hoftheater meist zufrieden ist, wenn's schmückt und recht feierlich zugeht, haben auch technokratische Sozis aus der Tradition der Arbeiterkulturbewegung einen pädagogischen Anspruch bewahrt und neigen zum Dreinreden. Andererseits brauchen gerade sie ab und zu die Gelegenheit, den Dunkelbraunen und das kleine Schwarze auszuführen, so daß ihnen eine Pflege des »armen Theaters« außerhalb der Plüschpaläste gar nicht in den Sinn kam.

Entsprechend reagierte der Bremer Senat auf die Proteste gegen die Schließung des Schauspiels. Und zwar in vier Stufen.

Erstens beteuerte Horst Werner Franke, es handle sich um einen Übergang, einen Scheintod gewissermaßen; zum nächstmöglichen Termin wolle man ein neues Ensemble verpflichten.

Zweitens steckte man 250.000 Mark in eine neue Planung. Ein neues Schauspielhaus soll her, mit 500 bis 700 Plätzen, neue Theaterwerkstätten, und das Theater am Goetheplatz soll für die Bedürfnisse der Oper umgebaut werden. Kosten: 40 Millionen. Die acht Millionen nicht gerechnet, die der Finanzsenator vom Kultursenator für das Grundstück haben will.

Drittens: »Zur Rettung des Bremer Schauspiels« schloß man ein weiteres Theater, das »Theater im Packhaus«. Zwar ist der Bau der 200-Plätze-Bühne noch nicht abbezahlt, zwar war es - mit fast 600.000 Mark jährlich - eins der höchstsubventionierten Theater in der Bundesrepublik, zwar hatte es nie eine vernünftige Funktion, aber zum Zeitpunkt der Schließung lag ein gemeinsamer Plan der Kultur-, Sozial- und Jugendressorts vor, dort ein Kinder- und Jugendtheater zu betreiben. Der Etat wurde dem Theater am Goetheplatz zugeschlagen.

Viertens konnte der Senat sich nicht entscheiden. Für den geplanten Neubau wird erst noch das Geld gesucht. Dem Intendanten wurde aber freie Hand gegeben, ein neues Schauspielensemble zu engagieren. Wovon er das bezahlen soll, wurde erst mal nicht beschlossen. Für den Betrieb ohne Schauspiel kündigte sich für die Spielzeit 1983/84 schon eine Deckungslücke von 4,5 Millionen an.

Von den rund 30 Millionen, die dieses Musiktheater mit gelegentlichen Schauspiel-Gastspielen kostet, sind etwa 85 Prozent Personalkosten, da kann man also nix machen. Ansonsten wird in Bremen die Hundesteuer erhöht, und es wird gestrichen, wo es geht. Die Kinder- und Jugendbibliotheken sind bereits geschlossen, die Stadtteilbibliotheken sollen folgen. Die Etats für den »museumspädagogischen Dienst«, für Fimförderung, Literaturförderung, für »Kunst im öffentlichen Raum« und für die Förderung von Musikgruppen wurden auf Null gesetzt, das Geld für die Kulturarbeit von Ausländern auf die Hälfte gekürzt. Selbst fest zugesagte Zuschüsse und Investitionen können nicht ausbezahlt werden.

Irgendwo gibt es zwei Millionen Mark aus Lottogeldern, um die sich die Referenten des Kultursenators jetzt rangeln, um überhaupt noch das Gefühl einer Existenzberechtigung zu haben. Im Extremfall werden dort - sagen wir - 65.000 Mark Gehaltskosten aufgewendet, um 20.000 Mark einer sachgerechten Zuteilung zukommen zu lassen.

Sparen geht nur noch an den Kulturbürokraten

Das könnte man auch einfacher haben. Sparte man die Gehälter der bei der Kulturbehörde Beschäftigten ein, die ja nur noch höchst unproduktiv ein Nichts verwalten, dann kämen, knapp gerechnet, monatlich wohl 100.000 Mark zusammen. Für 20 Mark kauft man einen schönen Topf (Kunsthandwerk) und stellt ihn in die untere Rathaushalle (Backsteingotik). Die restlichen 99.980 legt man hinein, und jeder, der vorbeikommt, kann sich was rausnehmen. Das ist dann zwar äußerst ungerecht, läßt jedes kulturpolitische Konzept vermissen, die Erfolgskontrolle ist schwierig - aber besser als die gegenwärtige Bremer Kulturpolitik wäre es allemal.

Konkret 01/82, S. 42

Stefan Hinz

Kültür für üns alle

Eine Opernkritik von Stefan Hinz

DIE Kunst hat eine Heimat, die Kultur. Die Kultur hat einen warmen Schoß, dort gurrt die Kunst. Die Kultur hat einen starken Arm, der alles hält, die Kunst schön warm und andre arm. Er streichelt Gute, die nur schauen, zerdrückt die andern, die kein Vertrauen mehr haben in Kultur.

Kunst ist Algebra und Lust. Kunst ist auch die Polizei. Hände hoch, hier spricht die Kunst. Kunst ist überall - auch hier: *»Sehr geehrter Mieter, wir haben Veranlassung darauf hinzuweisen, das das Abschließen der Haustüre, trotz wiederholtem Schreiben nicht eingehalten wird. Wir bitten doch die Türe abends ab 20 Uhr bis morgens sechs Uhr zu Schließen. Ferner dürfen keine Hausschlüssel an Nichtbewohner des Hauses abgegeben werden, um eine Kontrolle auch der Polizei gegenüber zu haben. Die derzeitige Überwachung und unser Interesse des Hauses nimmt Frau und Herrn Wichmann wahr. Wir bitten um Kenntnisnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen, Hans & Else Sauer, Kurze Steig 5, 6370 Oberursel/Ts ... «*

Das ist Kunst, wenn mir mein Vermieter schreibt. Kein Komma hier, ein »Ferner« dort, die Tür mit ... e und Grammatik stramm. Hans Sauer ist Aktionär von Leckerland. Blockwart Wichmann brav pulsierender Akteur im täglichen Environment von Oben und Unten. Der Hausherr, ein Aktionskünstler.

Die Kunst am Bau holt einen ein, bevor man auf die Straße tritt. »Betteln verboten«, 3. Stock, »Fenster schließen«, 2. Stock, »Schuhe abputzen, frisch gebohnert! « Erdgeschoß. An Keller-, Eingangs-, Gartentür(e) dreimal ganz dick: »Zwischen 8 und 20 Uhr geschlossen zu halten und stets leise zu schließen! «

Dann tret ich vor die Tür, dort alles frisch, und fahr zu Phönix mit dem Rad. Der Flug des Phoenix, Abenteuerfilm, Flugzeug stürzt in Wüste ab, mit Hardy Krüger; Phoenix, griech., Vogel der altägypt. Sage, der sich im Feuer verjüngt; christl. Sinnbild der Unsterblichkeit; firestone Phoenix, teure Rennreifen, manchmal Weißwand, immer mit weißem Schuh und Pegasusflügel. Phoenix ist eine Austellung in der für 180 Millionen Mark wiederaufgebauten Alten Oper in Frankfurt am Main. Phoenix sind hier, laut Plakat, Künstler aus 18 Ländern, »Fragen - Haltungen - Positionen - Meinungen«.

Doch, zunächst, wer plant Kultur, wer denkt sie aus. Wer steht ihr vor. Die Vorsteherdrüse im Frankfurter Kulturleben ist ein Würstchen. Zwar darf nach einem Gesetz aus dem Jahre 1936 allein ein im Frankfurter Raum hergestelltes Würstchen sich als Frankfurter Würstchen bezeichnen, eine Verordnung nur, aber sie fällt mir ein, wenn ich ihn sehe. Walter Wallmann, CDU, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Und ich sehe ihn oft. Beim Küssen der Regentin des Sachsenhäuser Brunnenfestes, »ihrer Lieblichkeit Karin I.«, er ohne Amtskette, bei der Besiegelung eines Freundschaftsvertrages mit der Stadt Tel Aviv, er mit Amtskette. Das Erzeugnis im Naturdarm, seine Haut, alles wird Eins, und doch besteht ein Unterschied: er spricht.

Und was er spricht, steht immer in der Stadtbeilage der Frankfurter Rundschau: »Sich freuen, in einem guten, nachdenklichen Sinne«. Als heitere Ausgabe der Kohlschen Hängebacke ist er nie verlegen um ein Motto, das es voranzustellen gilt den Spielen, die er Frankfurts Bevölkerung bietet. »Feste 81 - Mainfest-Weinfest-Brunnenfest«, alles an einem Stück und - als Knüller, die Wiedereröffnung der Alten Oper.

1945 zerbombt, stand der vor etwa hundert Jahren zum Teil mit Reparationsgeldern aus dem Deutsch-Französischen Krieg finanzierte Bau, eingekeilt zwischen Metallgesellschaft, Zürichversicherung und Massageinstitut Beatrix, im Weg herum, penetrant an die Zeit erinnernd, als die Heide Degen, Domina der CDU-eigenen Vereinigung »Adel und Banken«, noch als Trümmerfrau im Dreck rumwühlte, wo sie heute, anläßlich der Einweihung des neu entstandenen Prachtbaues, clandestin mit voller Blase Mahler verläßt und im Salon des Dames durch die Lichtschranke fällt.

Ungestört vom Rauschen der Kloschüssel im Keller verliest oben im großen Saal Wallmann seinen Text zur so inoffiziellen Eröffnung, vor etwa 2500 Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft Opernhaus, einer Horde Kunstfreunde, die mit ihrem Führer Fritz Dietz, dem Präsidenten der Industrie und Handelskammer, für die Durchsetzung des ehrgeizigen Projektes gesorgt hatten. Den Vorwurf, mit dem 180-Millionen-Schwamm die Mittel für wichtige Sozialprojekte (Drop-Inn, Kindertagesstätten usw.) aufgesaugt zu haben, wischt er vom Tisch mit einem: es werde immer soziale Probleme geben, und wir könnten nicht in einer rein funktionalistischen Umwelt leben. »Unser Engagement aber gilt der ganzen Stadt und ist ein Bekenntnis dafür, daß dieses Haus wiedererstanden ist - ich wünsche ihm Glück, Harmonie und Gottes Segen.«

Woraus nichts wurde, denn: Nach Gustav Mahlers »Sinfonie der Tausend« versuchte Fritz Dietz, elegant, doch schon senil, die zur inoffiziellen Eröffnung erhobene Generalprobe zu einem Festakt zu machen, der zu Frankfurt paßt. Hirnlos dankte er den beteiligten Musikern, feierte besonders den Dirigenten Michael Giehlen, den er kurz, doch penetrant »meinen lieben Generalmusikdirektor« nannte, um gleich darauf einen alten Frankfurter Spezi auf die Bühne zu ziehen, der dann mit einem

weltmännischen Frankfurter Mundartgedicht dem neuen Haus den Rest verpaßte. Der Dolchstoß in die Lende des guten Geschmacks trieb alle 500 beteiligten Ensemblemitglieder unter Protest aus dem Saal.

Und, für wen wird Kunst gemacht, ein Haus gebaut. Dem Wahren, Schönen, Guten, ja, doch auch für ihn:

Ich treffe ihn am Vormittag der offiziellen Eröffnungsfeier in einer Glaserei. Der Mann trägt einen Glencheck-Anzug. Ende Fünfzig, meliertes Haar und sonnengebräunt. Er wippt ungeduldig auf den Zehenspitzen, ein energischer Zeitmesser, Mann mit Format. Wir stehen zusammen in der Glaserei, eine Straße hinter der alten Oper.

»Guten Tag, Herr Weiter«, grüßt der Herr den Glasermeister.

»Guten Tag, Herr Schwarz, na, heute abend können Sie aber nicht so herumlaufen.«

»Ja, ja ganz recht. Heute Abend der Schwarze, der Smoking, sie wissen ja.«

»Jawoll, jawoll, und die werte Gattin dann im großen Abendkleid. «

»Genau, aber die aus der linken Szene werden bestimmt Unruhe stiften, Farbbeutel werfen ... «

Ich empfehle Herrn Schwarz einen Regenmantel, oder, noch einfacher, das Fernbleiben vom pompösen Ereignis. Er aber, jetzt General Guderian im Glencheck, faucht: »Pistole, werde meine Pistole einstecken. Müssen abgeschossen werden die Brüder, abschießen, dann machen die das nicht noch einmal.«

Aber das Haus steht jetzt schon ein paar Wochen, und ich komm zu Phoenix mit dem Rad. Doch schon im Foyer wird klar: Es ist das Bewachungsinstitut K. Uhrig, das mit einer halben Hundertschaft grün uniformierter Schlägertypen (zur Eröffnung des großen Hauses hatte man dem Kampfanzug ein paar weiße Stoffhandschuhe hinzugefügt) das Bild bestimmt. Kunst ist dort, wo Riegel an den Türen liegen, wo ein persischer Oberprügler im Nadelstreifenanzug mit schwarzgelocktem Haar und dunklem Teint, mit tellergroßen Pranken und marmorierten Boxerohren die Oberaufsicht führt und lässig Walkitalki funkt, während gerade hinter ihm die Rock and Roll-Combo von George Segal in ihren von Hydrocal getränkten Mullbinden verharrt und steif der letzten Harmonie nachhört.

Im Keller des Hauses der Übergang vom »Restaurant Jacques Offenbach« zur Alten Oper. Dort steht ein Wachmann Wache. Wie ein Flamingo reckt er sich und hebt sein dürres Oberteil auf steifem Bein zum Eingang hin. Dort passieren gerade ein paar alte Damen. Er flattert: »Die werden sich zwar fragen, was das soll, aber das macht nichts. ich weiß es ja, und so ist's recht. Also, ich schaue jetzt in Ihre Handtaschen hinein.« (Allein das »schaue« ist schon Kunst). Automatisch und doch leicht verwirrt öffnen die beiden ihre Taschen und heben dann im Fahrstuhl ab zum Cafitresen, belle Etage. Dann kommen wieder zwei und wieder zwei, immer dieselben postklimakterischen Einheiten. Und da wieder zwei, wie alle auch mit Tortenhut, und er springt vor, Bewachungsinstitut K. Uhrig ruft: »Werden nicht verstehen. Reicht aber, wenn ich es weiß. Nun gut, die Tasche auf, die Damen, bitte!« Und sie rufen, BH gespannt: »Das ist richtig. Richtig! Prima! So solls sein. Das find ich gut. Man weiß ja, was heute alles passieren kann«, und reißen lüstern ihre Schlitze auf, der Inhalt beider Handtaschen ist in Ordnung. Da entdeckt der tänzelnde Blonde mich und sprich sonor, »Sind Sie auch so ein Kunstbeflissener«, und ich erlaube mir, wer so dumm aussieht wie du, soll im Keller arbeiten, das ist gut, aber auch den Mund zu, danke. Prima.

Es reicht, wenn diese Leute Backstein sehen, Bimsstein, Kiesel, Buntglasstein. Und bitte nicht vergessen den gehäkelten Überzug für die Rolle Klopapier auf der Hutablage im Opel Rekord. Kunst sind die Augen von Kanzler Schmidt, Kunst ist ein Schuß aus der Flinte von Strauß, Kanzlerblick und Fangschuß, gut, aber auch der brillante Einsatz bayrischer, niedersächsischer, badenwürttembergischer Polizei gegen Rentner, Kinder, Jugendliche, Mütter, Väter im Hüttendorf an der Startbahn West in Frankfurt/Main. Was vergißt Martin Disler aus Zürich, wenn er ohne Titel malt, 1980, einen, der mit Knüppel einen andern um die Nase bringt. Kunst ist doch die Wirklichkeit, kein Hieb aus Holz allein, sondern darauf auch noch ein Strahl, CN-Giftgas, in Flandern schon beliebt, heimlich blendend, die Haut karzinogen verätzend, der Lunge ein Ödem verpassend. Das ist Kunst und nicht ein dummer Prügel bloß.

Die Kunst denkt in die Zukunft auch und ist dort schon ein Paragraph: (303, StGB): Zur Rechtsnatur der Leiche: Eine Leiche ist keine verkehrsfähige Sache und kann somit nicht Gegenstand eines Eigentumsrechts sein. Sie ist auch keine fremde Sache...

Bitteschön, ich bin in diesem Land zu dieser Zeit für eine Austrocknung der Optik, für eine Verstopfung der Akustik, für ein Bandagieren der Hände und Füße, für undurchsichtige Brokatvorhänge und für eine Ausschälung der Gehirne zur Sicherstellung einer proteinreichen Dackelkost, für einen modernen bürgerlichen Geschmack, fürs Kombinieren auf zwei Marksträngen, und das auch nur am Feiertag, für Reflexe und das sofortige Verbot entarteter Kunst, und für die Verbannung aller promovierter Kulturtucken, die sie in die Öffentlichkeit gezerrt haben.

Ich bin dafür, daß alle vergessen, was man da ihren Augen zugemutet, womit man ihren guten Geschmack gequält hat und wofür sie Steuern und Eintrittsgelder zu zahlen hatten. Und auch die Alte Oper endlich das, was sie sein soll, sein darf;

Eine riesige, messingumspannte, marmorgestützte, mosaikverzierte, quarzhalogenerleuchtete und von fünfunddreißig mobilen Einsatzkommandos beschützte Kuchenvitrine.

Spritzgebück, Amerikaner und Herrentorten, Kongokränze, Negerküsse. Ein Täßchen Haag auf das Wohl der Nation, und Leni Riefenstahl, Mensch, Du, tauch nicht länger bei den Fischen rum, mach Dich fort von den Negern, wir brauchen Dich, und Breker Arno komm, faß an. Es gibt viel zu tun. Eine Memorybüste von Hermine Ryan, der Stute, und Hildegart Lächert, der blutigen Brygida, Golden Times in Majdanek. Und Abs wird grade achtzig, Arno, schnell, ein Abdruck noch. Wenn wir uns anstrengen, geht alles ganz schnell. Den Pegasus tauschen wir über Nacht aus gegen einen Bronze-Wegener, Mogadischu ist überall, auch und gerade in unseren Herzen. Also Freunde, the times are a changing und Liselotte Linsenhoff hat endlich zugesagt, ihren Pferdeakt in Öl auszustellen. Da ist er schon, der Übergang zum Untergang von Deutsch Kültür.

Konkret 01/82, S. 44

Günter Amendt

Wärmer leben reicht nicht

Ein informatives, wichtiges Buch über die Situation der Homosexuellen fälscht gleichwohl durch weglassen. Unter den Tisch fällt (historisch) das Verhältnis der Arbeiterbewegung und (aktuell) das der DKP zu den Schwulen.

FÄLSCHEN durch Weglassen. Das Muster ist bekannt. Auch in den Auseinandersetzungen der Linken. Keine Strömung, Gruppierung oder Partei, die sich in aller Unschuld diesem Vorwurf entziehen könnte.

Fälschen durch Weglassen. Den Autoren des bei Rowohlt erschienenen aktuellen Bandes »Rosa Winkel, rosa Listen« ist der Vorwurf zu machen, die Bestandsaufnahme zur Lage der Homosexuellen in der Bundesrepublik verfälscht zu haben, indem sie im Kapitel über das »Verhältnis der Parteien zur Homosexualität« den Beschluß des Mannheimer Parteitags der DKP »Gegen die Diskriminierung Homosexueller« bewußt weggelassen haben.

Fälschung oder Revanchefoul? Mag sein, daß die Autoren Hans-Georg Stümke und Rudi Finkler - beide wie auch der Autor dieses Kommentars vom Thema betroffen - ihre Erfahrungen mit der DKP gemacht haben. Möglich auch, daß es schlechte Erfahrungen waren. Ziemlich wahrscheinlich sogar, denn es hat seine Zeit gebraucht, bis sich die Kommunistische Partei zu einer Position durchgerungen hatte, die nicht nur ihrem theoretischen Anspruch, sondern auch ihrer geschichtlichen Tradition entspricht. Aber der neuerliche Anstoß kam von außen, von sozialen Bewegungen, die nicht nur in dieser Frage ein Problembewußtsein über die Lage tatsächlicher oder vermeintlicher Minderheiten schufen. Der Anstoß kam von innen; von homosexuellen Frauen und Männern, die als Mitglieder der Partei ihre spezifischen Bedürfnisse zu artikulieren lernten. Der Anstoß kam von unten, von Mitgliedern des MSB-Spartakus und der SDAJ, die als politische Jugendorganisationen sehr viel früher als die Kommunistische Partei die in der Jugendbewegung diskutierten Fragen aufnahmen und zu eigenen Fragen machten. Der Anstoß kam auch durch das im Weltkreisverlag veröffentlichte »Sex Buch«.

Der Beschluß: *»Die DKP wendet sich gegen jede Diskriminierung und Benachteiligung homosexueller Männer und Frauen. Sie tritt für eine ersatzlose Streichung des Paragraphen 175 und für die Entschädigung homosexueller KZ-Opfer ein und unterstützt solidarisch die Arbeit fortschrittlicher Gruppen unter den Homosexuellen.«*

Diesem Beschluß gingen ausführliche Diskussionen voraus. Was sich hinter dieser bürokratisch klingenden Formulierung verbirgt, weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich weiß aber auch, daß ähnliche die gesamte Organisation erfassende und umfassende Diskussionen in den beiden anderen Parteien, die sich für die Abschaffung des Paragraphen 175 einsetzen, nicht stattgefunden haben.

FDP-Mitglieder, die sich zu dieser Frage äußern, beziehen einen laissez-faire Standpunkt, gepaart mit Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema, es sei denn, sie seien selbst betroffen oder gerade Politiker auf Stimmenfang. Liberale Rechtsauffassungen wie Gleichheit vor dem Gesetz, bekanntlich werden Männer für etwas bestraft, was Frauen straffrei tun dürfen, sind die Hauptmotive der FDP-Politik in dieser Frage. Wohl auch die Einsicht, daß der Wegfall dieses Paragraphen niemanden - in der Bedeutung des Wortes - etwas kostet.

Die Haltung der Liberalen ähnelt der Position, die SPD und Teile der liberalen Intelligenz in der Weimarer Republik einnahmen. Felix Halle, Rechtsexperte der KPD und Kontaktmann zum »Wissenschaftlich-humanitären Komitee«, kommentierte diese Übereinstimmung zur Haltung der KPD, die damals ebenfalls für eine Abschaffung des Paragraphen eintrat, in seinem Buch »Geschlechtsleben und Strafrecht« : » ... der liberal gesonnene Teil der Intelligenz (ist) geneigt... in Kulturfragen ähnliche Forderungen zu vertreten wie die Arbeiterklasse und die mit ihr Sympathisierenden, während er in ökonomischen und anderen Fragen der Politik mit der Reaktion geht oder zwischen beiden Polen hin- und herschwankt.«

Inhaltlich unterscheidet sich die Stellungnahme der »Grünen« nicht vom Beschluß der DKP. Allerdings fordern die Grünen nicht nur eine Abschaffung des Paragraphen 175, sondern auch die Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes. Stellungnahmen zum Thema Homosexualität aus dem grün-alternativen Spektrum sind zumeist ebenso engagiert wie wissenschaftlich fundiert. Im wesentlichen stimmen sie mit dem Erkenntnisstand der Sexualforschung überein. Dabei übersieht man aber leicht, daß es sich nicht um die Position *der* »Grünen« sondern um die der Homosexuellen, wenn man so will, der Homosexuellen-Fraktion innerhalb der »Grünen« handelt. Daneben stehen im Grünen Spektrum pluralistisch Blut- und Boden-Mythen und Mutterschaftsideologien, Nährboden zurückliegender und zukünftiger Homosexuellenverfolgungen.

Die Bedeutung des Beschlusses der DKP auf ihrem Mannheimer Parteitag liegt deshalb in seiner einheitlichen und verbindlichen ideologischen Grundauffassung, was nicht heißen soll, daß alle Mitglieder in der Lage wären, den Parteitagsbeschluß in seiner ganzen inhaltlichen Konsequenz zu vertreten. Parteitagsbeschlüsse tilgen nicht automatisch Vorurteile. Die jeweiligen subjektiven Auffassungen reichen zwar aus, die Abschaffung zu begründen und zu fordern. Doch abstrakte Gleichheitsgrundsätze, liberale Rechtsauffassungen und noch immer vorhandene biologistische

Erklärungsmodelle und Krankheitstheorien sind weit entfernt von einem wissenschaftlichen Verständnis der Homosexualität und ihrer Einordnung als eine im Menschen angelegte Verhaltensmöglichkeit. Aber alles spricht dafür - und das sage ich aus der Erfahrung vieler Diskussionen innerhalb der DKP - daß der Abbau von Vorurteilen und die Verwissenschaftlichung der Einstellung Chancen hat, sich durchzusetzen. Damit steigt auch die Chance eines emotionalen Verständnisses, das nach Erklärungstheorien schließlich nicht mehr fragt.

Parallel zu den Erfahrungen der DKP-Diskussion wurde ich als Vorstandsmitglied der »Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung« (DGfS) mit einer bedrückenden Tatsache konfrontiert. Dem Aufruf der DGfS zur Abschaffung des Paragraphen 175, der sich ausdrücklich auf die Petitionen des »Wissenschaftlich- humanitären Komitees« der Weimarer Republik berief, hat sich kein namhafter Sozialdemokrat, kein führender Gewerkschafter angeschlossen. Damit ist die DKP die einzige Organisation der Arbeiterbewegung in der BRD, die eine positive Haltung zum Phänomen der Homosexualität einnimmt und den Kampf gegen die Unterdrückung von Homosexuellen zu einem ihrer politischen Ziele gemacht hat. Das zu leugnen ist Geschichtsfälschung, ein Vorwurf, der allerdings nur dort treffen kann, wo die Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt für relevant gehalten wird.

Hans Georg Stümke und Rudi Finkler sind aber nicht einfach Ignoranten, oder noch einfacher: sie haben nicht einfach einen Fehler gemacht. Sie machen Politik. Und zwar Parteipolitik.

Zur Position der »Grünen« sagen sie kurz und bündig: »Als einzig relevante Partei, die nicht im Bundestag vertreten ist, setzen sich die Grünen bisher ... « Es folgt die Darstellung ihrer Forderungen. Die Formulierung ist verräterisch. Einmal ignoriert sie jene Strömungen der »Alternativen«, die sich nicht zu den »Grünen« zählen, vor allem aber macht sie die Relevanz einer Partei an ihrer möglichen Vertretung im Bundestag fest. Deutlicher kann sich die Parlamentsfixiertheit bestimmter Strömungen der »Grünen« kaum kenntlich machen. Und so geht der Anspruch nach historischer Genauigkeit, mit dem die Autoren in anderen Kapiteln des Buches vorgehen, und den sie, soweit ich das beurteilen kann, auch einlösen im auf die Gegenwart bezogenen Kapitel über das Verhältnis der Parteien zur Homosexualität vor die Hunde.

Bereits im letzten Hamburger Bundestagswahlkampf war zu beobachten, daß die Homosexuellen-Fraktion der »Grünen« das Thema zu monopolisieren versucht; ausschließlich aus parteiegoistischen Gründen.

Das hat in einer Partei, zu deren Ideologie Pluralismus und die Ideologie der Ideologielosigkeit gehört, eine gewisse innere Logik. Denn jeder einzelne Programmpunkt, um den sich jeweils eine Anzahl von Anhängern schart, muß seine Relevanz im pluralistischen Spektrum erst beweisen. Andernfalls geht er unter. Das führt zwangsläufig dazu, anderen - sprich Konkurrenten - das Thema streitig zu machen. Das führt aber auch zur Spaltung von Bewegungen, hier zur Spaltung der Schwulenbewegung.

Die Darstellung von Stümke und Finkler ist also nicht nur historisch falsch, sie ist zugleich politisch spalterisch. Einmal unterstellt, die »Alternativen« ließen sich anstandslos von den Autoren für die »Grünen« vereinnahmen, dann bliebe der Beitrag der DKP gegen die Diskriminierung von Homosexuellen als einziger ausgespart. Warum? Was soll damit bezweckt werden? Schließlich war das Schweigen der DKP bis dahin von größter Bedeutung. Der Beschluß der britischen KP, im Inhalt dem der DKP vergleichbar, doch bereits Jahre vorher verfaßt, spielte in den Diskussionen eine herausragende Rolle, solange er gegen die *DKP zu verwenden war. Der Schluß liegt nahe: Stümke und Finkler sind gar nicht an einer Einstellungsänderung innerhalb kommunistischer Parteien interessiert, weil ihnen damit das antikommunistische Lebenselexier genommen würde. Ihre Auslassung ist kein Fehler, nicht Ignoranz, sie ist blanker Antikommunismus.

Gewöhnlich bin ich vorsichtig mit diesem Vorwurf, weil er sich allzu oft als Diskussionskiller erweist. Was hilft es, eine Sache auf den Begriff zu bringen, ohne zugleich Einsichten zu vermitteln? Hier jedoch beharre ich auf dem Vorwurf, weil ich auf der Geschichte der Homosexuellenbewegung in der BRD beharre. Solange diese sich als politische Bewegung beziehungsweise als Teil einer politischen Bewegung verstand, war unbestritten, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung unverzichtbare Bündnispartner sind, auf dem Weg einer allgemeinen Einstellungsänderung in der Homosexualitätsfrage. Dieser Weg war uni ist steinig; die bisherigen Ergebnisse sind wenig ermutigend.

Und so haben Teile der Homosexuellenbewegung, denen die Parole »Wärmer leben« im Augenblick wichtiger ist als eine langfristige Strategie der Veränderung, entmutigt dieses Ziel gestrichen. Merkwürdig nur, daß der alte Anspruch immer dann aufblitzt, wenn er sich antikommunistisch ummünzen läßt. Die Weigerung, die Position westdeutscher Kommunisten zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihr auseinanderzusetzen und die verstärkte Konzentration auf alles, was sich in dieser Frage in der DDR tut oder nicht tut, sind Ausdruck der gleichen antikommunistischen Grundhaltung. Nur wer hier ein Interesse an der Haltung der Arbeiterklasse und ihrer Organisation zur Homosexualität zeigt, kann sein Interesse an den Verhältnissen dort artikulieren, ohne auf die antikommunistische Schiene zu geraten.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist der Beschluß der DKP von Bedeutung über die bundesrepublikanische Wirklichkeit hinaus. Ohne den Verdacht äußern zu wollen, die SED werde von der DKP finanziert, ohne auch behaupten zu wollen, Berlin (DDR) sei ein Vasall der Düsseldorfer DKP-Zentrale, läßt sich doch eine theoretische und historische Gemeinsamkeit konstatieren, die im übrigen für die Diskussion aller kommunistischen Parteien gilt. »Für die

Homosexuellen hat die KPD im Reichstag mehr getan als jede andere Partei. So hat sie als einzige Partei überhaupt im Reichstag im Juni 1924 einen Antrag auf Außerkraftsetzung des Paragraphen 175 und Amnestie für alle in diesem Zusammenhang abgeschlossenen oder laufenden Verfahren gestellt... Wäre dieser radikale Antrag angenommen worden... - , so wäre jede Form homosexueller Betätigung über 14 Jahren erlaubt gewesen«, schreibt W.U. Eissler in seinem Buch »Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage«.

Dieses im »Verlag rosa Winkel« erschienene Buch ist die kompetenteste Veröffentlichung zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik. Nüchtern stellt Eissler die fortschrittliche Position der KPD heraus, nicht ohne gleichzeitig zu zeigen, daß die Diskussion in der Gesamtpartei vernachlässigt würde und die KPD es versäumte, sich »um die Entwicklung wissenschaftlicher Ansätze zur Homosexualität« zu kümmern. Kein Wunder also, daß auf den unteren Parteiebenen im Bewußtsein der Genossen der Krankheitsgedanke vorherrschte. Die Ablehnung des Strafgesetzbuchparagraphen stützte sich so mehr auf eine bürgerlich-liberale Haltung - Kranke muß man heilen und nicht strafen - als auf eine marxistische Analyse. Die Chance, solche Fehler heute zu vermeiden, sehe ich, wenn ich auf Diskussionen der DKP verweise.

Auf der Grundlage gemeinsamer theoretischer und historischer Wurzeln sind auch Erwartungen an die SED beziehungsweise die gesellschaftlichen Institutionen in der DDR zur Frage der Homosexualität legitim. Es ist festzuhalten, daß bei der Herausbildung einer sozialistischen Gesetzgebung in der DDR 1968 der alte Paragraph 175 abgeschafft und durch einen Paragraphen ersetzt wurde, der in seiner Wirkung dem 1969 in der BRD neu formulierten Strafgesetzbuchparagraphen entspricht.

Auch in wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Publikationen der DDR wird zunehmend die Frage der Homosexualität thematisiert. So lange man allerdings Homosexuellen nicht selbst die Möglichkeit gibt, sich publizistisch selbst darzustellen, bleiben solche Publikationen wirkungslos. Solche Möglichkeiten könnten geschaffen werden, ohne sich an der Flut nichtsnutziger Homosexuellen-Literatur in der BRD zu orientieren. Einstellungsänderungen sind besonders im pädagogischen und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich zu beobachten. Katastrophal sind nach wie vor viele Publikationen im Medizinbereich.

Besonders die Arbeit des in Berlin (DDR) forschenden Endokrinologen Günter Dörner ist in ihrer biologistischen Beschränktheit unvereinbar mit den Prinzipien eines wissenschaftlichen Sozialismus. In einer Stellungnahme der »Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung« in der BRD, herausgegeben in Zusammenarbeit mit den beiden führenden sexualwissenschaftlichen Instituten der BRD, wird festgestellt, Dörners Position spiele »ganz offen mit der Möglichkeit einer endokrinologischen Euthanasie der Homosexualität«. Dörners Position ist eine unter vielen. Kein sexualwissenschaftlicher Kollege, mit dem ich Kontakt habe beziehungsweise korrespondiere, teilt Dörners Auffassungen. Einige argumentieren gegen Dörner nicht anders als die bereits zitierte Stellungnahme der »DGfS«.

Troztdem wird Dörners Position von einer interessierten Öffentlichkeit in der BRD als die Haltung *der* DDR in der Homosexualitätsfrage dargestellt. Der übliche Antikommunismus? Das wäre zu einfach. Dörners internationale Tätigkeit, seine Publikationen und sein Auftreten auf internationalen Kongressen, wo er sich regelmäßig mit den reaktionärsten Sexualwissenschaftlern verbündet, legt zumindest diesen Verdacht nahe. Nichts wäre leichter als solchen Verdächtigungen entgegenzutreten: Volkskammer und Regierung der DDR streichen die dem hiesigen Paragraphen 175 entsprechende Strafgesetzbuch-Bestimmung. Der Antrag der KPD von 1924 könnte dabei Formulierungshilfe leisten.

Im übrigen: Der Rowohlt Band »Rosa Winkel, rosa Listen. Homosexuelle und 'Gesundes Volksempfinden' von Auschwitz bis heute« ist ein interessantes, informationsreiches, manchmal etwas zu ausführliches, empfehlenswertes Buch.

Konkret 01/82, S. 47

Lucio Dalla

Disperato erotico Stomp

(Auf der LP »Come è profondo il mare«)

Ich hab dich aus einem anderen Brunnen trinken sehen, nicht meinem.
Ich hab dich am frühen Morgen nackt gesehen, du lustig-lustiges Mädchen,
Während du dich für mich nicht mal mehr in der Nacht ausziehst.
Und das sind Schläge, mein Gott, was für Schläge!
Ich hab dich gesehen, den Unterrock bis zum Schamhaar hochgezogen - wuschelig-schwarz.
Mir hast du gesagt, ich soll mit meinem Sex aufs Klo gehen.
Du bist weggegangen mit deiner Freundin, der großen mit der großen Möse,
ihr beide wolltet etwas ganz Wichtiges, ganz Einmaliges machen.
Ich bin zuhause geblieben, wenig ausgegangen, hab nachgedacht, in der Unterhose dagesessen.
ich hab an die Enttäuschung mit diesem Mädchen aus Thailand gedacht,
Eine außergewöhnliche Tat, die mir recht gab, ganz klar.
Deswegen bin ich nach einer Woche raus,
Es war nicht kalt, und, ganz klar, ich hab eine Hure getroffen.
Außer dem Kleid, den Haaren, der Felljacke und den Stiefeln
Hatte sie auch ihre Probleme, richtig ernste, und konnte darüber reden.
ich weiß nicht, ob du eine optimistische, linke Hure kennst.
Wir haben nichts gemacht, ich bin wieder allein gewesen, allein wie ein Trottel,
Bin rumgelaufen, hab einen getroffen, der sich verlaufen hatte,
Dem hab ich gesagt. Mensch, in Bologna verläuft sich nicht mal ein Kind.
Er hat mir mit verdrehten Augen ins Gesicht gesehen und gesagt: Ick bin aus Bärlin.
In Berlin waren wir mit Bonetti, eine große traurige Stadt.
Mir ist sie auf den Wecker gefallen. Ich wieder nach Hause, in Unterhosen.
Als ich die Treppe rauflief, hab ich gestoppt, da war ein Stern.
irgendwie war ich besorgt. Die Ruhe und alles hat meinen Schwanz groß werden lassen.
ich die Treppe rauf, drei Stufen auf einmal, hab mich aufs Sofa geworfen,
Die Augen für einen Moment geschlossen, und mit Freude ist meine Hand losgegangen.

Konkret 01/82, S. 48

Klaus-Peter Josten

Radios ex-libres

Bevor er Regierungschef wurde, förderte Mitterrand die freien Radios. Nach Tisch liest sich's anders.

Ins Zentrum der medienpolitischen Diskussion in Frankreich waren nach dem »Machtwechsel« die sogenannten freien Radiosender gerückt. Umfrageergebnisse signalisieren eine beträchtliche Popularität dieser »Radios Libres«. Mit Francois Mitterand steht ein »Ex-Pirat« an der Spitze des Staates, der über die Sozialistische Partei Mitbetreiber des Senders »Radio Riposte« war. Nach seiner Wahl entstanden Hunderte neuer Sender unter dem Motto »Freiheit und Veränderung auch auf den Wellen«. Ende Oktober wurden landesweit 600 und allein in Paris 100 freie Sender gezählt.

Doch da war das Verhältnis des Staatspräsidenten und seines verantwortlichen Ministers Georges Fillioud zu den »Menschen, die wie zu allen Zeiten in der Geschichte Frankreichs für die Freiheit Risiken auf sich nehmen müssen« (so der Kandidat Mitterrand 1979 über »Radio Riposte«) bereits ernstlich gestört. »Verhinderung der Anarchie im Äther und von italienischen Zuständen« lautete der neue radiopolitische »Schlachtruf« der Regierung des »Changements«, der Veränderung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Zum »Krieg über Paris«, wie es die linke Tageszeitung »Libération« nannte, kam es Anfang November. Als Provisorium bis zu einem umfassenden Gesetz über den gesamten »audio-visuellen« Bereich trat ein Gesetz über die Aufhebung des staatlichen Rundfunkmonopols in Kraft. Oberflächlich gesehen löste Kommunikationsminister Fillioud damit zwar ein Wahlversprechen Mitterrands ein, verband mit der Lizenzerteilung aber gleichzeitig ein striktes Werbeverbot.

Mit dieser Einschränkung sollte ein Eindringen kapitalkräftiger Interessenten in diesen Bereich aufgehalten werden. Ähnlich wie in der Bundesrepublik stehen nämlich in Frankreich vor allem die großen Regionalzeitungen zum Einstieg ins Privatfernsehen - und - eher nebenbei - ins Privatradiogeschäft bereit. Deren Vorläufer aber sind nicht auf Werbeeinnahmen angewiesen, und so trifft das Gesetz gerade bei einer nur halbjährigen Gültigkeit in erster Linie die Kleinen. An ihre ursprünglich alternative Bewegung haben sich, angelockt durch deren Breitenwirkung, die großen Parteien angehängt. Aber auch ein »Radio Tour Eiffel« des Pariser Bürgermeisters und politischen Rechtsaußen Jacques Chirac ist selbstverständlich, wie es der Buchstabe des Fillioud-Gesetzes fordert, ein Sender »ohne Erwerbszweck«.

»In Todesgefahr«, so die Monatszeitschrift »Radio Libre«, schweben dagegen seitdem die vielen hundert Sender, deren Betreiber mit aufwendigem materiellem und ideellem Einsatz die französische Rundfunklandschaft pluralistischer gestalteten. Sie wurden nach den kostenspieligen Erstanschaffungen hauptsächlich durch Werbung finanziert. Da gibt es Sender wie »Radio Ivre«, die überwiegend Musik ausstrahlen, während andere gesellschaftliche Gruppen Programme machen, die sich im traditionellen Rundfunksystem bislang nicht präsentieren konnten: »Radio Tomate« zum Beispiel mit einer therapeutisch-antipsychiatrischen Orientierung, oder »Radio Logos« mit einer eher mystischen. Es existieren Sender für Schüler, Sender für Homosexuelle, und bald wird es einen Sender der Frauentageszeitung, des »Quotidien des Femmes« geben. Da gibt es den religiösen Sender »Radio Lumière 101« und den anarchistischen »Radio Libertaire«. Sie alle haben ihre feste Frequenz auf dem UKW-Band und sind einträchtig nebeneinander vernehmbar.

Dagegen steht das bisherige Rundfunksystem von fünf staatlichen Programmen, die trotz der Regionalisierungsbestrebungen der letzten Jahre nach wie vor zu zentralistisch ausgerichtet sind. Daneben hält der Staat über Kapitalgesellschaften beträchtliche Anteile an »Europe l« und »Radio Monte Carlo«, Reklamesender, die wie »Radio Luxemburg« von den Grenzen Frankreichs französischsprachige Programme ins Landesinnere hineinsenden. Staatskapitalistische Aktivitäten und ein staatliches Rundfunkmonopol - von Pluralismus kann also keine Rede sein.

Umsomehr haben Radiofreunde mittlerweile die freien Sender schätzen gelernt. Der Verkauf von Rundfunkgeräten soll seit ihrem Bestehen sprunghaft angestiegen sein, und Umfrageinstitute präsentieren den »Etablierten« die Quittung: 62 Prozent der von einem Institut befragten Franzosen sprachen sich für freie Sender aus, und in der Region Paris ist der freie Sender »RFM« nach 20 Uhr mit durchschnittlich 700 000 Hörern der beliebteste. Da er aber aus Werbeeinnahmen finanziert wird und die betreibenden Journalisten sich bereits Honorare zahlen können, ist er nach dem »Gesetz Fillioud« rechtswidrig. Seines Erfolges wegen ist er das Haupziel staatlicher Störsender - eine Situation, die an die Zeiten unter Giscard d'Estaing erinnert.

Patrick Fillioud, Sohn des Ministers und Mitbetreiber eines anderen beliebten Senders in Paris, »Radio Gilda«, reagierte ungerührt: »Dieses Gesetz wird weder in der Provinz noch in Paris befolgt werden. Die Radiogeräte sind auf einen Empfang von 87 bis 108 Megaherz auf dem UKW-Band eingerichtet, während sie bislang lediglich zwischen 88 und 100 Mhz genutzt wurden; den ungenutzten Bereich beanspruchen wir... Werbung garantiert unsere Unabhängigkeit, allerdings sollte sie quantitativ und qualitativ kontrolliert werden«. Und ein Journalist von »RFM«: »Wir haben nicht sechs Monate umsonst gearbeitet, wir gehen bis ans Ende«.

Es bleibt offen, wieviele den Weg in die Illegalität gehen werden. Die Sender berufen sich dabei auf den Verfassungsparagraphen, der die Meinungs- und Kommunikationsfreiheit und die Verbreitung von Informationen und Meinungen über jedwedes Kommunikationsmittel zum Grundrecht erklärt.

Konkret 01/82, S. 49

Heiner Boehncke

Und erstens kommt es anders

»Ein Mystiker will nicht die Gesellschaft verändern, sondern sich selbst« - das ist das Leitmotiv eines Buches über »Anfänge einer neuen Politik«, die aber auch alles verändern will

Rezension

»Da der Band nur männliche Autoren zu Wort kommen läßt, haben wir das Sternenschiff der Argonauten, die Argo, als Titelbild gewählt.«

Haben denn die Argonauten auch nur männliche Autoren zu Wort kommen lassen? Und was ist mit Athene, unter deren Leitung das Schiff gebaut worden war? Wo bleibt Medea, die den Argonauten bei der Suche nach dem Goldenen Vlies geholfen hat?

Was weiß ich. Jedenfalls lautet der Untertitel des im Dianus (vormals Trikont-) Verlag erschienenen Werkes: *Anfänge einer anderen Politik.* Und da wird man nicht so kleinlich sein, diese esoterisch-elitäre, halbgebildete Titelbegründung auf das ganze dicke Sammelwerk zu beziehen.

Nein, das gleich vorweg: Es gibt hier spannende, amüsante, lehrreiche und gut geschriebene Beiträge. Neben arrogant-dümmlichen, naiv-gutgemeinten und auch ziemlich unverschämten. Aber da bleibt eben das von den nunmehr Dianus-Herausgebern errichtete Tor, durch das sie alle hindurchmüssen: die *andere* Politik. »Die Mythen des zwanzigsten Jahrhunderts dagegen sind die Töne, die uns weg aus unserem technisch abstrakten Diesseits, hin in die Gefilde eines sinnlichen Jenseits führen sollen« steht im Vorwort.

»Uns« und »sollen«. Da hilft es keinem über technische Alternativ-Projekte plaudernden Robert Jungk, keinem erfrischend provokant auf dumme Fragen klug antwortenden Hans Peter Duerr und auch nicht den mythenhistorisch dozierenden Bornemann oder Golowin: allesamt bekommen sie das Werbeschild der neuen Dianus-Politik umgehängt.

Am tollsten treiben es die Buchmacher in den Gesprächsbeiträgen mit Robert Jungk. Diesen immer wieder vertiefend und ideologisch überhöhend, erfahren wir mehr über die andere Politik. (Ganz abgesehen davon, daß das Wort »anders« mal für zwei, drei Jahre vom Markt verschwinden sollte).

Hier ein paar Zitate: *Amery hat seinen* (bayrischen) *Wurzelgrund verloren* (der ärmste); *in dieser Gesellschaft* (unserer) *ist die Kommunikation* (mit Pflanzen und Tieren) *schwierig, zumal sie ja nicht sprachlich läuft, sondern poetisch; das ist es, wonach wir uns sehnen, den negativen Diskurs aufzuheben; das ist ja eine wunderschöne Geschichte; an diesem Punkt können wir auch von anderen Völkern lernen: Die Inder haben den tanzenden Gott. Tanzend heißt, daß man Projekte entwickelt und sie auch wieder losläßt,- ich habe im Frühjahr zwei Feministinnen, sehr harte Kämpferinnen, kennengelernt, die jetzt ein Buch herausbringen über die Wiederentdeckung des Hauses als Tempel...*

Diese magische Abstauberei, dieses universelle Mythenplündern verbunden mit angestrengter Verdrängung des Trikont-Schatten, der dem Dianus auflauert, sowie die Mischung aus altbekannten kulturkritischem Ramsch mit der Pose des Oberpriesters: dies also sind die Sturmzeichen der »anderen« Politik. Wohlgemerkt: was zunächst infrage steht, sind nicht die im Buch dargelegten indianischen Versuche, dem Griff der Weißen durch ein neues Verhältnis zur Tradition zu entkommen, sind nicht die pfiffigen Schamanen in Mexikos Urwäldern, denen schon Traven Respekt zollte, und auch nicht die Rastafari oder irischen Traditionalisten. Es sind die magischen Trendmaker, die Mythenverkäufer, die nun nicht mehr mit Marx und Che handeln, sondern mit Hexen oder Wetterbeterei.

Peter Mosler (»Die vielen Dinge machen arm«) sagt, wo's langgeht. »Hör zu, Marxist« hat er seine Abrechnung überschrieben; und als ob die 68er in letzter Zeit nicht schon genug hätten einstecken müssen, bekommen sie um die Ohren geschlagen, daß sie nicht - wie Mosler - den Zehnjahresrhythmus politischer Wechselbalgerei beherrschen.

»Die sechziger Jahre sind eine Ära des politischen Aktivismus, die siebziger Jahre eine Zeit der Bewußtseinsrevolution gewesen«. Erwidert so ein 68er Blödmann dem Mosler: »Aber die siebziger Jahre sind doch voll von politischem Aktivismus gewesen, Häuserkampf in Frankfurt usw .... « Darauf der Zensor: »Dieser arme Kerl, dachte ich, Mitte dreißig und noch nie hat er die Revolution der Gefühle und das Bewußtsein in einer Taichi-Meditation oder einem Körperworkshop erlebt! «

Der Widerspruch bei alledem: »Ein Mystiker will nicht die Gesellschaft verändern, sondern sich selber« (Dirk van Dunsteren in diesem Band). Tu's doch! Aber dann eine andere Politik, eine ganze durchgreifend neue Ära zu beschwören, in der die magisch geladenen Geister zum nunmehr mystisch agierenden Weltgeist sich aufblasen, das ist dann doch entschieden zuviel.

Dann wäre da noch ein kleines anderes Problem zu erwähnen. »Archetypen, auch wenn sie den Bann über die Geschichte verhängen, haben selbst Geschichte, und wer eine Metapher gebraucht, muß wissen, daß sie wie jedes Wort und jeder Mensch ein Schicksal hat«. (Klaus Heinrich) »Wahrscheinlich hat Dich die tibetische Wiedergeburtstrancetherapie (!) mit Deiner Frauengruppe dem Wissenschaftsbetrieb genauso entfremdet wie mich. « (Karl Baier in diesem Buch).

Peyotel, Schamanen, keltischer Mythos, Ekstase, Tarot, allerhand Magie obendrauf: das haben wir doch alles im Angebot. Da bedienen wir uns! All diese Praktiken und Anschauungen haben aber nicht bloß ihre eigene Geschichte, sie gehören auch an einen unverrückbaren Ort. Ungestraft hat noch niemand die Geschichte (auch nicht die Vorund Frühgeschichte) zur Zeitlosigkeit zerbogen , um sie als Fluchthilfe aus der Gegen wart fleddern zu können. Die Strafe besteht mindestens darin, nicht ernst genommen zu werden, sie kann aber auch bei einer Überdosis an falschem Bewußtsein in den Untergang führen.

Ernstzunehmende Mystiker sind in unseren Zeiten nie vom »Funktionieren« mystischer Vereinigungszeremonien ausgegangen. Selbstauflösungsträume verbunden mit politischer Mission nach außen waren und sind ihnen zuwider. Sie haben auch nicht solche dümmlichen sondern-Sätze verwendet. (Nicht die Gesellschaft, sondern sich selbst ...)

Wie hat zum Beispiel Walter Benjamin, der beileibe kein Feind magischer Tics und mystischer Philosophien war, wie hat der sich herumgequält, um in den Signaturen der Moderne die Ablagerungen und Nachwirkungen magischer Welterfahrung sichtbar zu machen. Und er hätte sicher das nächste Schiff nach Atlantis bestiegen - und wär es die Argo gewesen - hätte er dadurch nur ein einziges Problem der Moderne lösen können. Ihn interessierte nicht das Geisterreich über der Erde und auch nicht das satanische Arsenal darunter. Es war schon schwierig genug, dazwischen, zum Beispiel im Paris des Baudelaire oder in der Kunst der Surrealisten, in Kafkas Prosa oder in alten Porträtfotos die Spuren einer »profanen Erleuchtung« zu finden, in denen älteste mit neuesten Erfahrungen sich vermischen.

»Kafka schrieb Märchen für Dialektiker« hat Benjamin gesagt. Die Obermagier von Dianus benutzen stattdessen die Märchen, um die Dialektik, die verhaßte, zu exorzieren. Ihre eigene Geschichte nämlich und die ganze kaputte technische Zivilisation dazu. Freud umdrehend hieße ihr Sprüchlein: Wo Geschichte war, soll Mythos sein.

Die Rückkehr des Imaginären. Märchen, Magie, Mystik, Mythos. Anfänge einer anderen Politik München (Trikont/Dianus) 1981

Konkret 01/82, S. 50

Ludwig Fels

Kongo von Paris bis Odessa

Mit einem Schauermärchen über Mord und Totschlag beschwört ein Afrikaner die Gerechtigkeit. Der Imperialismus und seine Folgen beschränken sich nicht auf einen Kontinent

Rezension

Noch nie zuvor habe ich so ungern angefangen, ein Buch wie Sony Labou Tansis Roman »Verschlungenes Leben« zu besprechen, nicht etwa, weil es schlecht geschrieben wäre, bewahre, das Gegenteil trifft zu, sondern weil es für mich bläßliche Europäerseele manchmal doch zu afrikanisch daherkommt, springt, tanzt: mir Ahnungslosem im Kopf herum, der dabei zum Mausoleum wird, voll mit khakifarben mumifizierten Kolonistenembryos.

Schon in der Vorbemerkung schreibt Sony Labou Tansi, 1947 in Brazzaville (Volksrepublik Kongo) geboren, einen (be)merkenswerten Satz: »Ich schreibe, um in mir der Angst Raum zu schaffen.« Dieser Satz steht mehr oder minder als hintergründige Anspielung auf die schweren Unruhen, die in den sechziger Jahren, nach der Unabhängigkeitserklärung des Kongos von Belgien, Tansis Heimatland mit Stammesfehden und Söldnergreueln erschütterten und ihren vom CIA inszenierten Höhepunkt in der brutalen Ermordung des damaligen kongolesischen Ministerpräsidenten Patrice Lumumba fanden - und die nicht zuletzt des Autors Jugendzeit mitbestimmt haben müßten. Im Verlagsprospekt steht nämlich nur, daß Sony Labou Tansi heute als Englisch-Lehrer in Pointe-Noire lebt, nicht aber, seit wann. Dem Roman hätte eine ausführliche Einleitung gutgetan, gewissermaßen hätte er vorweg die Marginalien und Reminiszenzen eines Kongo-Spezialisten nötig gehabt.

Eigentlich ist das ganze Buch im Stil einer politischen, surrealisierten Fabel gehalten, wenn dieser Begriff für die Darstellungen bestialischer Massaker und knallharter Korruptionssportivitäten, die alle üblichen Mord- und Totschlags-Schauermärchen in den Schatten der Kolportage stellen, überhaupt noch zulässig ist. Die leider nur allzu wahre und häufige Mär vom Menschen, der sich, kaum im Besitz der Macht, sofort in ein skandalöses Genußschwein umwandelt, wonnig vertiert - diese Alltagsweisheit kümmert Tansi wenig; ihm ist beim Schreiben wichtig, daß jenen Leuten, die in der Öffentlichkeit ihr Gesicht verloren haben, auch phantasielüstern in die Hose geblickt wird, denn Macht verdirbt nicht nur den Charakter, meistens auch den Unterleib

Die Geschichte, die Tansi erzählt, spielt in Katamalanasien, einem imaginären Staat Schwarzafrikas, der von einem sich »Führer der Vorsehung« betitelnden Diktator regiert wird. Unwillkürlich denkt man beim Lesen an Ugandas Idi Amin. Den blutroten Faden der Handlung bilden zum großen Teil die apokalyptischen Orgien samt den dazugehörigen Abschlachtungsattacken, die der Staatschef eigenhändig an einem mythischen Martial vornimmt, der als führender Kopf der rebellischen Opposition, als idealisierter Geist der niedergeschlagenen Revolte gilt. Der Mann jedoch stirbt nicht. Er wird erwürgt, erschossen, erstochen, zerhackt, von der eigenen Familie zwangsweise verspeist, aber der »Jammervater« kommt nicht zu Tode, verfolgt noch als religiösfanatischer Zombie seine überlebendige Tochter Chaidana, die sein Revolutionswerk mit ganz anderen, weibgemäßeren Mitteln fortsetzt, indem sie alles männlich herrschaftliche, was Rang, Namen, Titel, Penis hat im Staate und das Schweigen nicht zu vergessen, indem sie also Minister und Generale, die gesamte Oberschicht des Landes dank ihrer klitorialen Kräfte unter Zuhilfenahme von würzig vergiftetem Champagner in ihrem lauschigen Hotelappartement ausrottet, zuletzt auch vor niederen Chargen nicht haltmacht, was zudem noch ihr Leib genießt und ihren Vater empört. Und schließlich heiratet sie der »Führer der Vorsehung«, ehelicht die Tochter seines Todfeinds, doch der Geist des Vaters bleibt ständiger Störenfried im Schlafgemach, macht alle Anstrengungen des Diktators, sich dem Liebesleben zu Widmen, zunichte, treibt ihn in die sexuelle Impotenz, in Ersatz-Bluträusche.

Martial straft seine frevelhafte Tochter mit einer altväterlichen Vergewaltigung, im Buch »innere Ohrfeige« genannt. Chaidanas »Fleisch war einen weiteren Schritt in die menschlichen Abgründe vorgerückt«. Die Poesie Tansis zeichnet sich durch urwüchsige Bildhaftigkeit und eine blühende, ins intellektuelle Kraut schließenden Phantasie aus. So exotisch die Sprache des Romans auch sein mag: der Inhalt ist transportabel, auch in nichttropische Regionen. Nicht nur in Katamalanasien, das lediglich nicht unter diesem Namen existiert, erfahren die blutrünstigen Terrorpraktiken totalitärer Herrscher oder nicht weniger übelbeleumundeter Regime-Funktionäre noch immer eine nahezu ungeschmälerte internationale Rückendeckung, sind Grausamkeiten, die an der Bevölkerung begangen werden, an der verfassungslosen Tagesordnung, installiert und sanktioniert von weltwirtschaftspolitischen Machtinteressen. Man könnte fast sagen: Revolutionäre leben öfter, weil Diktatoren länger zum Sterben brauchen. Die Fama eines langen sozialen, kulturellen Todes beschreibt Tansi in Sätzen wie solchen: »Laß die Liebe in Frieden. Dieses Land kennt keine Liebe mehr. Nur noch Wasser wird aus dem Fleisch herausgespritzt.«

Es wäre vermessen von mir, Tansis Roman nacherzählen zu wollen, würde nur - und dies als uneingeschränktes Lob seiner sinnlichen Begabung! - in einer tollkühnen Katastrophe enden. Nur soviel muß der künftige Leser wissen, daß die Story im

positiven Sinne eskaliert: Der »Führer der Vorsehung« verschwindet aus der Weltgeschichte, schon streiten Getreue und Vertraute um die Nachfolgeschaft, allesamt Diktaturanwärter, ein ganzes Diktatorenarsenal ist im Entstehen begriffen, das die »führerexportierende Staatsmacht« in diplomatische Streßsituationen bringt. Wie die jeweiligen Machthaber Andersgläubige und Abergläubische liquidieren mit Waffen, Technik, Industrieprogrammen, Spezialkillern und Z. b. V. - Soldateskas, aber fast noch gemeiner auch mit »offiziellen Dichtern« und »allmächtigen Poesiebevollmächtigten«, die in Personenkult-Fron stehen, das kann man ganz allgemein und völlig unliterarisch als imperiale Plattitüden gemeingefährlicher Arschlöcher bezeichnen. »Worte waren hier längst keine Worte mehr, sondern wechselten ihre Bedeutung je nach Bedürfnis und Absicht der Sprechenden.« Alles wiederholt sich. Scheinbar. Chaidanas Tochter Chaldana vertieft symbolisch die diversen Körperabdrücke ihrer toten Mutter in den Betten hochgestellter Persönlichkeiten, verhilft auf die gleiche erfolgreiche Art und Weise einem nach dem andern aus der neuen Diktatorengeneration zum Tod, wissend um die wirksamsten Pflanzengifte der Urwaldbotanik aus Pygmäenerfahrung, wird trotzdem geschwängert, gebiert einen Sohn, Patatra, der Ähnlichkeit mit seinem Großvater, dem alten Martial, besitzt, leider nur äußerlich; innerlich gleicht er seinem Erzeuger, einem »Führer« aus der Inzuchtsippschaft der Diktaturdynastie. Und während er heranwächst, tauft das Volk das Land in »Hölle« um. »Später verband man das Wort 'Hölle' mit dem Wort 'Schmerz', und so wurde der Schmerz im ganzen Land verboten - man trauerte nicht mehr um die Toten - die Leidenden wurden verbrannt.« Tansi beschreitet als Schriftsteller den Grat zwischen Leichenbergen und Samenseen, so konzentriert und distanziert zugleich, daß man dahinter die Angst des Menschen spürt, die grinst, weil die Wahrheit ein blöder Witz ist.

Das Land spaltet sich, immerzu, immer wieder verliert es seinen Namen und gewinnt nichts hinzu, und die strapazierte Historie endet dort, wo solche Rohstofftragödien in aller perverser Pseudo-Logik schon seit jeher geendet haben: im Krieg, im Standardgemetzel, im sogenannten Präventivgenozid, kriegsglücklerisch die Fronten wechselnd, keine Seite verschonend, was der ausländischen Wirtschaft immer schon sehr, wenn nicht gar doppelt gut bekam. Tansis Roman ist ein irrwitziger ausgeklügelter Vorstoß in Bereiche der Festbankette mit Kannibalenaccessoires, Militärparaden im Exekutionstempo und sonstiger pornographischer »Tropikalitäten«, inclusive Verelendungspsychosen der arbeitstauglichen, ausbeutbaren *Primitiven.* Wie hätte ein altgedienter Kolonist sagen können? Die Arbeit für uns ist die Leidenschaft der Heidenschaft?

Wie Sony Labou Tansi schreibt, das ist im Grunde genommen schwarzer schwarzafrikanischer *Humor,* ist gleichermaßen Trauerarbeit, vergleichbar mit satirisch-zynischen Riten zur Beschwörung der Gerechtigkeit. Eins steht fest: Reinhard Lettaus »Frühstücksgespräche in Miami« haben, obwohl südamerikanische Diktatoren im »Exil« behandelnd, mit dem 1979 geschriebenen Buch Sony Labou Tansis enorme Konkurrenz bekommen, zumindest ein adäquates, vor allem aber konvulsivisches Gegenstück. Tansi neigt zu artistischen Kapriolen, kann sie zeigen lassen, was der Leser nicht bereut: konsumierbare Literatur über ungenießbare Politik.

»Verschlungenes Leben«, so unglücklich der Titel In der Übersetzung auch gewählt worden ist, wirkt wie eine dadaistische Brutalofarce auf die Traumen unseres kapital- und krebskolonialisierten Monsterjahrhunderts. »Und wenn der Mensch heute mehr denn je entschlossen ist, das Leben zu töten - mit welcher Stimme sollte ich sprechen, wenn nicht mit der Stimme des Fleisches?« Dieser »Stimme des Fleisches«, diesen Klagesängen des Blutes, hat Tansi Gestalt und Gewicht verliehen, ohne Häme, mit Mitgefühl. Tansi ist (keine hohldröhnende Phrase) für mich der literarische Hieronymus Bosch unter den schwarzafrikanischen Romanciers. Ich hoffe, dieses Buch landet nicht auf dem Sklavenmarkt der Belletristik. Übrigens: der Kongo würde sich, über Europa gelegt, von Paris bis Odessa und von Helsinki bis Istanbul erstrecken. Beim Lesen noch weiter.

Sony Labau Tansi: Verschlungenes Leben/ Roman/. Aus dem Französischen von Bettina Kobold / ECO-Verlag / 184 Seiten/ 22 Mark

Konkret 01/82, S. 52

Jürgen Blume

Wotan wird grün

Völkischer, rechtsradikaler Okkultismus und Religionsersatz kehren wieder und nisten sich zunehmend in einer rechtsorientierten Alternativbewegung der Marke Arisch-Grün ein. Ein neues Buch schildert Hintergründe und aktuelle Bedeutung

Rezension

WAS nicht paßt, wird passend gemacht. Da geben die großen Germanen, die nordischen Menschen, die Arier der Geschichte kein Pardon. Bruder Wali (bürgerlich: Wolfgang Kantelberg) von den »Gylfiliten« haute anläßlich des 2. Ostara-Things im Jahre 1969 nach Teutoburg mit dem Thorhammer dreimal kräftig ins Gestein. Seitdem sind drei Leute »selig«: König Gylfi höchstpersönlich, der »dt. Reichskanzler Adolf Hitler, der die Feinde des 3. Reichs ebenso konsequent vernichtete wie Moses die Feinde Israels und Jehowas« und der »cheruskische Fürst Hermann, der das freie Germanien vor der Romanisierung bewahrte«.

Doch der, römisch erzogen, führte nicht das Germanentum, sondern eine Stammesgruppe gegen die fremde Macht in den Teutoburger Dschungel. Und trat - bald nach erfolgreichem Gemetzel - nebst Mann ein in die just besiegte Armee, wurde römischer Berufsoffizier. Damals hat das keinen verwundert.

Doch mit dein Nationalismus im letzten Jahrhundert wurden Wunder - mangels griffiger Geschichte - sehr nachgefragt. In der Weimarer Republik, so Friedrich-Wilhelm Haack in seinem Buch »Wotans Wiederkehr« über »Blut-, Boden- und Rasse-Religion«, war es dann schon »ein nahezu unüberschaubarer Kreis von neugermanischen und völkisch-religiösen Bünden, Orden, Glaubensgemeinschaften, Kirchen und Vereinen«. Vieles, so der Münchner Sekten- und Weltanschauungs-Experte, »mündet in die nationalsozialistische Ideologie«. So war die Mitglieder-Liste des »Thule-Ordens« ein »Who is Who im Dritten Reich«: Heß, Göring, Himmler, Rosenberg, Frank (Generalgouverneur in Polen und NS-Reichsleiter), Streicher und vielen anderen noch auch Hitler samt seinem Intimus Eckart.

Heute - das beschreibt neben der Geschichte vor allem den heutigen Zustand und Einfluß der für »Midgards Morgen« kämpfenden, zahlreicher werdenden Scharen Wotans -- »heute sind die härtesten Aktivisten eines antidemokratischen neorassistischen Rechtsradikalismus unter den neugermanischen und deutsch-völkischen Gläubigen zu suchen. Sie kämpfen mit dem Elan, den nur religiöser Glaube vermitteln kann«. Sie gehören »zum harten ideologischen Kern der politischen Extrem-Rechts-Szene«. So ist Bruder Wali aus Krefeld nicht nur Kultleiter der »Gylfiliten« und deren Gründer - er war auch Gründungsmitglied der »Volkssozialistischen Bewegung«.

Die Gläubigkeit an Rechts - oft der Marke »Arisch-Grün« und meist gepaart mit Okkultismus - und ihre zahlreichen Organisationen sind bislang fast vollkommen im dunkeln geblieben. Dabei, so Haack, lasse sich eine »rechtsorientierte Alternativbewegung« absehen. »Es sind die enttäuschten Kinder der technischen Zivilisation, des Glaubens, daß alles machbar sei, die sich einem neugermanischen und völkisch-religiösen Werben öffnen könnten, wenn dies nur dezent genug geschähe. Und im religiös-weltanschaulichen Bereich ist es ja bislang unübertroffen geglückt. «

Friedrich-Wilhelm Haack: Wotans Wiederkehr, Claudius Verlag. München, 28 Mark

Konkret 01/82, S. 54

Silke Hrubesch

Frieden ist ja so lieb

Was ich schon immer mal unter vier Augen sagen wollte...

ALLE guten Menschen, welche Ed-von-Schleck-Eis mögen, sollen aufstehn. Und mal kurz rausgehn. Ich möcht nämlich was zu dem Buch »Frieden: Mehr als ein Wort« sagen, einer Sammlung von Gedichten und Geschichten, die eben über die Buchhandlungstische weggeht wie schnellverderbliche Ware im Sonderangebot. Und zwar nicht nur Gutes.

»Der Friede kommt, der Krieg vergeht, / denn für den Frieden ist es nie zu spät / Schubadiduba! « Dieser Vers steht nicht drin. Aber er wäre nicht der dümmste. Oder doch? Das ist nämlich die Schwierigkeit bei diesen fast 150 Beiträgen: Sie sind alle gut gemeint. Und das liest sich dann go: »Ich möchte doch nur meine Lieder singen / unbeschwert / und meine Meinung suchen / hinter Parolen / ...ich möchte doch nur ein paar Bäume begrünen mit Hoffnung ... « Oder: »Den Frieden zu schaffen / jedoch bedarf es / keiner Fäuste«. Oder: »Der Friede wäre eigentlich nur ein Lächeln wert / eine Geste ein paar Blumen«. Oder (unter dem Titel »Jesus«): »Wenn schon der / dann aber seine Geschichte / vom Nächsten / Angehöriger eines andern Volkes / den ich lieben darf / in glühender Geduld.« Von dem knappen Viertel der Notate, die gut, weil auch bös gemeint sind, später.

Schwierig, sagte ich, macht es uns die engagierte Lyrik, so wie sie uns hier ins Gebet nehmen will. Sie ist ja für das Gute und gegen das Böse. Und ist Frieden vielleicht nicht lieb? Kann denn ehrlich einer was gegen unschuldige Tauben haben, gegen Hoffnungsgrün? Nein. Und darum ist sie da, wo sie nicht einmal konkret wird, schon mal überflüssig, ohnehin. Versucht sie es aber einmal zu sein, hier, konkret nämlich, liest sich das so: »ein atomgetriebenes U-Boot kostet soviel / wie 120 Krankenhäuser.« Ein Gedicht - ist das in Stimmung sein und Zeilen brechen?

Vor mehr als zehn Jahren erschien - wo sonst als im politisch wie musisch stets schlichten Hamburg? - zur APO-Zeit der Band »Agitprop-Lyrik«. Vieles unterscheidet die Verse von damals von den heutigen. Damals lagen die großen Begriffe, die Abstraktionen, die schwerfälligen Bilder wie Blei in den Strophen. Heute spricht - der Bauch? - nein, das Gemüt, und zwar mit der Sinnenfreude protestantischer Gemeindeschwestern. Und noch etwas: Während damals, in einem Anhang, Autoren den politischen Sinn ihrer Arbeit in Zweifel zogen (»Besser als garnichts«. »Die Meldungen... werden durch 'Dichtung' nur verweichlicht«), räumt die Herausgeberin von »Frieden: Mehr als ein Wort« ihren Autoren Platz für Selbstanfechtungen gar nicht erst ein.

Nichts geändert dagegen hat sich am nicht endenwollenden Ge-Brechte: Diese Denkerposen von dichtenden Schullehrern, immer ernst über die Sache gebeugt, selten in sie hineingehend, womöglich sich darin wundscheuernd. Das lebt von der Hand eines einzigen Einfalls in den Mund der Pointe. Das macht den Frieden immer wieder zur Allegorie, umkränzt von wortspielerischen Nippes, den wir Arnfried Astel ja nicht nur zu verdanken, sondern auch ein bißchen vorzuwerfen haben. Gesinnungsstümperei in Flattersatz. Mindestens ein Baum zuviel wurde hier gefällt, bei so viel platzverschwendender - weil in Vers gesetzter - Prosa.

Wie schön und lebhaft dagegen die frechen Reime von Derschau zum Beispiel. Da sieht und hört einer genau hin, verletzt, mürrisch und doch souverän im Handwerk, statt Allegorien mit Gedanken zu malen. Wie Wichtig auch, wenn Bernhard Laux von dem erzählt, wovon er was versteht: von der Schule. Wie schön weiter, wenn Eppendorfer, Kurt Rose, Arno Reinfrank im Bänkelsängerton zur Sache kommen. Und wie schön wäre es gewesen, wenn sich die Herausgeberin Zeit gelassen hätte, mehr von solchen Versen zu sammeln. Aber- das muß ja raus, solange das Thema »Frieden« noch heiß ist.

Engagierte Lyrik, - da fängt das Mißverständnis schon an; denn macht sich nicht jedes Gedicht für etwas stark? Oder schwach?

Aber das ist nur das eine Problem. Das andere ist ein politisches: Wenn es nämlich Minimalkonsens der außerparlamentarischen Opposition von heute ist, daß Frieden lieb ist, dann ist das zwar besser als gar nichts. Aber es sagt auch (»im Westen sind wir Ketzer / im Osten ebenfalls«) etwas aus über die gigantische politische Anspruchslosigkeit der Friedensbewegung.

Michael Scharang in KONKRE'r 12/81: »Dieser Zwang zum Unpolitischen lastet ja auf allem oppositionellen Handeln der letzten Jahre. Man hetzt - und ich mit - von einem Katastrophenherd zum andern und trachtet, gegen die jeweils neueste Bedrohung etwas auszurichten. Politischer Widerstand ist Feuerwehraktionen nicht unähnlich geworden. Die Hoffnung, die einen dabei beflügelt, reicht oft nicht weiter, als einen Zustand, wie er vorgestern noch war, aufrechtzuerhalten. Zu einer Analyse, einen! Konzept scheint aber nicht mehr die Zeit zu sein. Ich bin nicht bereit, aus dieser Not eine Tugend zu machen und die erzwungene Hetzjagd als Spontaneität mißzuverstehen oder als alternative Politik zu verherrlichen.«

Ich auch nicht. Und deshalb müssen wir wohl weiter umherhetzen. Es ist besser als gar nichts. Und schlecht und recht. Wie die Mehrzahl dieser Gedichte.

Von der Revolution, liebe »Bots«, träumen wir dann schon noch, beizeiten, später. Und von ihren schönen Versen.

So, und nun könnt ihr alle wieder reinkommen.

Konkret 01/82, S. 55

Robert Plieth

Apokalypse, aber ordentlich

Daß ein Maler entdeckt, vergessen und wiederentdeckt wird, hängt weniger von ihm selbst als von den jeweiligen Zeitumständen ab. Welches Interesse steckt hinter der Renaissance Franz Radziwills, des Malers einer Welt ohne Verhältnisse?

FRANZ Radziwill aus Dangast, Maler, gibt jetzt, im Alter von 84 Jahren, Interviews. Nein, politisch sei er nicht gewesen, er sei Maler. Und er habe nicht für eine Generation gemalt, sondern für die Menschheit. Er macht es seinen (Wieder-)Entdeckern nicht leicht. Auch sie beschleicht Zweifel bei dem Versuch, ihn als progressiv zu etikettieren. Und das, nachdem Ernst Volland, linker Karikaturist und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst (Westberlin), die die erste große Retrospektive dieses Malers vorbereitet hat, ihn schon zum »ersten Grünen« ausgerufen hat. Es ist so eine Sache mit dem Erben und dem Beerbtwerden.

Recht hat er, der Franz Radziwill, wenn er darauf besteht, als Maler beurteilt zu werden. In seinen Bildern ist nach Gründen zu suchen, warum er jetzt - so spät - zum Zeitgenossen bestellt wird. Denn was er zuletzt malte, das hat er eigentlich immer gemalt, bis auf einen kurzen Ausflug in den Expressionismus am Anfang seines Malerlebens: Landschaften vor zugezogenen Kulissen-Himmeln, mit fratzenhaften Wolkenrissen, orchideenartigen Aufbrüchen und apfelsinenroten Sonnen, die immer von typengenau geschilderten Flugzeugen durchquert werden. Die Dörfer, Häuser, Gärten und Strände haben sich über die Jahre wenig geändert, unsichtbare Lichtquellen reißen sie wie bei Silvesterfeuerwerken aus der Düsternis - nur die Flugzeuge sind andere geworden, vom Doppeldecker zum F 104 Starfighter.

Während Radziwill, detailbesessen, eine malende Ordnungsmacht, die *Welt ohne Verhältnisse* darstellt, durchläuft er, der Unpolitische, alle denkbaren Standorte. Nach der unvollendeten Revolution von 1918 wird er aus Freundschaft zu George Grosz und Otto Dix Mitglied der »Novembergruppe«; 1933 tritt er der NSDAP bei und wird Nachfolger des aus dem Amt gejagten Kunstprofessors Paul Klee in Düsseldorf; er ist schließlich Träger des Bundesverdienstkreuzes dieser Republik - das alles, ohne daß sich die Weltsicht seiner Bilder grundlegend verändert.

Die technischen Produkte, die Radziwill, Fetischen gleich, faszinieren, und die er am Metallkörper von Schiffen und Flugzeugen Niete für Niete exakt schildert, führen nicht nur in seinen Bildern ein, Eigenleben. Dort aber treffen sie, bedrohlich überdimensioniert, auf das Weltverständnis einer Generation, deren Zukunftsangst sich heute wieder klassenübergreifend regt. Menschliche Aktivität zu beschreiben, Bewegung und Veränderung im Prozeß zu begreifen, ist seine Sache nicht. Es sind die Resultate, auch die möglichen (und deswegen wird er gern als Visionär verstanden), die er aus dem statischen Blickwinkel des Bewegungslosen beobachtet.

Unbestreitbar ist er Pazifist, solange es geht. Sein *Krieg im Osten / Der Unterstand am Narocz-See* (1929) bezeichnet eindrucksvoll den Restzustand einer Landschaft, die allein noch zum Spielfeld von Generälen taugt. Nicht einmal verwundet, getötet, zerstückelt sind hier noch Menschen zu sehen, wie etwa in Otto Dix' Kriegsbild *Flandern* (1934), nur der zerstörte Unterstand weist auf den Ursprung, den Beginn des menschlichen Zerstörungswerks hin. Das zersplitterte Holz der Baumstämme reckt sich rot verwundet in den toten schwarzen Himmel, in dem drei Doppeldecker scheinbar geräuschlos kreisen; Widerstand leisten allenfalls die Reste der Natur.

Zu den zerstörerischen Potenzen des Kriegswerkzeugs hat Radziwill ein merkwürdig ambivalentes Verhältnis. Jenes erscheint als einzig dauerhaftes menschliches Produkt, immer in metallischem Glanz, nie als zersplittertes Wrack. 193 8 malt Radziwill für einen befreundeten General die *Beschießung von Almeria durch die deutsche Marine.* Das Ereignis selbst ist ein Racheakt für einen Angriff spanisch-republikanischer Flugzeuge auf deutsche Marineeinheiten, fünf Wochen nach dem Bombardement von Guernica durch die deutsche Legion Condor. Es ist Sonntagskrieg mit Pulverwölkchen-Idylle, den Radziwill durch einen breiten Streifen ruhiger See vom Ort des Geschehens getrennt, teilnahmslos, aber mit handwerklicher Akkuratesse wie ein Erinnerungsfoto auftragsgerecht malt.

Der malende Chronist ist ratlos. Ratlos wie das Liebespaar, das 1969 von zwei Überschallbombern, die den Tiefflug noch üben, aufgeschreckt wird. Radziwill dient, wenn nicht zyr Erklärung des Geschehens, so doch einer Wahrheit: Die Haltung des Beobachters ist haltlos. Halt findet Radziwill in seinein malerischen Tun. Gegen ästhetische Experimente beharrt er auf klassischem Handwerk, das er andachtsvoll überhöht. Ausführlich schreibt er einem Freund über die Vorbereitung des Bildgrunds: »Mir erscheint diese handwerkliche Arbeit so ernst und entscheidend, ja fast heilig, daß ich mir diese bereits ansehen kann wie ein Bild. Denn ich möchte behaupten, daß eine gute selbstverfertigte Bildtafel den Bildgeist bereits in sich trägt.«

Angesichts der Unordnung der Weltereignisse verweigert er sich ästhetischen Neuerungen, anders als seine künstlerischen Zeitgenossen, die nach sinnlichen Entsprechungen suchen, traditionelle Bildformen sprengen, sondern er geht zurück zur handwerklichen Sorgfalt mittelalterlicher Tafelmaler wie Matthias Grünewald und Hieronymus Bosch. »Der Maler zerstört nicht, droht oder spukt es auch noch so in Bild und Bildern; im Hintergrund steht der Friede. Er sieht den Menschen als die

Summe der Dinge auf der Erde und empfindet sich als der, welcher für die Menschen steht zwischen Gott und der Natur. «

Diese Sonder-Rolle des Künstlers, als dessen Aufgabe Radziwill begreift, der Menschheit, Herrschern wie Beherrschten, die Vanitas-Mahnung vorzuhalten, verhilft ihm zu einer fast ungeheuerlichen Kontinuität seiner Arbeit. An dieser Stelle sollte die Überprüfung seines Werks auf Tauglichkeit in aktuellen Auseinandersetzungen beginnen, nicht dort, wo es den Ausstellungsmachern peinlich wird, nämlich bei der Frage, wieweit Radziwills Mitgliedschaft in der NSDAP ernst oder weniger ernst zu nehmen ist, ob er nur hineinschlidderte, sich irrte oder mitlief. Wieweit er und seine ästhetischen Produkte nutzbar und interpretierbar sind und bleiben, vom »romantischen Landschafter«, als den ihn klügere Nazis vor der Einordnung in die Entarteten schützen wollten, zum Widerständler gegen das Kunstdiktat der Abstrakten in den 50er Jahren bis zum »ersten Grünen« heute, ist in erster Linie an seiner Haltung als Maler und seinen ästhetischen Methoden zu messen.

Früh schon hat man sich in der DDR um seine Aneignung gekümmert; er schien ein Fels in der Brandung künstlerischer Moden, die dort vorschnell, wie an der heutigen Entwicklung zu sehen ist, ohne tiefere Prüfung abgetan wurden. Seine Wiederentdeckung im Westen geht einher mit dem Zweifel, den heute die Propagandisten der Avantgarde befällt, wenn die leeren Gesten der Innovationsakademiker nicht mehr in Dienst zu nehmen sind. Was ökonomisch Nullwachstum propagiert, flüchtet sich ästhetisch in den Technologie- und Wissenschaftsskeptizismus, der den Endzeitvisionen Franz Radziwills anhaftet.

Gegen diese Vereinnahmungen, die zu allerletzt den progressiven Interpreten nützen, ist nicht nur Franz Radziwill zu schützen. Zwischen seinen Bildern vor der Katastrophe und denen danach ist er immerhin authentisch. Sein Bild trügerischer Ruhe, der *Dorfeingang* (1928) zeigt die deutsche Wirklichkeit, soweit sie mit der des Kleinbürgers gleichzusetzen ist. An Haus und Hof geklebt, wartet er bewegungslos ab, während über ihm der Himmel dräut. Er steht mit dem Rücken zur Wand, nimmt einfach nicht zur Kenntnis, und selbst wenn er sich informiert, wie der Zeitungsleser, schirmt er sich mit dem Druckwerk von der äußeren Wirklichkeit ab. In *Deutschland 1944* vergräbt er sein Gesicht vor den Ruinen in den Händen, er schreit nicht, er duldet. Die blaue Blume ist der kostbar Gekleideten mit der Augenklappe aus den behandschuhten Fingern geglitten, verschlossen bleiben die Notizbücher aus der Vergangenheit: Sitzen, nicht aufstehen. Rissig ist die Welt allemal, doch bleibt die Komposition des Bildes fest gefügt. Da platzt nichts aus den Nähten wie in Beckmanns Bildräumen, neue Kulisse, neuer Auftritt, neue und immer alte Tragödie. Wir sollten es besser wissen.

Die Abbildungen sind dem Buch »Franz Radziwill« entnommen, Verlag Fröhlich & Kaufmann, 39 Mark

Die Ausstellung ist noch bis zum 3.1.1982 in der Staatlichen Kunsthalle Berlin zu sehen. Danach: Landesmuseum Oldenburg 15.1. bis 15.2.1982, Kunstverein Hannover 21.2. bis 10.4. 1982

Konkret 01/82, S. 60

Wolfgang Hagen

Film-Markt

MÜNCHEN: REIFENWECHSEL LEICHTGEMACHT

München-Sampler

Am Anfang spielen *Durchfall.* »Ich seh dein blutiges Gesicht, meine Stimmung ist beschissen, eigentlich hat's nichts gebracht außer bösen Narben.« *Durchfall* spielen seit November 1980 in der jetzigen Besetzung, Der dritte Track zeigt *Early Ledder* und die Toleranz der Platte. Englischer Text: »Isn't it romantic... from the 'LastDay'-Album.« Wenn die Erde zusammenfällt, hören wir die schönen Töne eines New Wave Rhythm and Blues. Danach Hard-Core-Pogo. ZSD: »Hau ab!«, 1 Minute 2 Sekunden. Fünfter Track: *Ski und der Rest,* ich weiß nicht, wer singt (das tolle Hochglanzbeiheft verwirrt gut), aber es ist eine dieser Frauenstimmen der Neuen Deutschen Welle, die sich dem Schönklang verweigern und dafür Intensität provozieren, »Mensch, vergiß doch mal deine blöde Idee mit dem Kreis, das Schönste auf der Welt ist doch mein Dreieck, soviel ich weiß.« Dann müssen wieder die Pogo-Freunde zu ihrem Recht kommen. Eins, zwei, drei, vier *Marionetts,* »Teenager-Star«. Und *FKK-Strandwikser,* und *Ernst des Lebens,* und *Die kleinen Strolche,* und *Konsumgeil,* und *Froileinwunder,* und *Reiz des Neuen* und und und.

Ich liebe Sampler, wenn sie so wie dieser gemacht sind. Vergleichen läßt er sich an Frische, Phantasie und Vielfalt nur mit den englischen Stadtsamplern (von *Aylesbury goes flaccid* bis *Vaultage 78),* oder vielleicht noch mit dem ersten Hamburg-Sampler der Neuen Deutschen Welle *Into the future* und *In die Zukunft.* Nur: dieser (nach einer kleinen E.P.) erste richtige Überblick über die Münchner Szene ist besser produziert als alle seine deutschen Vorgänger. Sorry, Herr Hilsberg, aber ich mag es nun mal, wenn sich Leute Gedanken machen. Und alle KONKRET-Leser, die nicht immer nur lesen wollen von den Post-Chaoten, Untergangspropheten und geistigen Dunkelmännern des deutschen Underground bekämen mit dieser Platte Informationen aus erster Hand.

Lächerlich-Schallplatten, C. Reute Records, München 089/37 48 46

Auch eine sehr liebevoll gemachte Platte. Im Cover findet man eine kleine Tüte wie aus dem Papierwarenladen. Darin eine Postkarte, Aufkleber, eine Schablone zum Selbermalen, ein Puzzle - was zum Fummeln. »Abwärts und runter und wieder rauf für frische Luft; Sprung rauf und runter, und du weißt, daß es nicht reißt. Für alle Zeit fließend im Gefühl, daß mich's nicht stört. Tauch mich ins Wasser, so warm und wunderbar, sink in tiefen Schlaf und träum zu viel. Wasser-Babies in der See, Wsaser-Melonen sind für'n Tee, Wasserbetten sind o.K. Sie machen meinen Mund wäßrig.« *Girls at our Best* kennt um ehrlich zu sein, nur ein wirklich spannendes Thema: Sex. (»Oh, warum bin ich so schön!«). Ihr absoluter Super-Hit, der Song »Politics«, eins der wenigen Stücke ohne ein- und zweideutige Anspielungen, ist allerdings (leider) nicht auf dieser Platte wiederveröffentlicht. Zum Probieren sollte man sich vielleicht erst mal diese erste Single besorgen.

Heavy Birthday Records, Rulp 1, United Kingdom

Toll

Für alte Jazz-Rock-Fans und junge Tanzbären gleichermaßen gut: *Material,* »Memory Serves« (Ariola). Klingt zwar zuweilen ein bißchen schrill und schräg, aber das machts gerade. - Und fragt jemand nach einem kurzweiligen Überblick über das neue deutsche Musikgetümmel, so empfehle ich den Sampler *Kalt wie Eis,* mit Tempo, BEA, Malaria, Neonbabies und mehr.

Schrott

Soviel Masche, soviel Betrug: Das neue *Adam and the Ants*-Album »Prince Charming« (CBS). Die neuen jungen Stars lügen perfekt und unverblümt. - Ebenso überflüssig das neue Album der *Deutsch-Amerikanischen Freundschaft,* »Gold und Liebe«: Waren diese Leute nicht mal angetreten gegen einen verblödeten Musikbetrieb, in dem die Supergruppen ein gleichklingendes Album nach dem anderen auf den Markt schmissen?

Konkret 01/82, S. 61

Manuela Reichart

platten-markt

Duell in der Sonne

Nach 20 Jahren kommt dieser 1946 gedrehte wunderschöne Film von King Vidor wieder ins Kino. Und das ist wirklich Kino: ein melodramatischer Western in Technicolor, 130 Minuten lang, mit Jennifer Jones, Gregory Peck, Joseph Cotten und LiIian Gish, Lionel Barrymore.

Es geht um Gefühle: Liebe und Haß, Eifersucht und Rache; um eine weichherzige Frau und einen harten Mann, um einen braven Muttersohn und einen gemeinen Vatersohn; und vor allem um eine besondere, schöne Frau: eine Halbindianerin, die die (verbotene) Lust ihres Körpers nicht domestiziert, die sie auslebt; die zwar eine. feine Dame werden möchte ohne zeigbare Leidenschaft, daran aber immer wieder scheitert, weil ihr die Verleugnung der Sexualität nicht gelingt. Als sie das erkennt, wehrt sie sich nicht mehr dagegen. Sie läßt sich nicht länger nur begehren, sondern begehrt; liebt nicht mehr schicklich nur mit dem Herzen, sondern auch mit dem Körper. Das kann natürlich nicht gutgehen. Nicht für eine Frau, nicht in ihrer Zeit. Am Ende ist sie tot. Aber nicht nur sie, denn die Lust der Frau ist auch die Souveränität der Frau. Und so erschießt sie den, den sie liebt und begehrt, damit der endlich erkennen soll, daß er sie nicht nur begehrt, sondern auch liebt. Das ist ihr das eigene Leben wert.

Die Berührte

Wie eine Frau, leidend an der Kälte ihrer Zeit, sich an die obsessive Idee verliert, sie könne Jesus wiederfinden wenn sie nur mit möglichst vielen Männern am Rande der Gesellschaft schläft, mit den Alten, Gebrechlichen, Behinderten, Ausländern. Weibliche Sexualität als erlösende Hingabe. Die Regisseurin Helma Sanders-Brahms setzt auf unerträglich symbolhafte Weise die Gottes-Suche im Wahnsinn ins Bild, Alles hat da seine Bedeutung. Und die Suche der Frau gerät zu einer Aneinanderreihung v(n Männer-Geschichten. Selbst da, wo es nur um die Frau gehen dürfte: wenn die nach einer Abtreibung trotz Schmerzen und ärztlichem Verbot mit einem Mann schläft, um ihm zu helfen und um selbst daran zu leiden, dann müßte eben diese Ambivalenz von Lust und Schmerz im Fühlen der Heldin ins Bild gebracht werden; stattdessen sieht man da aber wieder nur einen Mann auf der Frau; seinen Bewegungen, seinem Rhythmus hat sie nur ihr Blut entgegenzusetzen, und das fließt sowieso.

Das Boot ist voll

Dem Schweizer Markus Imhoof ging es vor allem um die Film-Idee: zu zeigen, wie zu Zeiten des Faschismus die neutrale Schweiz mit politischen Flüchtlingen umging; mit welch gewöhnlicher Brutalität die freundlichen Schweizer die deutschen Juden, die 1942 illegal die Grenze überschreiten, wieder zurückschicken, obwohl sie wissen, was sie dort erwartet; wie die Schicksale der Einzelnen immer hinter der Macht der Vorschriften verschwindet. Erzählt wird die moralisch aufrüttelnde Geschichte aus der Zeit des Terrors bieder und konventionell.

Sonst noch

Ansehen kann man jetzt Bilder von Hanna Schygulla in einem Star-Buch, das sie und nur sie zeigt: auf Bildern aus Filmen von Rainer Werner Fassbinder. Dazu gibt es einen autobiographischen Text der Schauspielerin und einen Beitrag des Regisseurs: die Unterschiede dazwischen sind interessant.

Beim Sich-Erinnern an einen Film, der vor 20 Jahren nach einem Roman voll Henri-Pierre Roché gedreht wurde, hilft der erste Band einer Truffaut-Schriftenreihe: das Filmprotokoll von »Jules und Jim«.

Unbedingt lesen sollte man Jean-Luc Godards »Einführung in eine wahre Geschichte des Kinos«, worin der Filmemacher, der immer schon versucht hat, »das zu machen, was es nicht schon gibt«, über das Kino redet wie niemand vor ihm. Er erinnert sich an seine eigenen Filme und an die anderer Regisseure. Die haben mit seinen Filmen etwas zu tun, weil er sie mag, oder weil er sie gesehen hat vor vielen Jahren, oder weil es einfach irgendeinen Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen Film gibt. Auf der Suche nach den »unbekannten Aspekten der Geschichte des Films« unternimmt

Godard Reisen, Film-Reisen, ungefähr so, wie sich andere Leute in eine Psychoanalyse begeben.

Hanna Schygulla - Bilder aus Filmen von Rainer Werner Fassbinder; Schirmer/Mosel Verlag München, 1981; 26.- DM

François Truffaut - Jules und Jim, herausgegeben von Robert Fischer; Filmland Presse München, 1981; 9.80 DM

Jean-Luc Godard: Einführung in eine wahre Geschichte des Kinos; Hanser Verlag München, 1981; 34.- DM

Konkret 01/82, S. 62

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Die Flasche Weinbrand Marke »Dreistern« für die Überschrift des Monats geht diesmal an die **»Welt«:**

Cohn-Bendit rechnet mit Moskau ab

und Direktor Müller-Lüdenscheid erklärt der Volksrepublik China den Krieg. Auf dem zweiten Platz lief das **»Hamburger Abendblatt«** ein:

Karajan böse auf die DDR

Ja, so klopft das Schicksal an die Pforten. Wenn jetzt der Matthias Wissmann noch den Lenin verreißt - dann gute Nacht, Kommunismus! Karajan dirigierte, trotz alledem und alledem, zunächst doch noch in Leipzig, bevor auch er, böse, aber beherrscht, mit der DDR abrechnete: allegro furioso in Valuta. Nur der Redakteur von der **»Welt«**, der freilich nichts davon abbekommen hat, ließ sich nicht besänftigen:

Und das innerhalb einer Nation, die durchaus noch ein und desselben Geistes ist, wie der überwältigende Erfolg der Philharmoniker im neuen Leipziger Gewandhaus erneut demonstrierte.

Das war die Meinung auf der Titelseite. Tiefer drinnen, bei der Fan-Post, durfte der »Welt«-Leser Christoph A. Weidlich ein und denselben Geist erneut demonstrieren:

Diese Damen und Herren (Kritiker des Innensenators Heinrich Lummer) scheinen das Ausländerproblem in Berlin nicht zu kennen. Solidarität und Humanität sind an dieser Stelle nicht angebracht.

Als Überschrift über diesen Leserbrief haben sich die Redakteure für »Zwangsläufig« entschieden, was - als Charakterisierung der rolligen Zuwendung eines deutschen Mannes an sein Blatt und vice versa - nicht schlecht hinkommt. Allein, welche Chance wurde da vertan! Kam denn keiner auf die zwangsläufige Zeile:

Weidlich rechnet mit Erasmus ab?

Pikantes aus der Bundeshauptstadt bezieht die »Bild« -Zeitung von einem **Mainhardt Grafen Nayhauß,** der auch noch haargenau so aussieht und unter der Rubrik »Bonn vertraulich« etwa solches hergibt:

Die Frage, ob er bei seinem Gastgeber Vertreter der »DDR« traf, beantwortet er mit einem klaren »Nein«. Aber würde Gaus zugeben, wenn es anders gewesen wäre?

Gegenfrage, nach Tucholsky: Meinen Herr Graf nicht auch, daß dies ein rechter Scheißjournalismus sein dürfte?

Der deutsche Herbst färbt die Bürgerblätter braun. In der »Frankfurter Allgemeinen« träumt **Johann Georg Reißmüller** von Blockwart und Fleischmarken:

Vielleicht liegt die Hauptursache für die Friedensverstiegenheit in einer Errungenschaft, die zum Nationalheiligtum geworden ist: im materiellen Überfluß und der Überfreiheit.

Stalingrad mon amour.

Ein Argument geht um in der Mitte Europas, aber so hübsch hat es noch keiner gesagt wie der **Kurt Klein** in der »Welt«:

Als man 1945 über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges nachdachte, bekam die westliche »Friedenspolitik« gegenüber der braunen Diktatur die schlechtesten Noten... Die überzeugten Pazifisten wenden ein, daß die Lage 1981 mit der von 1938139 nicht vergleichbar sei... Dies hört man auch von »Antifaschisten«, die bis vor kurzem noch die westlichen Appeaser Hitlers nicht bitter genug kritisieren konnten und die sich jetzt als Krefelder Appellanten hervortun... Wer aber aus der Geschichte nichts lernt, der wird dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Nochmal, ganz langsam, zum Mitdenken: Die Antifaschisten kritisieren die westlichen »Appeaser«, weil diese Hitler nicht rechtzeitig an seinem Überfall auf die Sowjetunion gehindert haben. Deshalb sollen sie heute froh sein, wenn der Westen rechtzeitig gegen die Sowjetunion aufrüstet. Wer da noch für »Friedenspolitik« ist, bekommt schlechte Noten und darf fünfzig mal die Richtlinien des Verlegers Springer für seine Redakteure abschreiben. Kurts und Klein: Diese lehrreiche Geschichte trägt die Absicht der Wiederholung in sich.

Wes' die Kasse leer ist, des' geht die Lyrik über. Beispielsweise in Form der Vorlage Nr. 218/81 des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Hamburg, übergetitelt »Grundaussage« und gedacht als Programm für die Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr:

Wer heute Hamburg besucht, findet diese Stadt wunderbar und spricht in großer Begeisterung von ihr... Die Hamburger haben Hamburg schön gemacht... Brauer, Nevermann, Weichmann, Schulz, Klose, Dohnanyi: mit diesen Namen sind der

Aufstieg Hamburgs nach dem Krieg, die Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kraft und die Entwicklung des freiheitlichen, den Herausforderungen mutig entgegentretenden Geistes untrennbar verbunden... Norddeutschland ist ohne Hamburg nicht denkbar.

Diese Erkenntnis ist mit der Entwicklung des freiheitlichen, den Herausforderungen mutig entgegentretenden Geistes untrennbar verbunden und zwar unbeschadet der Tatsache, daß sozialdemokratische Hamburger Vorstandsnächte mitunter lang sein können und nicht immer an der Denk-Bar enden. Denn wenn dann der Schulz, der Hamburg schön und stark gemacht hat, betrunken am Steuer aufgegriffen wird, kann er zum Beweis seiner vollen Fahrtüchtigkeit darauf hinweisen, daß St. Pauli ohne Hamburg nicht denkbar und die mutige Herausforderung des freiheitlichen Geists der entgegentretenden Entwicklung eine untrennbare Erfahrung wunderbar... (mehr geht nicht in eine Tüte).

Geisterstunde im Springe-rHaus: Die »sogenannte 'Friedensbewegung'«, die es nicht gibt, wird von der »sogenannten 'DDR'«, die es nie gegeben hat, finanziert und ferngesteuert. Plötzlich erstarrt der »Welt«Redakteur **Enno von Loewenstern** vor Schreck, denn aus den Nebelstreifen um die Startbahn West tritt noch ein Gespenst:

eine sogenannte Masse

Mein Enno, birg nicht so bang dein Gesicht! Es waren bloß hunderttausend ErIkönige.

Der Branchendienst »text intern« trägt eine Meldung zu unserer Familienchronik bei:

Das Politik-Ressort der »Zeit« wird »ad interim« von Mitherausgeber Dr. Theo (Ted) Sommer (51) geleitet.

Leider ist es ja so, daß die Redakteure nicht einmal das Kleine Latinus haben, hingegen viel Klatsch verbreiten und es sich in Wahrheit nur darum handeln dürfte, daß **Dr. Theo (Ted) Sommer (51)** jetzt eine Zeitarbeit als Mitherausgeber sucht, und zwar über »adia interim«.